

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 2. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wochentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wer ist schuld?

Die bereits am Sonntag angekündigte „Aufklärung der falschen Schlußfolgerungen“, die wir aus der Feenpalast-Resolution gezogen haben, ist am Donnerstag unternommen worden. Die Vorstände der im Gewerkschaftskartell vereinigten Gewerkschaften sind auf Einladung ihres Ausschusses zusammengetreten und haben nach längerer Diskussion folgende Erklärung beschlossen:

Die heute am 31. August 1905 versammelten Vorstände und Delegierten der im Berliner Gewerkschaftskartell vereinigten Organisationen erklären, durch Annahme der Resolution vom 23. August d. J. keineswegs die revolutionären Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei schädigen zu wollen. Es wird vielmehr nach wie vor ihre Aufgabe sein, die Mitglieder ihrer Organisationen zu Massenbewegungen zu erziehen und überzeugten Sozialisten zu erziehen. Die Anwesenden erklären ferner, daß die in bezug auf die Feenpalast-Versammlung im „Vorwärts“ erschienenen Leitartikel durchaus nicht den Inhalt der Resolution in richtiger Weise würdigen, sondern daß dieselbe durch die Artikel eine einseitige und engherzige Auslegung gefunden hat.

Die anwesenden Vertreter der im Kartell vereinigten Gewerkschaften nehmen für sich das volle Recht der freien Meinungsäußerung in Anspruch, welches den neutralen Verbänden sowie den Revisionisten in der sozialdemokratischen Partei und Presse gewährt ist.

Leider ist es mit dieser Erklärung nicht getan. Sie sagt zwar, daß nicht die Absicht bestehe, die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie zu schädigen. Wir haben jedoch schon erklärt, daß unsere Kritik lediglich an die Resolution gehalten hat und nicht an einzelne „Kraftworte“ Friedebergs; auch nicht an die Absichten der Veranlasser der Resolution. Heute sind wir jedoch genötigt, auch auf das einzugehen, was in der Zusammenkunft gesagt worden ist und welche Absichten oder vielmehr welche Stimmungen bei den in Frage kommenden Personen vorhanden sind. Wie aus dem an anderer Stelle abgedruckten ausführlichen Versammlungsbericht hervorgeht, halten die Vorstände der im Kartell vereinigten Gewerkschaften an der Feenpalast-Resolution fest. Die Aussprache diente auch weniger einer Deklaration der Resolution als vielmehr einer Erörterung darüber, wer schuld ist. Schuld an vielem. Um es mit einem Wort zu sagen: an den heutigen Zuständen in der Arbeiterbewegung. Aus den dabei geäußerten Ansichten eine Gesamtmeinung herauszuziehen, ist nicht leicht. Nur in einem sind sie alle einig: Grundursache alles Übels sind die zentralisierten Gewerkschaften. Weiter trägt aber die sozialdemokratische Partei im ganzen und in allen ihren Organen die Schuld daran. Der Parteivorstand, der „Vorwärts“ einschließlich der gesamten Parteipresse und ebenso die Masse der organisierten Genossen nebst ihren Organisationsleitern, schließlich nicht zum wenigsten die sozialdemokratischen Theoretiker.

Wir finden gerade heute in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ auch eine Auseinandersetzung über die Ursachen der Feenpalast-Resolution, und wie nicht anders zu erwarten, ist danach neben dem Revisionismus und der „Kartellgewerkschaftlerlei“ im allgemeinen der „Vorwärts“ im besonderen die Ursache all des Übels. Wir zitieren eine Stelle aus diesem Artikel:

Seit Jahren ist in unserem Blatt vorausgesagt worden, daß die gleichen Ursachen in Deutschland auch die gleichen Folgen nach sich ziehen würden, immer von neuem erhoben wir unsere warnende Stimme. Nun haben wir die Verheerung! Mit der Unberücksichtigung eines Naturgesetzes ist der dumpfen Schwüle der parteipolitischen Atmosphäre die elektrische Gewitterentladung gefolgt, und es ist wahrhaftig kein Zufall, daß es gerade Berlin ist, dessen Parteileben der „Vorwärts“ beherrscht, wo das Unwetter losbrach. Der „Vorwärts“, dessen journalistisch-technische Vorzüge niemand verkümmert hat, im Gegensatz zu anderen großen Parteiblättern seit langen Jahren die prinzipiell-sozialistische Aufklärung seiner Leser in ganz unverantwortlicher Weise vernachlässigt, ist so gut wie völlig im Tageskampf, in der Tagespolemik aufgegangen, hat kaum etwas in der Aufklärung seiner Leser über die großen Grundfragen der Arbeiterbewegung, in ihrer prinzipiellen Festigung geleistet. Nachdem der „Vorwärts“ unaufrichtig in überschweblichen Dithyramben die Bedeutung der bloßen Stimmengabe gefeiert und in der Anhäufung von Stimmzetteln „Weltwenden“ erblickt hat, soll er sich nicht wundern, wenn aus Widerwillen gegen solche Torheit manche Leute nun das Kind mit dem Bade ausschütten und vom Wählen überhaupt nichts mehr wissen wollen. Die Politik des „Vorwärts“ rächt sich nun bitter.

Wie billig das ist! Wir sind zwar nach vielfach gehörten Behauptungen unserer Kritiker sogar in der Geschichte der Partei völlig unerfahren, aber wir erinnern uns doch, daß es in Berlin einmal eine Bewegung der „Jungen“ gab zu der Zeit, als der „Vorwärts“ noch gar nicht existierte beziehungsweise eben geschaffen worden war, wo insbesondere seine heutige Redaktion noch nicht ihre „verwässernde“ Tätigkeit in ihm übte. Diese Bewegung hat mit der jetzigen so vieles gemein, daß sogar in der Sitzung am Donnerstag ausgesprochen werden konnte, man solle wenigstens persönliche Vorwürfe unterlassen, damit die Bewegung nicht wie die der „Jungen“ am persönlichen Hantl zugrunde gehe. Die Protokolle der Parteitage von 1890 und 1891 empfehlen wir für diese Vorgänge angelegentlich zum Studium.

Und die „Einigkeit“, das Organ der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ muß es doch schließlich besser wissen, was sie und ihre Anhänger zu ihrer Stellungnahme veranlaßt. In der „Einigkeit“ ist alles zusammengetragen, was die einzelnen Führer der lokalen Gewerkschaften in der Sitzung am Donnerstag der Reihe nach geäußert haben. Da sind Bebel und Rautsch, „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ und „der ganze sozialdemokratische Blätterwald“ alles in einem Topf.

Noch ein Wort der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ gegenüber: Sie ist konsequent. Da in Berlin der „Vorwärts“ schuld ist, so

kann in Leipzig, wo die „Leipziger Volkszeitung“ erscheint, so was nicht vorkommen. Gemacht! Wie steht es denn mit der Leipziger Gewerkschaftsbewegung, insbesondere mit den Buchdruckern? Sind die etwa „besser“ — im Sinne unseres Dortmunder Parteiblattes — als die Berliner „Zentralisten“, die ja die Schuld tragen sollen an dem Abplittern der „Lokalisten“? Alle prinzipielle Aufklärung durch die „Leipziger Volkszeitung“ hat da nichts gebessert.

Von Friedeberg haben sich ja die Vorstände der Kartellgewerkschaften insoweit losgesagt, als sie das Wort „Anarcho-Sozialismus“ formell ablehnen. Sie wollen „revolutionären“ Sozialismus im Gegensatz zu dem reformistischen, der nach ihrer Meinung die ganze Partei beherrscht. Sie stimmen ihm aber in der Kritik der Partei unumwunden zu. Und Friedeberg, dessen ideale Absichten wir schätzen, dessen unklare Wollen wir jedoch bedauern und dessen Ansichten wir bekämpfen, sagt: Die Sozialdemokratie hat den Sozialismus aufgegeben. Die Erben des wirklichen Sozialismus sind die Anarchisten. Die Anarchisten sind es, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen; sie müssen wir an uns heranziehen. Der Parlamentarismus ist heute für die Sozialdemokratie nur das Mittel, Macht zu gewinnen. Die Nichtablehnung der Hererokredite, die von Bebel beantragten Uniformänderungen sind Zugeständnisse an die bürgerliche Gesellschaft. Der gesellschaftliche Kampf ist jetzt ein Hindernis geworden. Wir müssen mehr die psychologische Aktion pflegen. Dem historischen Materialismus, der zum Fatalismus geführt hat, müsse man den historischen Vikismus entgegenstellen usw. Daß Friedeberg, dem Vorbildung und soziale Lage das Studium der wissenschaftlichen Literatur gestatten, ein Opfer des „Vorwärts“ ist, wird doch wohl niemand im Ernste behaupten. Sind aber etwa die Führer der lokalen Gewerkschaften Opfer des „Vorwärts“? Sie sind zum größten Teil Leute, die sich mit Recht darauf berufen, daß sie seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung stehen, mindestens die Broschürenliteratur der Partei kennen, Abonnten der „Neuen Zeit“ sind und neben der „Einigkeit“ auch die „Leipziger Volkszeitung“ mit Fleiß lesen. Da ist es dem bemerkenswert, daß sie z. B. die Unterscheidung zwischen Generalstreik überhaupt und politischen Massenstreik als Unsinn bezeichnen, die „graue Theorie“ verspotten, auf die Angehörten der Arbeiterorganisationen als Ausbeuter der Arbeiter schimpfen, kurzum: „Die ganze Richtung paßt uns nicht.“ Das einigende Wort ist, wie gesagt, die Abneigung gegen die Zentralverbände. Das kann man wohl begreifen, wenn man die unbedeutende Organisation der Lokalorganisierten mit der gewaltigen Organisation der Zentralverbände vergleicht. Born und Kerger über diesen kassenden Gegenstand, über die Erfolglosigkeit der eigenen Bewegung gegenüber der anderen, über erlittene Niederlagen, persönliche Kränkungen, alles das spricht aus den Mägen der Führer der Lokalorganisationen. Dem eigenen Mißerfolge sollen dann die großen Worte abhelfen und daß man die Schuld bei allen anderen, nur nicht bei sich selber sucht, das ist zwar ein Fehler, aber ein allgemein verbreiteter menschlicher Fehler.

Wenn es nun so bei den Leitern dieser Bewegung steht, dann kann man allerdings noch immer die Frage aufwerfen, wie die 3000, oder, wie die „Einigkeit“ behauptet, gar 4000 Versammlungsbesucher den Ausführungen Friedebergs und der Resolution zustimmen konnten. Es läßt sich zunächst auf die Prüfung der Frage an, aus welchen Elementen die Versammlung bestand. Ob alle Besucher der Versammlung Leser des „Vorwärts“ waren, wer weiß das? Ob sie Friedebergs Ausführungen alle zugestimmt haben, ist aus der Zustimmung zu der Resolution nicht zu folgern, haben doch gerade die Urheber der Resolution erklärt, daß sie mit keiner Idee des Anarcho-Sozialismus nicht einverstanden sind. Daraus, daß aus der Mitte der Versammlung keine erheblichen Einsprüche gegen Friedebergs Darlegungen erhoben wurden, wird auch noch niemand auf positive Zustimmung schließen, da nicht viele Arbeiter imstande sind, einem wissenschaftlich geschulten Medner in öffentlichen Rede entgegenzutreten.

Das soll natürlich nicht heißen, daß die Annahme der Resolution durch diese Versammlung eine gleichgültige Sache sei, sondern soll nur zeigen, wie sie möglich war. Es wird Aufgabe der Partei sein, durch verstärkte Aufklärungsarbeit den Schaden nach Möglichkeit wieder gut zu machen. Bei den Urhebern der Bewegung wird aber diese Arbeit erfolglos sein. Hier ist das Hindernis die Zweipaltigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation. Da bilden sich neben den falschen Gegenlägen tief wurzelnde, durch jahrelange Kämpfe verhärtete persönliche Gegenläge und diese sind ein schwereres Hindernis der Einigung als der Mangel an Aufklärung. So lange innerhalb der modernen Arbeiterbewegung diese organisatorischen Gegenläge bestehen, solange werden wir immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie sie sich jetzt wieder in härterer Form gezeigt haben und wofür allerdings die allgemeine politische Situation nicht ohne Bedeutung ist. Die Zweipaltigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation müssen wir zu überwinden versuchen; damit wird ein schwereres Hindernis auch der Aufklärung der Massen beseitigt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. September.

Die Schlußrechnung der Bloc-Politik.

Paris, 30. August. (Fig. Ver.)

Die Periode der Koalition der Linksparteien, die mit dem Ministerium Waldeck-Rousseau angeheben und unter dem Ministerium Combes ihre stärksten Kräfte entfaltet hat, kann heute als abgeschlossen betrachtet werden. Nicht nur Rouvier steuert mit allen Kräften nach rechts; auch die Radikalen haben sichtlich keine Lust mehr, das Zusammengehen mit den Sozialisten fortzusetzen, das sie

gezwungen hat, ihr Programm ernster zu nehmen als es zunächst gedacht war. Die Sozialisten haben als treibende Kraft dahin gewirkt, einige der wichtigsten Programmpunkte, die die Deklarationen der radikalen Kandidaten zierten, zu verwirklichen, vor allem die Trennung von Kirche und Staat, die jahrzehntelang das Renommierstück des radikalen Glaubensbekenntnisses gewesen war, ohne der Durchführung auch nur um einen Schritt näher zu kommen. Eine solche Verwirklichungspolitik mußte aber zu Konsequenzen führen, die dem radikalen Bourgeois unbehaglich waren. Es ist heute am Ende der Parlamentsession, die von der Kooperation der Linken beherrscht war, also Anlaß und gute Gelegenheit, die Leistungen der Bloc-Politik zu überblicken, die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zu prüfen und auch die Wirkungen zu betrachten, die sie auf die Entwicklung der republikanischen Kräfte und auf die proletarische Bewegung im besonderen geübt hat.

Unzweifelhaft ist es, daß die Arbeitsfähigkeit des Parlaments durch das Vorhandensein einer geschlossenen, auf ein festes Programm verbundenen Mehrheit ungemein gefördert war, und daß sie trotz der von der Opposition nach Möglichkeit herausbeschworenen sensationellen Zwischenfälle und trotz der mehr oder minder deutlichen Obstruktionsversuche eine intensive gesetzgeberische Tätigkeit ermöglicht hat.

Dem Abschluß der von Waldeck-Rousseau begonnenen Konstitutionsgesetze folgte auf kirchenpolitischem Gebiete die Trennung. Sie ist in liberalen, die Freiheit des Bekenntnisses und der rituellen Formen gewährleistenden Bestimmungen durchgeführt, so daß der Kirche kein glaubhafter Vorwand bleibt, die dankbare Märtyrerrolle zu spielen. Es wäre verfehlt, die unmittelbaren Wirkungen dieses bedeutenden Gesetzes allzu hoch einzuschätzen. Frankreich ist und bleibt wohl auch noch lange ein verpfantes Land, in dem die Religion beim Bauern die Formen rohesten Fetischismus hat und bei den bestehenden Klassen einerseits eine harte Konvention, andererseits eine Art Versicherungsprämie gegen revolutionäre Unfälle und Ungeschläge ist. Aber es ist doch ein notwendiges, zeitgemäßes und von dem gesellschaftlichen Fortschritt gefordertes Werk gewesen, dem öffentlichen Bewußtsein den Gedanken einzupflanzen, daß die Religion eine Sache des Individuums und seiner assoziativen Bedürfnisse ist, dem Staate aber nichts zu geben und nichts von ihm zu empfangen hat. Und es ist ein Zeugnis eines kraftvollen Fortschreitens, daß die Republik, die sich unter dem Schreden der Kommune dem „heiligen Herzen Jesu“ geweiht hatte, in dreißig Jahren zur gesetzlichen Festlegung der Konfessionslosigkeit des Staates gelangt ist. Man wird schwerlich die für diese Reform verwendete Zeit im Sinne der sozialen Demokratie für verloren halten dürfen.

Die zweite Leistung der Bloc-Majorität war die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Einen Sieg über den Militarismus stellt sie ja keinesfalls dar, wenn sich auch ihre optimistischen Lobredner so gerberdet haben. Das Prinzip des stehenden Heeres wird darum noch nicht in das des Milizsystems übergeleitet, weil vollwirtschaftliche Notwendigkeiten und militärisch-technische Kombinationen die Einschränkung der Dienstzeit totsam und möglich gemacht haben. Immerhin kommt der Sieg über die militärische Routine und die ungeschickte Gleichzeitigkeit unter der Ministerchaft Andreös vollzogene Reform der Offiziersausbildung, die Abschaffung des Einjährig-Freiwilligen-Rechtes und die Aufhebung der Heiratskauten der Offiziere der Demokratie zugute.

Wenn so der Bloc der demokratischen Politik unbekennbaren Gewinn gebracht hat, so hat er überall dort versagt, wo er den sozialen Reformen der besitzenden Klassen antreiben sollte. Nicht einmal die Steuerreform ist um einen Schritt vorwärts gebracht, weil der hornierte Eigentumsfanatismus des kleinen Rentners ihr entgegensteht. Bei den eigentlichen Arbeiterfragen steht es noch schlimmer. Die Altersversicherung steht im Schlamme einer ideo Diskussion fest, ein Greisen- und Invaliden-Unterstützungsgesetz ist nicht vielmehr als eine geregeltere Armenversorgung. Von sozialpolitischen Leistungen der verflohenen Session ist nur das Abstützungsgesetz für den Bergbau bemerkenswert, das im Senat erheblich verschlechtert wurde. Aller Eifer der Sozialisten stieß sich da am bornierten Kleinbürgerlichen Eigensinn der Radikalen.

So hat sich auch wieder hier gezeigt, daß die Arbeiterklasse nur von der eigenen Kraft etwas zu erwarten hat. Wohl ist eine starke sozialistische Partei imstande, die bürgerlichen Parlamente vorwärts zu treiben, aber in der Opposition löst sie mehr Kräfte für die soziale Reform aus, als in einer Koalition, die sie in die Gefahr des Vetogenverdens namentlich dann bringt, wenn nicht die organisierte Masse hinter der parlamentarischen Partei drängend und prüfend steht.

Aber dies eben ist das Unglück der französischen Arbeiterbewegung: Mögen vom Standpunkt der allgemeinen Entwicklung der Demokratie die letzten Jahre fruchtbringend gewesen sein, so hat die Klassenorganisation des Proletariats sicher empfindlich gelitten. Wir wollen hier von dem Fall Millerand und seinen unglücklichen Nachwirkungen absehen. Zweifellos hat der Sozialismus dank den glänzenden Individualitäten, die seine Sprecher sind, wichtige Eroberungen gemacht, besonders in der niederen Beamtenklasse und bei den Lehrern. Er hat die besten von den jüngeren Kräften der radikalen Demokratie an sich gezogen, sein Einfluß auf den allgemeinen Geist ist gewachsen, aber zwischen den Massen und der politischen Parteioorganisation klafft ein Riß, den zu überbrücken heute kaum möglich erscheint. Die Wortführer der direkten Aktion sind keineswegs alle Intriganten und Nichtswisser. Viele von ihnen sind Augenergiebig und ehrlich. Sie haben auch unlegbar manche in die Augen fallenden Erfolge erzielt, die viele Arbeiter für die Einseitigkeit, Inkonsequenz und begrenzte Leistungsfähigkeit ihrer Taktik blind machen. Der Gegensatz zwischen der Masse der Gewerkschaften und der Partei ist ein fürchterlicher Schaden für die Arbeiterbewegung, den nur die unerschütterliche „parlamentarischen“ Sozialisten vom

Schlage Gervault-Richards, die außer Abstimmungserfolgen nichts weiter im Auge haben, unbeachtet lassen können. Indessen wird vornehmlich die künftige politische Konstellation durch ihre innere Logik die Verschmelzung der beiden Formen der proletarischen Betätigung vorbereiten. Es ist ein bedeutendes Zeichen der Klärung, wenn ein in der parlamentarischen Politik aufgewachsener Sozialist, wie Gaurds, dieser Tage geschrieben hat, ihm wäre lieber, die Sozialisten hätten auch nicht ein Mandat im Pariser Gemeinderat, als daß der Zwist zwischen den sozialistischen Gemeindevetretern und der Arbeiterkonföderation fortbauere. Wenn die Auflösung der Majorität vollzogen sein wird, werden die von wirklich sozialistischer Bestimmung erfüllten Deputierten, aller parlamentarischen Konventionen entbunden, in der Kraft der Gewerkschaften ihre Stühle finden müssen, wenn Sie nicht ein lästiges Anhängsel der bürgerlichen Einkünfte werden wollen. Aber auch die Gewerkschaften werden, einem scharf antiproletarischen Parlament gegenüber, die Notwendigkeit einer politischen Vertretung in den gesetzgebenden Körpern eher begreifen lernen. Der Vloc hat — im Interesse der Sicherung der demokratischen Staatsform — seine Schuldigkeit getan, der Vloc muß gehen, im Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie nicht der Papiertier der neuen Situation werden soll. —

Der neue englisch-japanische Vertrag.

Nach einer Neuter-Meldung ist ein neuer japanisch-englischer Vertrag bereits am 12. August abgeschlossen worden. Da der alte, eine fünfjährige Geltungsdauer vorsehende Vertrag am 30. Januar 1902 abgeschlossen worden war, hätte eine Erneuerung noch gute Weile gehabt. Gleichwohl haben sich die beiden Mächte veranlaßt gesehen, schon 1 1/2 Jahre vor dem Ablauf des alten Vertrags ein neues Bündnis abzuschließen, das die gegenseitige Unterstützung im Kriegsfall völlig neu regelt.

Es ist immerhin auffallend, daß der neue Unterstützungsvertrag bereits vor Abschluß, ja schon zu Beginn der Friedensverhandlungen erfolgte. Offenbar hatten beide Mächte ein Interesse daran, sich die gegenseitige Unterstützung für alle Eventualitäten zu sichern. Für Japan bedeutete der Abschluß des Vertrags die Sicherung gegen ein etwaiges Eingreifen dritter Mächte in den Gang der Friedensverhandlungen, also eine Garantie gegen die Wiederholung einer Intervention, wie die vom Jahre 1895, die Japan um den Preis seiner feierlichen Erfolge prellte. England seinerseits mußte daran liegen, die Zeit schleunigt zu nützen, um zu verhindern, daß etwa nach Abschluß des Friedens eine neue politische Kombination entstand, daß die beiden bisher kriegsführenden Nationen sich allzu sehr näherten, am Ende gar ihrerseits ein Bündnis abschließen. Wäre doch Japan schließlich in der Lage, seinen Verbündeten zu wählen. Es könnte sich mit Rußland dadurch auf einen freundschaftlichen Fuß stellen, daß es Rußlands Eroberungspolitik in Zentralasien wenn nicht durch direktes Ergreifen der Partei, so doch durch Neutralität begünstigte. Eine derartige Kombination ist ja bereits vielfach als keineswegs unmöglich bezeichnet worden. Eine solche Politik Japans wäre freilich doch recht kurzfristig. Denn Rußland würde, selbst wenn es England aus Indien vertrieben hätte, zuletzt doch wieder nach Ostasien vorzustoßen versuchen und Japan von neuem bedrohen. Japan hätte also, um sich eine kürzere oder längere Periode der Ruhe zu sichern, selbst dazu beigetragen, die Macht seines schlimmsten Rivalen in der gefährlichsten Weise zu stärken. So war es denn natürlich, daß Japan wiederum da Anschluß suchte, wo er am natürlichsten zu suchen war: bei England. England aber hatte gleichfalls alle Ursache, sich so rasch als möglich der wichtigen Bundesgenossenschaft Japans auch für die Zukunft zu versichern.

Einzelheiten über den neuen Vertrag sind offiziell noch nicht bekannt geworden. Darf man jedoch den bereits in die englische Presse langierten Gerüchten Glauben schenken, so hat das Bündnis eine ungemein verschärfte Form angenommen. Während nämlich der Vertrag von 1902 nur dann die beiden Mächte zur militärischen Unterstützung verpflichtete, wenn eine von ihnen in Ostasien in einen Krieg mit zwei Mächten verwickelt werde, so soll jetzt schon diese Unterstützung eintreten, sofern eine der beiden Vertragsmächte auch nur von einer feindlichen Macht angegriffen wird. Wäre der Vertrag also schon 1902 in dieser Form in Geltung gewesen, so hätte England Japan gegen Rußland Kriegshilfe leisten müssen. Sollte also künftig ein Krieg zwischen England und Rußland ausbrechen, so wäre Japan zu militärischer Hilfe verpflichtet! Die Hilfe soll vertragsgemäß, wie „Daily Express“ erfährt, darin bestehen, daß Japan Truppen nach Indien schickt, deren Unterhaltungsstellen England zu bestreiten hat. Der Vertrag soll eben dadurch besondere Bedeutung erlangt haben, daß er den status quo nicht nur für Ostasien, sondern für ganz Asien vom Stillen Ozean bis zum 51. Grad östlicher Länge sichert, also bis nach Persien. Jeder Angriff Rußlands gegen Afghanistan und Tibet würde die Kriegserklärung gegen die verbündeten Mächte England und Japan bedeuten!

Die politische Bedeutung des Vertrages läßt sich also nicht leicht zu hoch veranschlagen. England und Japan sind zusammen in Asien jeder anderen Kombination gewachsen. Damit scheint nicht nur die Integrität Japans und Japans, sondern auch die Chinas gesichert zu sein, haben doch weder Japan noch England, da sie kolonialpolitisch für absehbare Zeit gesättigt sind, das geringste Interesse an der Aufteilung Chinas, um so mehr jedoch an dem Prinzip der offenen Tür, das ja auch für Amerika dringend wünschenswert ist. An das Verpeisen des chinesischen Marktes ist daher einstweilen nicht mehr zu denken, so großen Appetit danach auch Rußland, Frankreich und Deutschland verspüren möchten.

Die Position Deutschlands in Ostasien soll, wie ausdrücklich versichert wird, durch den Vertrag nicht angefochten werden. Das ist auch selbstverständlich. Es genügt Japan völlig, eine weitere Ausdehnung Deutschlands in China zu verhindern. Bei der Politik der offenen Tür hat ja Japan von der deutschen Kolonie nur wirtschaftliche Vorteile. Ein Anknüpfungsversuch durch Japan würde auch sofort der Eifersucht Amerikas begegnen, also Konflikte schwerster Art heraufbeschwören, die in gar keinem Verhältnis zu der Erwerbung dieser deutschen „Pachtung“ ständen. Japans Interesse ist dadurch durchaus Genüge getan, daß Deutschland in Ostasien zur Ohnmacht verurteilt ist. Da das aber zweifellos durch den englisch-japanischen Vertrag, der keine vorübergehende zufällige Kombination, sondern ein durch die ganze politische Lage in Asien bedingtes dauerndes Bündnis darstellt, geschieht, so wäre es selbst vom Standpunkte der deutschen „Weltpolitik“ aus töricht, besondere Anstrengungen für das ausschließliche Pachtgut zu machen und am Ende gar Duzende von Millionen für Verteidigungsarbeiten auszugeben, wie das geplant war. Jedes Fortgehen der unseligen deutschen Ostasien-Politik triebe Deutschland nur der Gefahr entgegen, bei einer späteren Generalabrechnung in Ostasien in unabsehbare weltpolitische Fäden verwickelt zu werden.

Deutsches Reich.

Eine Stadtverwaltung, die nicht für Aufhebung der Grenzsperrung ist. Man schreibt uns aus Forst: Die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu Forst in der Saupf hatten beantragt, Magistrat und Stadtverordnete möchten an

die Staatsregierung petitionieren, um unbeschränkte Zulassung ausländischen Schlachtviehes nach allen Orten Deutschlands, wo durch ausreichende Kontrolle des Schlachtviehes und durch gute Fleischschau Sicherheit gegen Einschleppung von Viechenden und ansteckenden Krankheiten geboten ist. Gleichzeitig war dem Magistrat die Resolution einer von mehr als tausend Personen besuchten Forster Volksversammlung übermittel worden, worin der Oberbürgermeister aufgefordert wurde, bei der Regierung um Aufhebung der Grenzsperrung vorstellig zu werden.

Der Oberbürgermeister erklärte in der Stadtverordnetenversammlung, er fühle sich zur Entgegennahme der Resolution nicht befugt (!), auch müsse er den Stadtverordneten das Recht bestreiten, sich mit dem sozialdemokratischen Antrag zu beschäftigen, weil derartige Anträge nicht zur Aufgabe der kommunalverwaltungen gehören. Die Städteordnung lasse nur die Erörterung solcher Fragen von allgemeiner Bedeutung zu, die mit den besonderen Verhältnissen der betreffenden Stadt in gewissen Zusammenhang ständen. Das treffe bei der Fleischsteuerung nicht zu, da unter dieser das ganze Land leide. Es möge Stadtverordnete geben, welche sich über diese rechtlichen Bedenken hinwegsetzen und diese Gelegenheit benützen, um ihre sozialpolitischen Auffassungen zum Ausdruck zu bringen. Auch sei nicht zu verkennen, daß eine gewisse wegen ihres Schweineglaß bekannte Partei mit der gegenwärtigen durch verfehlte Maßnahmen der Regierung herbeigeführte Fleischnot einen dankbaren Agitationsstoff erhalten habe. Aber gerade weil das ganze Geschrei nach Aufhebung der Grenzsperrung nur von dieser Partei ausgegangen sei, möchte er bitten, den ohnehin aussichtslosen Antrag gar nicht erst zur Beratung zuzulassen.

Die vorwiegend aus Textilindustriellen zusammengesetzte Mehrheit der Versammlung war offensichtlich hocherfreut, einen „rechtlichen“ Vorwand zur Ablehnung des sozialdemokratischen, also unangenehmen Antrages gefunden zu haben. Außer den Sozialdemokraten stimmten nur zwei bürgerliche Stadtverordnete für Ablehnung der Petition, so daß diese abgelehnt war. Ein Fabrikant bemerkte noch, wie zur Entschuldigung, wenn man jetzt im Interesse der Arbeiter für Verbilligung des Fleisches petitioniere, könne man mit dem gleichen oder sogar mit größerem Recht im Interesse der Fabrikanten, von denen die ganze Stadt abhängt (!) für Herabsetzung der teuren Garn- oder Baumwollpreise petitionieren. Ein anderer Fabrikant, ein millionenschwerer Kommerzienrat, meinte: die Fleischsteuerung sei zwar bedauerlich, aber „sie würde sich schon bald auf natürliche Weise regeln“.

Damit war für die selbstlosen Vertreter der vom Fleischmangel außerordentlich hart betroffenen Niederlausitzer Textilmetropole die heisse Frage der Fleischnot erledigt. Wie sehr sie selbst durch ihren Beschluß zur Stärkung der verhassten Schweineglaß-Partei beigetragen, kam natürlich den Kennmalweisen gar nicht zum Bewußtsein.

Wenige Tage vorher hatte im Schaufenster eines Forster Fleischmeisters, dem die Berliner Viehzentrale regelmäßige Lieferung von Schlachtvieh versprochen hatte, ein Schreiben folgenden Inhalts ausgehängt:

„Herrn Schlächtermeister Franz Jurth in Forst. Wir haben nicht die Absicht, nach Forst Schlachtvieh zu liefern, und könnten Ihnen nur empfehlen, sich entweder auf dem Berliner Markt oder aber, wie wir es auch tun, im Lande zu beden. Hochachtungsvoll Zentrale für Viehverwertung, E. G. m. b. H. Ernst Kling.“

Von der Empörung, welche dieses Dokument agrarischer Unversöhnlichkeit in der Forster Bevölkerung hervorrief, ist durchsichtlich mit weniger als 18 W. Wochenlohn ihr Leben tristen und jetzt das Fund Fleisch mit einer Mark bezahlen muß, haben die Majoritätsvertreter in der Stadtverwaltung sich nicht antedien lassen. Die Forster Stadtväter sind lokale Staatsbürger und sie denken nicht daran, durch Unterstützung sozialdemokratischer Anträge sich in den Verdacht oppositioneller Gesinnung zu legen. —

Gegen die Fleischnot. Aus Jena meldet uns ein Privat-Telegramm: Der Gemeinderat beantragte den Gemeindevorstand, auf dem Thüringer Städtetag am 8. September zu Eisenach energischen Protest gegen die Fleischnot zu beantragen. —

Zentrum und Fleischnot. Auf der Tagesordnung der auf Donnerstag anberaumten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung in Köln stand als Hauptgegenstand der folgende Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Herrn Oberbürgermeister, eine Eingabe an die zuständige Staatsbehörde zu richten, worin diese ersucht wird, die zur Hebung und eventuellen Einschränkung der bestehenden Fleischsteuerung erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, namentlich die Festsetzung der Grenzen für Schlachtvieh unter Wahrung der notwendigen sanitären Rücksichten in Erwägung zu ziehen.“

Ähnliche Anträge sind von Volksversammlungen, von der Schlächterinnung und von den Wirten an die Kölner Stadtverordneten gerichtet worden. In welchem Maße dort die Fleischnot wirkt, geht daraus hervor, daß in Köln bereits dreißig Schlächter ihre Läden haben schließen müssen. Die Erbitterung gegen die von agrarischer und Regierungseite heraufbeschworenen Zustände geht bis tief in die Reihen der Zentrumsanhänger hinein, und alle Welt war gespannt, wie sich die Zentrumsmehrheit des Kölner Rathauses mit dem Antrage, der den Namen des Regiermeisters und Zentrum Stadtverordneten Wertens trägt, abfinden werde. Die Kölner Zentrum Stadtverordneten haben es genau so gemacht wie ihre Parteifreunde in Kachen, wo die Sitzung wegen Beschlussfähigkeit aufgehoben werden mußte. In Köln fehlten zwei Stadtväter an der beschlußfähigen Zahl. Mehr als die Hälfte hatte es nicht für nötig gefunden, in der Sitzung zu erscheinen, die sich mit der zurecht für alle Gemeinden geradezu brennenden Frage der Fleischversorgung befassen sollte. Es ist das erstmal seit zwei Jahren, daß in Köln eine Stadtratssitzung beschlußunfähig ist, und ausgesucht ist es die Sitzung, die sich mit einer der wichtigsten und eiligsten Angelegenheiten der gesamten Einwohnerschaft befassen sollte, und niemand zweifelt daran, daß die Beschlussunfähigkeit mit Fleiß herbeigeführt worden ist. Durch den Oberbürgermeister erfuhr man, daß zwei Zentrum Stadtverordnete — genau soviel, wie an der erforderlichen Zahl fehlten — nicht erschienen waren, obwohl sie in Köln weilten. Der eine von beiden, der „Ehrenobermeister“ der Wirteinnung, hatte sagen lassen, er werde kommen, wenn Rot am Mann sei. Dem Herrn, der der Vertreter der schwer von der Steuerung getroffenen Wirte ist, war also das Erscheinen möglich. Aber als reicher Hofbesitzer spürt er die Fleischnot ebensowenig wie die anderen wohl-situierten Großen des agrarischen Zentrums. —

Der Unterstaatssekretär Lohmann im Handelsministerium ist gestorben, 74 Jahre alt. Lohmann war ein sehr frommer Mann, und ehrlicher Bureaukrat. Als Freiherr von Verlopf Handelsminister war, wurde Lohmann viel mit den Nobelen zu den sozialpolitischen Gesetzen beschäftigt. Hervorragend tätig war er bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung 1890 und bei der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz von 1892. Er gehörte auch bei Gründung der Kommission für Arbeiterstatistik zu deren Mitgliedern und war dann zweiter Vorsitzender. Als die erste Arbeit: die Erhebungen über die Arbeitszeit in den Vätereien, soweit abgeschlossen war, daß die Kommission ihre Vorschläge formulieren sollte, entschied sich die Mehrheit für die wünschenswerte Regelung der Arbeitszeit, ein Vorschlag, dessen Durchführung einfach unkontrollierbar gewesen wäre. Bevor der Anschlag, der den Bericht abfassen sollte, mit seiner Arbeit fertig war, kam plötzlich ein von Lohmann, v. Rottenburg und von dem Direktor des Statistischen Amtes v. Scheel ausgearbeiteter Entwurf zu dem Bericht, der statt der Arbeitswoche den Maximalarbeitsstag brachte.

Als v. Rottenburg aus dem Reichsdienst austrat, wurde Lohmann Vorsitzender der Kommission für Arbeiterstatistik. Aber er blieb nicht lange an dieser Stelle. Mit der Sozialpolitik sollte Halt gemacht werden und für das Bremsen eignete sich v. Boeddeke und Fleck besser. Lohmann blieb zwar unter Dreifeld und Müller im

Handelsministerium, aber im Reichstage und dessen Kommissionen schwebte er. Diese beiden Herren, die mehr die Anschauungen des Zentrumsverbandes deutscher Industrieller vertreten, haben über Sozialpolitik andere Ansichten, als der streng konteratibe Lohmann hatte. —

Des Königs Hof im Dresd.

Wir veröffentlichten bereits den im telegraphischen Auszug und übermittelten Solbatenbrief über die Kavallerie-Attaden im Senne-lager. Aber es lobt sich, den Brief wörtlich mitzuteilen. Er lautet — nach der „Augsb. Abendzeit.“ —

„Nun will ich Euch nur auch die letzten Ereignisse auf der Senne schildern. Am 23. hatten wir Divisionsoberbefehligung durch Se. Majestät den Kaiser; früh 8 Uhr kam er an und begab sich sofort auf die Senne, wo unsere Division in Brigadefolonne stand. Es wurde insofern fest losgeritten und hauptsächlich Gefechtsbilder gemacht, bei der reitende Artillerie und Maschinen-gewehr-Abteilung mitwirkte, es wurden vier Attaden geritten auf feindliche Artillerie und Kavallerie, und ist es da auch wahr, was Ihr schreibt, daß unser Regiment ein Dragonerregiment (best. Gardebrigaderegiment Nr. 2) in den Dr. . . . ritt; es ist natürlich, wie Du schreibt, etwas übertrieben, doch ich sah selbst mit eigenen Augen den Regimentskommandeur mit seinem Stabskompeten in den Not fliegen. Ihn trifft wohl etwas Schuld, es sind uns eben die Pferde etwas scharf geworden, doch den Dragonern ging's ja eben so, warum ritten sie denn in uns hinein? Wir bekamen beim Appell einen kleinen Reiter, sonst nichts. Uebrigens hat uns Se. Majestät, den ich erst jetzt als richtigen Reiter-general kennen gelernt habe, und unser scheidendes Reiten sehr gelobt. Lieber Vater, ich kann Dir nur sagen, Se. Majestät ist ein Reiter durch und durch, einen Blick hat er, der einem durch und durch geht; er ist ein paarmal vor mir vorbeigeritten. Als die Uebung beendet, führte er seine Kaiser-Planen selbst heim. Im Lager ließ er das Regiment nochmals vorbeidestrieren, und da stand ich ihm gerade gegenüber; hier betrachtete ich ihn ganz genau, er war gerade fünf Schritte vor mir, er sieht aus, wie auf den Wildern, hat auch einen so nach oben gedrehten Schnurrbart und sonnenverbranntes Gesicht. Bloß den Blick bringen sie nicht so aufs Bild, den muß man selbst sehen, ich sage Dir, der geht einem durch und durch.“

Die Flottenflotte beginnt bereits den Kampf gegen die geplanten Minenschniffe von 10 000 Tonnen Displacement. Ihnen ist nämlich dieser Typ noch viel zu klein. So behauptet ein Artikel der „Berliner Neuesten Nachrichten“, daß Deutschland, wenn es Minenschniffe von dieser Größe bauen würde, wiederum bedeutend im Hintertreffen bleiben würde. Auch von der Marine gelte der Grundlag, daß man dem Auslande nicht nur ebenbürtig, sondern auch überlegen sein möchte, deshalb müßten mindestens Minenschniffe von 18 000 oder 19 000 Tonnen gebaut werden?

Rachdem glücklicherweise die Verlegung der Vulkanwerft nach Hamburg beschlossene ist, bemüht sich also die Flottenpresse, den Herren Aktionären recht fette Profite zuzuschlagen. —

Der Rücktritt des Kolonialdirektors Dr. Stäbel wird von der „Kölnischen Volkszeitung“ für den Herbst angeknüpft. Stäbel scheidet freiwillig aus dem Amte und werde zum Gehaltenden befördert werden. Zu seinem Nachfolger sei definitiv der derzeitige Gouverneur von Ostafrika Graf Söyken auszuwählen. Das Blatt bemerkt ausdrücklich, daß es keine Dementis zu besichtigen habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt hierzu, daß bis vor kurzer Zeit in künftigen Kreisen von einem solchen Wechsel nichts bekannt gewesen sei. Ein Abschiedsgesuch habe Stäbel ihres Wissens bisher nicht eingereicht. Es handelt sich also wahrscheinlich bis jetzt nicht um feste Entschlüsse, sondern höchstens um Wahrscheinlichkeiten. Zweifelhaft sei es, ob Söyken der richtige Mann an dem ihm zugeordneten Plage sein werde, ob er gewissen Einsichten und Widerständen gegenüber die notwendigen, und wenn es sein müsse, rücksichtslose Energie werde beweisen können. — Dieser Dieb ist offenbar gegen O. L. o. gerichtet. —

Landtagswahl in Württemberg. Stuttgart, 31. August. (Eig. Ber.) Der Oberamt Mergentheim im Kreis war eine Wahl zu vollziehen. Der Bezirk ist zu 40 Proz. katholisch, das Zentrum hat also dort eine sehr einflussreiche Stellung, ohne die tatsächliche Macht über den Kreis erlangen zu können. Es war deshalb so lang, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten und die liebevolle Fürsorge seiner Wähler dem Kandidaten des Bauernbundes zuzuwenden. Dieser, Landwirt Mähler, erhielt daher 204 Stimmen, während der Gegner, Regierungsrat Häfner, den die vereinigten Nationalliberalen und Demokraten aufgestellt hatten, es nur auf 184 Stimmen brachte. Auch die Sozialdemokratie hatte sich beteiligt, in der Absicht, sich für die nächstjährigen allgemeinen Wahlen im Kreis den Weg zu ebnen. Auf positive Erfolge war von vornherein nicht zu rechnen. Industrie fehlt im Kreise, Organisationen besitzen wir dort nicht, unsere Presse ist in diesen Winkel noch nicht gedrungen, im Hauptort des Kreises belamen wir sogar kein Lokal und democh brachten wir es auf 271 Stimmen, während wir bei der letzten Hauptwahl nur ganze 5 Stimmen erhalten hatten. Wir können mit diesem Ergebnis der Wahllogikation eines einzigen Sonntags zufrieden sein. Es ist ein Vorzeichen für die guten Erfolge, welche uns die schwächliche Haltung des schwäbischen Liberalismus bei den nächstjährigen Landtagswahlen in Aussicht stellt. —

Schuldverletzungen durch Unvorsichtigkeit.

Ein Leser schreibt uns: Wer die Verklüfften von unserem südwestafrikanischen Kriegsschauplatz aufmerksam liest, dem muß ein Umstand besonders auffallen. Ich meine nämlich die Schuldverletzungen durch Unvorsichtigkeit, die bei der doch verhältnismäßig kleinen Truppe in ungewöhnlich großer Zahl auftraten. Ich habe den französischen Heerzug vollständig mitgemacht, aber nie — ich sage nie — weder in meiner näheren noch weiteren Umgebung einen Unglücksfall durch unvorsichtiges Umgehen mit der Schußwaffe bemerkt. Und hier so zahlreiche Unfälle. Liegt es nicht nahe, daraus sonderbare Schlüsse zu ziehen? Liegt in dem Zufall vielleicht hier und da Methode, die auf den Ueberdruß, auf die Verzweiflung der Soldaten schließen läßt, oder ist Disziplinlosigkeit und mangelnde Aufsicht daran schuld? Oder haben das Klima, die Strapazen und der Mangel die Betroffenen minderwertig gemacht? Es wäre jedenfalls am Plage, wenn sich die Regierung einmal über diesen auffallenden Umstand äußern würde. —

Südwestafrikanische Verluste. Feldintendanturrat Dr. Ernst Müller, geboren am 27. Juni 1873 zu Langensiefen, am 25. August 1905 im Krankenhaus Eppendorf bei Hamburg gestorben. Sekretär Friedrich Conradi, geboren am 5. Februar 1882 zu Großauwöhlen, früher im Pionier-Bataillon Nr. 18, am 28. August 1905 in der Krankenkassenscheide Gaißes an Herzschwäche nach Bergkamp gestorben. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Liga des allgemeinen Wahlrechts hat sich in Budapest gebildet. An der Spitze dieser Liga stehen einige Unversitätsprofessoren; die Mitglieder rekrutieren sich fast ausschließlich aus den Kreisen der Intelligenz: Schriftsteller, Advokaten, Mittelschullehrer, usw. In einem Vortrag, den die Liga erlöst, heißt es u. a.: Ungarn steht an einem geschichtlichen Wendepunkt; das Schicksal der nächsten Zukunft werde sich jetzt entscheiden. Die Frage sei, ob das Land die im Jahre 1848 begonnene Politik der Rechtsgleichheit und der allgemeinen Bildung fortsetzen wolle oder ob es in kurzfristiger Gleichgültigkeit die brennenden Aufgaben des modernen Europa übersehen wolle. — Im Ubrigen ist die Situation in Ungarn noch die gleiche. Unsere Genossen setzen der Parteien der Koalition gehörig zu und der Ruf des Volkes nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht wird

immer lauter. Die Unabhängigkeitspartei, die ehemals vorgab, für das allgemeine Wahlrecht und andere Volkrechte einzutreten zu wollen, zeigt sich als die Verräterin an dem Volke; die ungarische Kommandosprache ist ihr wichtiger als andere Volkrechte.

Frankreich.

Die Strafe der kolonialen Aufständler

Ist nach einem Telegramm aus Paris unerhört niedrig ausgefallen. Die Meldung lautet:

Paris, 1. September. Der Kolonialminister Clémentel erhielt heute ein Telegramm aus Brazzaville mit der Meldung, daß die wegen an Eingeborenen begangenen Grausamkeiten angeklagten Kolonialbeamten Gaud und Loque zu je 5 Jahren Kerker verurteilt worden sind.

Schweden.

Die Auflösung der schwedisch-norwegischen Union. Die Delegierten der beiden Länder sind am 31. August in der schwedischen Stadt Karlsbad eingetroffen. Auch viele ausländische Zeitungs-korrespondenten sind dorthin gereist. Sie werden ihren Blättern nicht viel über den Gang der Verhandlungen berichten können. Wie das norwegische „Dagbladet“ schreibt, muß die Allgemeinheit auf absolute Geheimhaltung der Verhandlungen gefaßt sein, bis vorläufige oder endgültige Resultate vorliegen. Die im Storting gefallene Aeußerung, daß das Ding mit dem Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden erhalten werden solle, sei mit starker Einschränkung aufzufassen. Sonst würden die Verhandlungen in hohem Grade erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Damit keinerlei Agitation stünde auf den Meinungsäustausch einwirkte, sei völliges Schweigen notwendig, und das sei nicht minder im Interesse Norwegens wie Schwedens geboten.

Dänemark.

Ein freigelegtes Verbrechen. In Kopenhagen erschien seit einiger Zeit ein kleines Anarchistenblatt unter dem Titel „Skorpionen“, das von der Polizei konfisziert worden ist. Der letzte Redakteur des Blattes, ein Malergerelle Nasmussen, hat sich auch als Karikaturenzeichner betätigt und lieferte ferner Klammerbilder für Geschäftsleute. Nun war in einem Herrenkleiderladen in der Dronningstræde ein derartiges Klammerbild ausgehängt, auf dem man einen Mann erblickte, der über einem auf einem Block liegenden Sinder die Krone schwang. Der Erektor aber sah dem Vater des Prügelfgesetzes, dem Justizminister Alberti, ängstlich und neben ihm erblickte man den Ministerpräsidenten und Pädagogen Christensen, mit gefalteten Händen dastehend. Der arme Sinder auf dem Block aber lächelte hoffentlich und aus seinem Munde sah man die Worte hervorzugehen:

„Der Heberwinder des Prügelfgesetzes: Schlage nur zu; ich trage Antwerpens-Hosen!“

Von dieser sonderbaren Klammer für sogenannte „Wagehals-hosen“ hatte Minister Alberti Wind bekommen. Er setzte sich in eine Droschke, sah sich das Bild an und ließ bald darauf den Maler und „Skorpionen“-Redakteur verhaften.

Zum russisch-japanischen Abkommen.

Tokio, 31. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Auf die Nachricht vom Frieden wurde gestern auf dem Gebäude der Zeitung „Gochi“ die Fahne auf Halbmast gehißt. Alle Blätter mit Ausnahme des „Kokusan“ beschloßen, auf ihren Redaktionen die Fahnen auf Halbmast zu hissen, sobald die amtliche Bekanntmachung vom Friedensschluß erfolge. — Ein Artikel des Friedensvertrages soll die Bestimmungen enthalten, daß Rußland 150 Millionen Yen für die Unterhaltung der Kriegsgefangenen an Japan zu zahlen hat.

Tokio, 31. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Graf Katsuma und Marquis Ito erhalten zahlreiche Denkschriften zugesandt, in denen gegen die Friedensbedingungen, wie diese durch die Zeitungen veröffentlicht werden, Widerspruch erhoben wird. Das Fehlen jeder Freudenbezeugung ist das hervorstechendste Merkmal für die Aufnahme der Friedensnachricht durch das japanische Volk. Die Mehrheit derselben hatte gehofft, daß die Friedensverhandlungen angesichts der Weigerung Rußlands eine Kriegsende herbeiführen zu bezwecken, abgebrochen werden würden. Auch die Zeitungen erheben energisch Widerspruch gegen die Friedensbedingungen. „Dschibai Schinpo“ erklärt, daß solche Friedensbedingungen niemals das Volk zufriedenstellen könnten. „Maimitschi Schinpo“ sagt: Die einzige Hoffnung Japans lag in der Aufhebung der Konferenz; Japan, so siegreich auf dem Schlachtfeld, hat bei den Verhandlungen eine Niederlage erlitten. „Nitschi Nitschi Schinpo“ drückt ihre Verwunderung darüber aus, wie dieser Friede geschlossen werden konnte, wo alles darauf hindeutete, daß es unmöglich sein würde, Rußland zur Annahme der für Japan notwendigen Forderungen zu bewegen. Das unabhängige radikale Blatt „Joroku Schinpo“ ruft das Volk zum energischen Vorgehen gegen die Fortmünder Verträge auf und erklärt, daß nur eine schnelle Intervention dieses nationalen Unglücks abwenden könnte.

Petersburg, 31. August. Die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ erfährt aus sicherer Quelle, daß die russische und die japanische Regierung baldmöglichst nach Austausch der Ge-langen gegenseitig die Rechnungen über die Ausgabe der Verpflegung der Gefangenen vom Tage der Gefangennahme bis zu deren Tod oder Austausch vorlegen werden. Rußland zahlt an Japan den Unterschied zwischen den tatsächlich von Rußland und von Japan für den gedachten Zweck verausgabten Summen.

Boston, 1. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Auffassung des Friedensvertrages geht roch konstanten. Professor v. Martens und der japanische Rechtsbeirat Demission haben zehn von den fünfzehn Artikeln festgesetzt, aus denen, wie man annimmt, der Vertrag bestehen wird. Bitte hofft, daß der Vertrag Dienstag oder Mittwoch unterzeichnet werde.

Die blutigen Tage der Proklamierung der zarischen Verfassung.

Man schreibt uns aus den Kreisen des Bundes: Die russische „Konstitution“ ist veröffentlicht worden. Und wenn es wohl irgendwo nahe Leute geben sollte, die dieses Hoh-parlament als eine Uebergangsform der bürokratischen Zaren-regierung in ein konstitutionelles Regime einschätzen würden, so müßten die Taten der russischen Regierung gerade in den letzten Tagen vor der Veröffentlichung dieser „Konstitution“ auch diesen leichtgläubigen Leuten die Augen öffnen. Kein Tag vergeht jetzt, wo nicht die Telegraphenagenturen über eine ganze Reihe von Toten und Verwundeten in dem Reiche Bäterchens melden. Und nicht überall, und insbesondere, wie es selbstverständlich ist, in jenen Gegenden, wo das jüdische Proletariat lebt und sich zum Kampfe erheben hat.

Allelei Systeme der Unterdrückung der jüdischen Arbeiterbewegung wurden angewandt. Zuerst wurden die finsternen und ausgebeuteten Volksmassen gegen die Juden aufgehetzt; als dies nicht in vollem Maße die Hoffnungen der zarischen Regierung erfüllt hatte, wurden zu diesem Zwecke spezielle Organisationen aus dem jüdischen Gesindel geschaffen, die sog. „Schwarzen Bänder“; als aber auch die „Schwarzen Bänder“ dank der Solidarität der christlichen und jüdischen Arbeitermasse und den vom „Bunde“ überall gebildeten starken Selbstschutz-Organisationen der Regierung nicht viel ausrichteten, wurden die Reservisten mobil gemacht, die mit Flinten bewaffnet auf die Juden losgelassen wurden, wie z. B. in West, Witowol, Winst u. a. Aber auch diese Vorboten befriedigten nicht den Willkür der zarischen Regierung, die jetzt zu einem noch schrecklicheren Mittel griff: es wurden Zusammenstöße mit den Kosaken und Soldaten provoziert. Dann wird unter irgend-
... Wortwände alles ringsum niedergeschossen, niedergehauen,

ohne Unterschied des Alters und Geschlechts. Man schießt in die Fenster, in die Höfe, man bringt in die Wohnungen ein, jeder zufällige Passant wird niedergestreckt. Die Verwundeten verbluten, da keine medizinische Hilfe zugelassen wird. „Wenn wir es für nötig finden, werden wir die ganze Stadt vollständig zerstören“ — sagte der Lodger General Soulebert zu der städtischen Deputation, die zu ihm gekommen war. „Wenn nur einem einzigen meiner Soldaten irgend etwas passiert, werde ich die ganze Stadt dem Militär zur Ausplünderung drei Tage lang preisgeben“ — waren die Worte des Divisionsgenerals Balujew in Wlaskof. Unter solchen Bedingungen treten wir in die Aera des „konstitutionellen“ Regimes ein. Aus folgenden Städten aus dem Rayon des „Bundes“ wird über die Schreckensherrschaft der neugeborenen „Verfassungs“-Regierung nachstehendes gemeldet: Wlaskof ... 50 Tote, über 150 Verwundete. Viele Greise, Frauen und Kinder getötet. Ein jüdischer Soldat, vor zwei Wochen aus der Wandschule frankreichs zurückgekehrt, fand seinen Tod auf den Straßen von Wlaskof, als er zu seinem tödlich verwundeten Vater eilte. Alles war vorbereitet. Noch am Mittwoch, den 9., äußerte sich ein Offizier, daß man am Sonnabend mit den Juden abrechnen werde. Und Sonnabend morgens sagte ein Soldat: Heute werde ich 20 von Euch niederknallen.“ An der Vererdigung nahmen 15 000 Menschen Anteil; auch viele aus dem Bürgertum waren erschienen. Alle Leiden waren geschlossen; als Zeichen der Trauer ist der allgemeine Streik proklamiert worden; auf dem Friedhofe wurden stimmende Reden gehalten.

Winsk. Bei einem Zusammenstoß zwischen den Kosaken mit friedlich spazierenden Arbeitern wurden bis 20 getötet, viele verwundet; eine vieltausendköpfige Menge begleitete die Opfer zu ihrer letzten Ruhestätte. Voraus wurde das Heind eines Gefallenen, mit feinem Blute getränkt, getragen.

Podj. Eine Versammlung wurde im Walde umzingelt und in dieselbe geschossen. Zwei Tote, 20 Verwundete, einige hundert Verhaftete.

Warschau. Bis 350 Verhaftungen sind in der letzten Woche vorgekommen.

Wilna. Am Tage der Kriegsgerichtsverhandlung über den Arbeiter Person, am 17. August, der einen Polizeileutnant in Winsk leicht verwundet zu haben beschuldigt wird, wurde der Generalstreik proklamiert. An diesem Tage wurden zier 100 friedlich spazierende Arbeiter verhaftet; ein Teil von ihnen wurde nach ihrem Geburtsorte verbannt, wo sie dem Hunger überliefert sind, die anderen wurden ins Gefängnis geworfen. Dann wurde eine große musikalische Abendgesellschaft, an der zier 300 Personen aus der Intelligenz teilgenommen hatten, auseinandergejagt; dabei wurden viele von den Kosaken verwundet. Sehr oft trifft man jetzt auf der Straße Leute mit verbundenem Kopfe. Auf der Arbeiterbörse wüten bestialische Kosakenbanden.

Bobruisk. Die diesigen Ereignisse sind sehr charakteristisch für die Handlungen der Wandschaber. Auf dem Markte ereignete sich eine Schlägerei zwischen jüdischen und christlichen Dieben, wobei die letzteren verwundet wurden. Da man anfangs nicht wußte, um was es sich handelte, entstand in der Stadt eine Panik. Die Selbstschutz-Abteilung, die auf dem Markte erschien, machte der Schlägerei ein rasches Ende. Alles war wieder ruhig. Mit einem Male kommt eine Abteilung von Kosaken an, alle betrunken, und fängt mit den Ragajen und den Säbeln alles niederzuschauen an. Das Bild war so empörend, daß einige Offiziere, die gerade vorbeigingen, sich an den Polizeimeister und Kosakenoffizier wandten und sie auf die ungeschicklichen Handlungen der Kosaken aufmerksam machten. „Das geht sie gar nichts an“ — war die Antwort des Polizeimeisters. Von den dabei Verwundeten ist ein Arbeiter Gentin in derselben Nacht gestorben. Am Tage seiner Beerdigung war die Stadt wie ausgestorben; alle Läden, Fabriken, Werkstätten waren geschlossen. Vor dem Sarge ging eine bewaffnete „Kampfabteilung“, dann wurde der Sarg von jüdischen und christlichen Arbeitern getragen und dahinter ging eine 15 000 köpfige Menge. Auf dem Friedhof wurden neun Reden gehalten. Die Rednertribüne war mit Fahnen geschmückt.

Domel. Seitdem der neue Polizeimeister hier waltet, der in seinem berühmten Was verändert, daß er jeden „Demokraten“, der sich auf 50 Schritte seinem Wagen nähern wird, nieder-schießen lassen wird, herrscht hier geradezu der Kriegszustand. Die Gooligans überfallen die Einwohner; in allen Straßen wird geschossen; es gibt schon bis 30 Verwundete. Besonders erdittert wird der Kampf wegen der Arbeiterbörse geführt, das heißt eine Straße, wo gewöhnlich nach Feierabend die Arbeiter spazieren gehen, wo Flugblätter verteilt werden, öfter auch Versammlungen abgehalten werden. Diese Straße ist von 500 Soldaten und Kosaken besetzt. In der Stadt herrscht eine Panik; viele verlassen die Stadt. Gegen den Polizeimeister wurden schon zwei Bomben geworfen, er blieb aber unverletzt.

Wohilem. Hier waren auch Zusammenstöße mit Kosaken und Soldaten, weil die Arbeiter von der Börse auseinander getrieben werden; im ganzen zwei Tote und einige Verwundete.

Schitomir. Am Tage der Kriegsgerichtsverhandlung über Sidorski, der den Polizeileutnant Kujarow, die Seele des Schitomirer Massakers getötet hatten, haben die Kosaken besonders gewüthet. Ein Offizier tötete ein junges Mädchen, einige wurden verwundet. Die Gerichtsverhandlung konnte nicht stattfinden. An diesem Tage war im Ortgefängnis zwischen den kriminellen Verbrechern eine Revolte ausgebrochen. Sie verlangten, daß Sidorski nicht vor ein Kriegsgericht, sondern vor ein gewöhnliches Gericht gestellt werde. Die Soldaten beschossen das Gefängnis; einer von den Inhaftierten wurde getötet, einige verwundet. Die Verhandlung fand erst nach zwei Tagen statt. Sidorski wurde um 4 Uhr nachts aus dem Gefängnis abgeholt; selbstverständlich wurde er zum Tode verurteilt. Eine Protestmanifestation wurde an diesem Tage veranstaltet, an der 600 bis 700 Personen teilgenommen haben. Nachdem dieselbe schon beendet war, kamen die Kosaken heran; sie mißhandelten auf bestialische Weise alle ohne Ausnahme, schossen in die Menge ohne Warnung, schossen in die Häuser, in die Fenster. Der Fabrikant Friedmann wurde bei sich im Hause getötet, viele in ihren Wohnungen verwundet.

Berditschew. Während der letzten Manifestation, an der 2-3000 Menschen teilgenommen haben, wurde geschossen; 60 Mann sind verwundet worden, einer von denselben ist bereits gestorben; viele sind verhaftet worden.

Das waren also die Vorboten der neuen Aera. Selbstverständlich wird die zarische Regierung auch mit diesem blutigen Kreuzzug nur die entgegengesetzte Wirkung erreichen, die sie bezweckt; statt Furcht und Niedergelassenheit einzuschleusen, wird sie nur neuen Haß erwecken und eine tiefe Sehnsucht, mit der verbrecherischen Clique schneller fertig zu werden, hervor-zurufen. Und gerade die demonstribativen Verhandlungen bald nach diesen schrecklichen Ereignissen, an denen Jesuansende, und zwar viele von den unaußgeklärten Arbeitern, teilnahmen, die roten und schwarzen Fahnen, die dabei getragen, die flammenden Aeben, die dabei gehalten werden, das alles spricht am besten dafür, daß die Absicht der Regierung durch solche Maßregeln die jüdische Arbeiterbewegung zu ersticken, durchaus nicht gelingen wird.

Aus Industrie und Handel.

Gründung neuer Kasi-Unternehmungen. In der Kasi-Industrie tritt neuerdings eine starke Gründungslust hervor. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind 88 neue Kasi-Unternehmungen ins Leben gerufen worden. Und noch scheint es mit den Gründungen nicht zu Ende zu sein. So fand z. B., wie die „Wohle“-Wochenschrift, am 23. v. M. in Hannover die Gründung der Kasi-Industrie-Gesellschaft Oldenrode, welche in den Gemeinden Oldenrode, Riekhagen, Plankenhagen, Lutterhausen, Lutterbed, Kasi-Industrie in Größe von 7000 Morgen erworben hat, statt. Das Grubenfeld liegt in der Nähe der Gewerkschaft Justus I und marschirt mit der Kasi-Industrie-Gesellschaft Dor-n-r. Sodann wurde in Kur-em eine neue

Gesellschaft unter dem Namen Kasi-Industrie-Gesellschaft Bergmannsgrub gegründet, deren Grubenfeld in der Gemarkung Clauen im Kreise Belne liegt.

Deutsche Banken im Dienste der Diplomatie. Auf eine recht interessante Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts weist die letzte Nummer der wirtschaftlichen Wochenschrift „Bluts“ hin. Vor mehreren Jahren berief bekanntlich der deutsche Reichsbankpräsident eine Versammlung der Banknotablen zu sich und legte ihnen nahe, zur Linderung der Hungersnot in Indien einen Teil ihrer Einkünfte zu opfern. Da das in der Zeit war, wo unsere Politik England freundlich entgegenkam, so glaubten die Bankdirektoren sich diesem Wink mit dem Hauptfuß nicht entziehen zu dürfen. Als nun am Schluß des Geschäftsjahres der Steuerfiskus die Anlagen der Bank revidierte, da fand er, daß diese deutsch-englisch-indischen Almosen vom Betriebsgewinn als Unkosten angezogen waren und dadurch der Besteuerung entzogen wurden. Der Fiskus verlangte aber keine Steuer, weil nach seiner Auffassung die Indienspende nicht als Ausgabe, die im Interesse des Betriebes gemacht ist, anzusehen sei. Die Bankdirektoren wandten ein, daß keine Bank von einiger Bedeutung ohne Schädigung ihres Geschäftsbetriebes eine solche Zuwendung verweigern dürfe, die Anrechnung jener Zuwendung habe im höheren Auftrage der Präsident der Reichsbank gegeben. Die großen Bankinstitute seien verpflichtet, durch solche Zuwendungen unsere Beziehungen zu England zu verbessern. Das Oberverwaltungsgericht hat im Sinne der Bankdirektoren entschieden.

Die Angelegenheit ist für das Verhältnis unserer Regierung zu den Großbanken recht charakteristisch. Beide halten darauf, auf freundschaftlichem Fuße mit einander zu verkehren. Der Regierung liegt daran, Old England eine Gefälligkeit zu erweisen, und sie wendet sich vertrauensvoll an die Bankinstitute, die sofort dem Wunsche des geschätzten Gönners nachkommt — natürlich unter der Voraussetzung, daß die hohe Regierung, wie es im kaufmännischen Jargon heißt, „vorwommendensfalls zu Gegenleistungen bereit“ ist. Ein trauriges Verhältnis.

Feierschichten im Kohlenbergbau. Im deutschen Kohlenbergbau machen sich die Folgen der rapiden Betriebsvergrößerungen auf-fallend bemerkbar. Seit Jahren ist die Belegschaft stark vermehrt worden. Im Jahre 1904 waren im deutschen Steinkohlenbergbau 477 937 Arbeiter beschäftigt, 19 000 mehr wie 1903 und gegen 311 233 im Jahre 1898, in welchem die letzte Hochkonjunktur kräftig einsetzte. Die Betriebe wurden aussergewöhnlich vergrößert; durch umfangreichere Belegung der Vorrichtungsarbeiten ist die Forderung von Kohlen beschleunigt. Obwohl die Zahl der Werke von 357 in 1898 auf 347 im Jahre 1904 zurückging, vermochte doch die bessere Aus-nützung der modernen Schachanlagen das Förderungsquantum außerordentlich zu steigern. Die Betriebe konzentrierten sich, immer neue Fördereschächte wurden abgeteuft und in Förderung genommen. Die Folge davon ist nun eine derart gesteigerte Leistungsfähigkeit, daß, während in der Industrie allgemein ein regelmäßiger, teilweise selbst ein sehr flotter Geschäftsgang herrscht, die Kohlenruben noch genötigt sind, Feierschichten einzulegen, um nicht allzu sehr die Kohlenlager zuzunehmen zu lassen. Dabei nimmt die Förderung absolut erheblich zu, es werden Verbandsziffern erreicht, die sogar in der Hochkonjunktur 1898 bis 1900 unbekannt waren. Im Ruhr-gebiet haben einige Gruben per August zwei Feierschichten eingelegt; nur wenig Schächte haben an allen Tagen voll gefördert. Ausgenommen sind die Hüttengruben, deren Förderungsquantum bekanntlich nicht der syndikalischen Beschränkung unterliegt. Auch in Schlesien, in Sachsen und im linksrheinischen Kohlenrubenbezirk steigt die Förderung relativ erheblich hinter der Leistungsfähigkeit zurück, wenn auch nicht so enorm wie im rheinisch-westfälischen Becken, wo sich die Zahl der Bergarbeiter von 1898 bis 1904 um mehr als 100 000 Köpfe vermehrte. Es werden auch wieder Klagen über stark gefürzte Bedinge und schlechte Monatslöhne hörbar. Monatslöhne von 55 bis 70 M. für Hauer sind von der Arbeiterfahresse nicht notiert worden. Das Kullen wird auf einigen Ruhrgruben immer noch so umfangreich betrieben, daß die Arbeiter dagegen in Belegschafts-versammlungen protestieren.

Standard-Oel-Profit. Die Standard-Oel-Gesellschaft hat eine vierteljährliche Dividende von 6 Dollar pro Aktie erklärt, zahlbar am 15. September. Im Juni wurde eine Dividende von 9 Dollar aus-gezahlt und im März sogar 15 Dollar. Das ergibt 30 Dollar pro Aktie für die Zeit von neun Monaten. Im vorigen Jahre wurden in dem gleichen Zeitraum 29 Dollar ausbezahlt. Das Kapital der Gesellschaft beträgt rund 100 Millionen Dollar, die Dividende in dem laufenden Jahre soweit also 30 Millionen. An der Spitze der Gesellschaft steht John D. Rockefeller, der reichste Mann der Welt, der bei solchen Profiten mit Leichtigkeit für Universtitäten und andere Institute — mit Vorliebe Kirchen — einige Millionen-Stif-tungen machen kann.

Gewerkschaftliches.

Öffentliches Interesse oder Unternehmer-Interesse?

In Langenbielau hatte ein „arbeitswilliger“ Maurer vor der Frau eines Streikenden ausgespuckt und seine herab-setzende Tat mit einem „Pui!“ begleitet. Der Mann der Frau stellte Strafantrag; aber die Staatsanwaltschaft in Schweidnitz erklärte, daß sie „mangels eines öffentlichen Interesses“ die öffentliche Klage nicht erhebe.

In Jällen, wo die Sache umgekehrt war, hat bisher keine Staatsanwaltschaft die Verfolgung Streikender abge-lehnt. Der „Schutz der Arbeitswilligen“ liegt nun lediglich im Unternehmer-Interesse. Im Angesichte der Tat-sache, daß die Staatsanwälte Streikenden gegenüber bisher in allen Fällen, in denen sie angerufen wurden, ein „öffentliches Interesse“ vorliegend fanden, muß man wirklich fragen: Ist denn „öffentliches Interesse“ nur identisch mit Unternehmer-Interesse?

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Gips- und Zementbranche (Sektion des Maurerverbandes) besaßen sich am Mittwoch mit den bei der Firma A. Lugino emigrierten Riffhänden. Wie der Sektions-leiter Kritsch ausführt, hat bei der Firma Lugino ein Afford-system Platz gegriffen, bei dem ein großer Teil der dort beschäftigten zier 200 Pauer und Ruherträger nicht auf den tarifmäßigen Stundenlohn von 85 Pf. kommt. Um sich nun nicht als minderwertige Arbeiter betrachten zu lassen, greift ein Teil der Pauer zu dem zweifelhaftesten Auswärtsmittel, die Arbeitszeit zu verlängern. Ist es doch vorgekommen, daß Träger morgens von 6½ bis abends 7 Uhr gearbeitet, obschon die neunstündige Arbeitszeit vereinbart worden ist. Durch dieses Affordsystem ist die Firma in der Lage, die Riffarbeiten teilweise erheblich billiger übernehmen zu können, wie tarifstreue Firmen. Hat sie das Meter gewöhnlichen Maßstabs doch in einigen Fällen um 10 bis 30 Pf. billiger offeriert, als wie andere Unternehmer dies können. Auch spart die Firma durch das Affordsystem die Ausgaben für Polizei. Mit drei Wautenläufern bewältigt sie die ganze Aufsicht, während sie bei normalem Arbeits-system deren mehrere brauchen würde. Die ganze Arbeitsmethode, so meinte der Referent, schädige nicht nur das Maßigewerbe an sich, sondern beeinträchtigt auch in hohem Maße die Einigkeit unter den Arbeitern. Infolgedessen sah die Versammlung mit allen gegen eine Stimme nachstehenden Beschluß:

„Die Versammlung sieht in dem Verhalten der Firma, haupt-sächlich in der Entlohnung eines Teiles der Pauer mit einem Stundenlohn von 70 bis 85 Pf., einen Verstoß gegen den Vertrag der Firma und hält sich aus diesem Grunde ebenfalls nicht mehr an den Vertrag gebunden. Die Versammlung beschließt deshalb, der Firma folgende Forderungen mit dem Er-zuchen zu unterbreiten, bis Sonnabend, den 2. September 1905, Antwort an den Sektionsvorstand gelangen zu lassen.“

1. Vom Montag, den 4. September 1905, ab wird die Akkordarbeit bei der Firma eingestellt und an deren Stelle die Lohnarbeit eingeführt. Die angefangene Akkordarbeit wird aufgemessen und der etwa erzielte Ueberschuß am Sonnabend, den 9. September, ausgezahlt.
2. Die Arbeitszeit beträgt vom Tage ab für sämtliche Arbeiter und Träger 8½ Stunden pro Tag mit den üblichen Abänderungen bei kürzeren Tageszeiten.
3. Der Stundenlohn beträgt für sämtliche Arbeiter 95 Pf. und für die Fuhrer 75 Pf.
4. Im übrigen sollen die Bestimmungen, die im neuen Vertrag für 1905/06 mit dem Berliner Betonverein etwa vereinbart werden, auch für die Firma Luginio u. Co. Gültigkeit haben.

Gebührend kritisiert wurde es in der Versammlung, daß sich der Fuhrer Walter dazu hergegeben hatte, vor dem Gewerkschaftshaus Aufstellung zu nehmen, um die Kollegen der Firma Luginio von dem Besuch der Versammlung abzuhalten.

Die Kalkulierer und Expeditionsarbeiter, die jüngst einen Tarifvertrag mit dem Berliner Spediteurverein abgeschlossen haben, stehen gegenwärtig auch mit allen dem Spediteurverein nicht angehörigen Firmen in Unterhandlung wegen Anerkennung des neuen Tarifs. Mehrere Firmen haben sich mit ihrem Personal bereits auf der Grundlage des neuen Tarifs geeinigt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß es schon in den nächsten Tagen bei einigen anderen Firmen, die sich zur Bewilligung bisher nicht verstehen wollten, zum Streik kommt.

Die Portefeiniker beschloßen kürzlich, bei allen denjenigen Firmen, die nicht dem Verein Berliner Redemwarenfabrikanten angehören, ebenfalls auf Anerkennung des mit dieser Arbeitervereinigung kürzlich vereinbarten Tarifvertrages zu dringen, widrigenfalls die Arbeit niederzulegen. Zum Streik ist es jedoch noch bei keiner Firma gekommen, weil die Verhandlungen gegenwärtig noch forgesetzt werden. Sechs Firmen haben den neuen Tarif bereits anerkannt, und es sieht zu erwarten, daß auch mit den meisten übrigen Firmen eine friedliche Verständigung zustande kommt.

Achtung, Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen! Bei der Firma W. Kämmmerer, Kochstr. 67/71, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Breslauer Bauarbeiter, die vor zwei Jahren noch nicht 500 Mann stark organisiert waren, haben es seit dieser Zeit auf 2600 Mitglieder gebracht. Sie haben unter diesen Umständen den Beschluß gefaßt, an ihre Arbeitgeber Forderungen zu stellen, da sie bisher recht geringfügig bezahlt wurden. Weisheitsweise fordern sie einen Stundenlohn von 85 Pf. Bisher wurden ihnen 82 Pf. gezahlt.

Der Streik der Maurer in Langenbielau ist mit einem glatten Erfolg der Streikenden beendet worden. Die Unternehmer bewilligten eine Lohnerhöhung von 29 auf 32 Pf. pro Stunde. Die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen fanden nicht statt. Der Kampf dauerte seit dem 2. Juni und ist derselbe von den Streikenden geradezu müherhaft geführt worden, denn stets ist es ihnen gelungen, die Bemühungen der Meister, Streikbrecher zu beschäftigen, zu verhindern. Sowohl die Arbeitswilligen aus Berlin wie die Arbeitswilligen aus Böhmen und Mähren haben stets bald auf Veranlassung der Streikenden wieder den Langenbielauer Staub von ihren Pantoffeln geschüttelt.

Der Streik im wesisfälischen Baugewerbe ist beendet. Am Donnerstagabend wurde in dem Rathaus zu Essen unter dem Vorsitz des Leiters der achtstägigen Verhandlungen über die Einigung im Baugewerbe, Weigeordneten Dr. Wiedfeldt-Essen, das Protokoll über den Friedensschluß sowie der Arbeitsvertrag für das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet vom Arbeitgeberbund und den Arbeiterorganisationen unterschrieben. Die Arbeitszeit wird für das ganze Gebiet einheitlich auf zehn Stunden normiert. Der Lohn beträgt 44—55 Pfennig und ist für die beteiligten 200 bis 250 Ortschaften je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen abgestuft. Der Vertrag läuft bis zum 30. April 1908. Damit ist der dreimonatige Kampf im Baugewerbe beendet. Die Bauarbeit wird im ganzen Gebiet wieder aufgenommen.

Die Buchbinder in Kassel sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen wurden von den Unternehmern mit einer Ausnahme, nicht der Verantwortung für wert erachtet. — Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.

Eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Baumwollindustrie Englands ist vor einigen Tagen in Manchester zustande gekommen. Die Unternehmer von Bolton hatten die Herabsetzung des Lohnes um 5 Proz. beantragt; diese wurde abgelehnt. Es wurde vielmehr den Arbeitern eine Lohnerhöhung um 5 Proz. auf die Dauer von drei Monaten zugesichert. Sodann sollen wieder die gegenwärtigen Löhne platgreifen und zwar bis zum 1. März nächsten Jahres. Bis dahin sollen weitere Verhandlungen über die Lohnhöhe nach dem 1. März gepflogen werden.

Soziales.

Lohn und Wohnungsmiete.

Der Schneider und Hügel M. hatte Frau K., Inhaberin einer Arbeitsstube und Hausbesitzerin, beim Gewerbegericht auf Zahlung von etwa 190 M. Restlohn verklagt. Er ging davon aus, daß ihm vor ungefähr zwei Jahren, als er bei Frau K. zu hügeln begann, ein Wochenverdienst von 30 M. garantiert worden sei. Nun stellte sich in der Verhandlung vor der Kammer I heraus, daß Kläger zugleich Mieter der Frau K. war und daß die gegenseitigen Verpflichtungen immer durcheinander liefen. Richtige Klarheit ließ sich nicht schaffen. Nur soviel scheint festzustellen, daß gewisse Aufrechnungen gegen Mietsbeträge vorliefen, sowie daß oft nicht genug Arbeit vorhanden war. Die Beklagte behauptete, sie habe der Familie M. schon 109 M. an Miete geschenkt, weil sieben Kinder da wären. Schließlich kam heraus, daß die geforderte Summe von 186 M. sich aus Beträgen zusammensetzt, die als Reste aus neun Wochen des Jahres 1904 gefordert wurden. Ein weiteres Eingehen darauf hielt der Gerichtshof schon deshalb für unnötig, weil eine so lange, schon etwa ein Jahr zurückliegende Lohnabrechnung oder Verrechnung jetzt nicht mehr angezweifelt und zum Gegenstande eines Rechtsstreites gemacht werden könne. Man müsse gleich protestieren, wenn man glaube, der Lohnvertrag sei nicht richtig erfüllt. Wenn man dagegen die Dinge ruhig weiter gehen lasse, dann komme das einem Einverständnis mit der Regelung gleich. Indessen riet der Gerichtshof, dem Gewerbeichter le Viseur vorlag, der Beklagten, doch im Vergleichswege wenigstens noch 20 M. zu geben, da ja doch an sich Arbeitslohn nicht ohne weiteres gegen Miete aufgerechnet werden könnte und vielleicht aus der letzten Zeit bei genauerer Prüfung noch eine Kleinigkeit für M. herauskäme. Der Vergleich kam auch zustande.

Verfammlungen.

Das Gewerkschaftsblatt für Berlin und Umgegend hatte am Donnerstag bei Pait in der Drägerstraße eine Versammlung der Vorstände und Delegierten der ihm angeschlossenen Gewerkschaften veranstaltet, um zu der Ansicht des „Vorwärts“ über den Inhalt der Feenpalast-Resolution Stellung zu nehmen. Zunächst gab jedoch Regge einen kurzen Bericht über den Stand des Kürschnerstreiks, mit dessen Fortführung sich die Anwesenden ohne längere Diskussion einverstanden erklärten.

Zu dem Hauptpunkte der Tagesordnung sprach dann zuerst Theodor Fischer als Vertreter des Ausschusses des Kartells. Er erklärte unter anderem, daß sich diejenigen, die der Feenpalast-Resolution zugestimmt hätten, der Tragweite dieser Resolution wohl bewußt gewesen wären. Man habe sich die Wirkung der Resolution allerdings nicht so eingreifend vorgestellt. Der „Vorwärts“ habe keine Vorwürfe ziemlich leichtfertig erhoben und nicht den Beweis erbracht, daß von den Vertretern der Resolution leichtfertig gehandelt worden sei. Der „Vorwärts“ habe sich an den unglücklichen Ausdruck vom „Anarchosozialismus“ geklammert, dieses Lieblingsideal des Referenten, und sei zu anderen Urteilen gekommen, als man sich vorgestellt habe. Dieses Wort habe ihm, dem Redner, und vielen anderen auch nicht gefallen. Von der Resolution sei nichts zurückzunehmen. Vieles aber hätte vermieden werden können, wenn der „Vorwärts“ sich nicht an jene Lieblingsidee Friedebergs geklammert hätte. Nicht Theorie, sondern eiserne Notwendigkeit und praktisches Bedürfnis habe zu jener Resolution geführt. Der Idee des Generalstreiks, die als eine der nächstliegenden anzusehen sei, müsse näher getreten werden. Gleichgültig sei es, ob man dafür dieses oder das neue Wort Klassenstreik anwende. Nicht von heute auf morgen sei eine solche Aktion durchzuführen; es gälte, die Idee zu propagieren, und nicht davor zurückzuschrecken. Er sei überzeugt, daß dieser Standpunkt der richtige sei. Das Programm der freien Gewerkschaften bleibe bestehen. Durch die Würdigung der Tatsachen sei man zu der Ueberzeugung gekommen, daß alle Mittel angewandt werden müßten, um zum Ziele zu gelangen. Die parlamentarische Aktion sei aber nicht ganz zu verwerfen und die sozialistische und gewerkschaftliche Tagesarbeit solle keineswegs aufhören, sondern noch viel energischer betrieben werden. Der Redner, der ferner noch verschiedene Vorwürfe gegen den „Vorwärts“, den „altersschwachen“ Parteivorstand und die neutralen Gewerkschaften richtete, brachte schließlich die im Leitartikel bereits mitgeteilte Erklärung im Namen des Ausschusses in Vorschlag.

Zuppenlay (Zimmerer) äußerte, die Feenpalast-Resolution habe „in der schlaftrigen Lindenstraße und am ruhebedürftigen Engelster wie eine Bombe gewirkt“. Selbst die Auslassungen der „Leipziger Volkszeitung“ zeigten, wie weit die Partei schon nach rechts gekommen sei. Der Partei aber mit ihren 3 Millionen Stimmen könne doch gar nicht so viel daran liegen, wenn ihr nun die 3000 von der Feenpalastversammlung verloren gingen. Der Redner warf im übrigen dem „Vorwärts“ Lobhudelein der neutralen Gewerkschaften und dergleichen mehr vor.

Dannenberger (Metallarbeiter) erklärte, nicht mit Friedeberg einverstanden zu sein. Wenn Fischer behauptet habe, es bestünde kein Widerspruch zwischen dem Programm der freien Vereinigung der Gewerkschaften und der Resolution, so sei das ein Jertum. Nach der letzte Kongress habe ausgesprochen, daß nur unter engstem Anschluß an das sozialdemokratische Programm eine wirksame Propaganda für die Arbeiterbewegung getrieben werden könne. In der Resolution aber werde das Gegenteil gesagt und Friedebergs Rede laufe auf eine Verurteilung des Parlamentarismus sowie der ganzen Tätigkeit der Partei während der letzten Jahre hinaus. Die Resolution enthalte eine Abfrage an die Partei und zwar in der Form, daß sie Parteigenossen beleidige. Er, Redner, habe schon früher, vor Friedeberg, die Generalstreikidee propagiert, allerdings nicht in derselben Form. Doch sei er nicht mit Friedeberg einverstanden, wenn dieser meine, das ökonomische sei das einzige Gebiet, auf dem der Klassenkampf ausgefochten werden müsse. Ihm sei es durchaus nicht gleichgültig, ob ihm in der Partei der Stuhl vor die Tür gesetzt werde. Vielmehr hätten alle, die in dem Generalstreik ein Kampfmittel des Proletariats erblickten, die Pflicht, in der Partei selbst und bei Wahlen der Vertreter für diese Ideen zu wirken.

Scheffer (Zimmerer) bemerkte, das was im Feenpalast gesprochen wurde, sei auf gutem Boden gefallen. Wenn aber Zuppenlay sage, ob man aus der Partei hinausgewiesen werde, sei gleichgültig, so sei er, Redner, anderer Meinung. Gerade innerhalb der Partei müsse man für die Ideen wirken. Bei Wahlen zum Parlament sollte man alle Kompromisse beiseite lassen. Die Rede Friedebergs sei vielfach so aufgefaßt worden, als ob man sich überhaupt nicht mehr an den Wahlen beteiligen sollte. Damit sei er nicht einverstanden. (Auch Friedeberg erklärte hier durch Zwischenruf, daß er das nicht gemeint habe.) Der „Vorwärts“ sei nicht informiert über das, was in der Arbeiterbewegung vor sich gehe. Die Artikel des „Vorwärts“ liefen darauf hinaus, die Vertreter der Resolution aus der Partei hinauszudrängen.

Jochlin (Maurer) erklärte, wenn er das annehme, was in der Resolution stehe und was Friedeberg gesagt habe, sei es ihm klar, daß er damit aus der Partei aussteige. Die Sozialdemokratie sei allerdings der Situation nicht mehr gewachsen, sie stehe nur noch unter dem Einfluß von Leuten, die den Zentralverbänden angehören. Hier müsse Aenderung geschaffen werden. Das sei aber nur möglich, wenn jeder einzelne in den Wahlvereinen und Zahlenden seine Pflicht tue, nicht dadurch, daß man sich außerhalb der Partei stellen und ein neues Banner des „Anarchosozialismus“ erhebe. Durch die vom Ausschuss vorgeschlagene Erklärung werde eine ganz andere Situation geschaffen als im Feenpalast.

Wendt (Maler) begriff nicht, wie man einen Gegenstand der vorgeschlagenen Erklärung und der Resolution erklären könne; jene belege ganz dasselbe wie diese. Man habe Schritte vom Parteivorstand erhalten. Der „Vorwärts“ habe den Zentralverbänden Agitationsstoff mit seinen Artikeln geliefert. Der „Vorwärts“ sei überhaupt das erbärmlichste redigierte Blatt. — In ähnlicher Form äußerte sich der Redner über verschiedene belannte Parteigenossen.

Regge (Kürschner) meint, der „Vorwärts“ sei durch die Feenpalast-Versammlung aus dem Schlafe aufgerüttelt worden. Es müsse ziemlich lautlos in der Redaktion ansetzen. Sie hätte besser getan, den Ursachen der Bewegung nachzugehen. Im übrigen hätte Friedeberg lieber sagen sollen: Wir propagieren den revolutionären Sozialismus, statt ein neues Wort aufzubringen. Nicht sie, die Vertreter der Resolution, hätten etwas Neues aufgebracht, sondern sie propagierten vielmehr die alten revolutionären Ideen. Der „Vorwärts“ dagegen propagiere nicht den revolutionären Sozialismus.

Wiesner (Metallarbeiter) erklärte, ihm gefalle die beschimpfende Ueberschrift des „Vorwärts“-Artikels vom „Kretinismus“ nicht. Was die Stellungnahme der „Leipziger Volkszeitung“ anbelange, so sähe man schon daraus, daß sie das „e“ aus Friedebergs Namen ausgelassen habe, wie wenig sie die Sache kenne. (Friedeberg: „Ich habe ja Wehring selbst behandelt.“ — Andere Zwischenrufer: „Es hat aber wohl nichts genützt.“) Das einzige, das, was Friedeberg von dem Anarchosozialismus gesagt habe, sei nicht notwendig gewesen. Es sei nicht nötig, eine neue Partei zu bilden. Durch den „Vorwärts“-Bericht hätte die Redaktion etwas aus dem Vortrag herausgenommen, was nicht darin gelegen habe. Schmidt von der „Zeit am Montag“ hätte eine richtigere Auffassung behauptet.

Dr. Friedeberg sprach hierauf in längeren Ausführungen über seine Auffassung vom Klassenkampf. Er bemerkte unter anderem, daß die sozialrevolutionären Gewerkschaften die Kerntuppen der neuen Partei des fünften Standes sein würden. Man müsse die sozialdemokratische Partei zu einem klaren Ausdruck darüber zwingen, ob sie noch fernerein eine Partei des Klassenkampfes bleiben wolle.

Redner gab Dannenberger darin recht, daß die Feenpalast-Resolution, sowie bereits auch die bei Keller zum Internationalen Kongress gefaßte, im Gegensatz zu dem Programm der sogenannten lokalen Gewerkschaften stehe. Die im Feenpalast gefaßte Resolution sei eine Neutralitätserklärung dieser Gewerkschaften, aber nicht eine Neutralitätserklärung nach rechts, sondern nach links. Es gelte die revolutionären Elemente zu sammeln. — Der Redner äußerte sich dann in bekannter Weise über die Schädlichkeit und verderblichen Konsequenzen des Parlamentarismus sowie über seine Ansicht von der Wichtigkeit der Einwirkung auf die Innenwelt, das Seelenleben. Dem historischen Materialismus müsse die Aktion des „historischen Psychismus“ entgegengesetzt werden. Nicht sie, die Vertreter der Resolution, seien von der Sozial-

demokratie abgewichen, sondern diese von ihnen. Die Sozialdemokratie stehe nicht mehr auf dem Boden des Sozialismus. Die Erben dieser Auffassung seien die Anarchisten. Es sei jedoch keine Rede davon, eine neue Partei zu gründen. Er selbst, Redner, sei Mitglied des Wahlvereins im dritten Kreise und denke nicht daran auszutreten, wenn man ihn nicht hinausdränge.

Reyle (Maurer) bemerkte, er habe die Resolution, wie er sie zum erstenmal las, nicht verstanden; er habe sie dann zum zweiten und drittenmal gelesen und sich dann ganz damit einverstanden erklärt. Die Partei solle etwas mehr nach links gedrängt werden, denn sie habe den Klassenstandpunkt verlassen. Die vom Ausschuss vorgeschlagene Erklärung bilde eine Ergänzung der Resolution. „Wir trennen uns nicht von der Sozialdemokratie“, schloß der Redner.

Schröder (Metallarbeiter) erklärte sich mit der einheitlichen Kundgebung, wie die vorgeschlagene, einverstanden. Mit dem „Anarchosozialismus“ habe das nichts zu tun.

Schäfer (Kürschner) wunderte sich über die Abneigung gegen das Wort Anarchismus, das Freiheit vor allem Zwang bedeute. Aus Liebe zu den Zentralverbänden wolle man den Vertretern der Lokalverbände einen Streik erteilen.

In einem Schlusswort sprach sich Fischer nochmals über die Stellung des Ausschusses aus. Er wies auf die vom sechsten Wahlkreise geplante Versammlung hin und bemerkte unter anderem: „Wir waren in der Feenpalast-Versammlung unfähig zu diskutieren; wir haben uns dort durch schwülstige Redensarten überdöpseln lassen. Das wird im sechsten Kreise nicht der Fall sein.“

Hierauf wurde die vom Ausschuss vorgeschlagene Erklärung einstimmig angenommen bei Stimmenthaltung weniger.

Erklärung.

In dem Bericht des „Vorwärts“ vom Freitag, den 1. September, über die Versammlung der baugewerblichen Hilfsarbeiter vom Sonntag, den 27. August, wird unter anderem auch über die unübersichtlichen Zustände, welche sich bei Grenzstreitigkeiten mit der Sektion der Gips- und Zementbranche, Zentralverband deutscher Maurer, herausgebildet haben, berichtet. Es wird erwähnt, daß der Sektionsleiter deren Regelung durch die Berliner Gewerkschaftskommission (auch heißen Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission) abgelehnt habe. Hierauf haben wir zu erklären: daß für uns zur Regelung von solchen Streitigkeiten der § 5 des zwischen den beiden Zentralverbänden geschlossenen Kartellvertrages maßgebend ist. Dieser Paragraph lautet:

§ 5. Beschwerden des einen Zentralverbandes resp. des einen Verbandes gegen den anderen sollen in erster Linie den kombinierten Vorständen (§ 1) zur Regelung unterbreitet werden.

Beschwerden gegen einzelne Mitglieder oder einen Zweigverein einer anderen Organisation an denselben Orte sollen die in Frage kommenden Zweigvereine nach Möglichkeit unter sich regeln. Im Falle, daß eine Einigung nicht erzielt wird, kann die Beklagnete den Zentralvorständen unterbreitet werden.

Dem Vorstand des hiesigen Zweigvereins des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands ist bekannt, daß auf Grund dieses Paragraphen wegen der umstrittenen Frage zwischen den Vorständen der beiden Verbände und den am Orte beteiligten Personen bereits im Juni d. J. eine Aussprache geplant war. Nur aus Mangel an Zeit ist es den Vorständen nicht möglich gewesen, diese Aussprache bis jetzt herbeizuführen. Warum die hiesigen Bauarbeiter, obgleich die in Betracht kommenden Instanzen zur Sache noch keine Stellung nehmen konnten den Weg der Öffentlichkeit beschritten haben, ist uns nicht recht klar. Wir sind der Meinung, daß nach dem derzeitigen Stand der Dinge diese Maßnahmen am ungeeignetsten sind, Differenzen zu erledigen. Wir werden unferen in der Sache eingenommenen Standpunkt, den wir allerdings im Rahmen dieser Berichtigung nicht auseinandersetzen können, solange beibehalten, bis die in Betracht kommenden Instanzen bessere Vorschläge zur Regelung der Angelegenheit gemacht haben. Bis dahin werden wir, mögen die Bauarbeiter tun, was sie wollen, an dieser Stelle nicht mehr auf die Sache eingehen.

Der Sektionsvorstand. J. A.: Wilh. Frisch.

Folgende Berichtigung geht uns von dem Genossen Thielke zu:

In der Nr. 201 vom 29. August befindet sich im Bericht von der Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins Teltow-Deetow—Storlow—Charlottenburg ein Jertum. Ich habe ausgeführt: „Es ist bedauerlich, daß seit den vorjährigen Konferenzen noch kein Versuch wieder gemacht ist, eine Einigung herbeizuführen. Die Gewerkschaften müßten vom hohen Pferd heruntersteigen, ebenso aber auch die Partei. Es müßten sich Mittel und Wege zu einer Einigung bezüglich der Meißner finden lassen. Man schimpft immer auf die Revisionisten; wirkliche Revisionisten kann man im Gewerkschaftshaus finden.“

Vom Verbieten der Meißner durch die Gewerkschaften habe ich nicht gesprochen. Ich habe gesagt: „Um die Arbeit in einer Werkstatt am 1. Mai ruhen zu lassen, müssen mindestens zwei Drittel der Beschäftigten organisiert sein. Wird uns beschließen zu arbeiten, so ist man an den Beschluß gebunden und kommt somit als Parteigenosse mit sich selbst in Widerspruch. Hier muß der Parteitag Remede schaffen.“ Richtig ist, daß ich auf den Metallarbeiter-Verband hingewiesen habe.

Karl Thielke.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Abkommen über den Waffenstillstand unterzeichnet.
Portsmouth, 1. September. (Melbung des „Reuterschen Bureau“.) Das Abkommen über den Waffenstillstand ist heute unterzeichnet worden. Er tritt aber erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages ein, da Japan, wie jetzt entgegen der früheren Melbung bekannt wird, sich geweigert hat, einem sofort in Kraft tretenden Waffenstillstand zuzustimmen.

Paris, 1. September. (B. L. B.) Die die Blätter melden, sind die Anarchisten Malato, Garvey und Ballina wegen Nordversuch an dem König von Spanien, dem Präsidenten Loubet und den bei dem Anschlag in der Rue Mohan verletzten Personen in Haftlagenzustand verlegt worden.

Die Revolution in Rußland.
Warschau, 1. September. (B. L. B.) Nach dem „Kurycer Warzawski“ verläutet, der neue Generalgouverneur Galon beabsichtige, den über Stadt und Bezirk Warschau verhängten Kriegszustand aufzuheben. Denselben Platte zufolge ist in einem Personenzug der Weichselbahn bei Lublin eine Holzmuschine (?) entdeckt worden. Ein Schaden wurde durch sie nicht angedeutet. Die Eisenbahnbrücke bei Stalenschow ist durch Dynamit beschädigt worden.

Die Cholera in Galizien.
Wien, 1. September. (B. L. B.) Der „Wiener Abendpost“ zufolge kamen in der Gemeinde Padannarodowa im Bezirke Mielec in Galizien seit dem 22. August vier verhängige Erkrankungen vor, von denen drei mit dem Tode und einer mit Genesung endete. Die sanitätspolizeiliche Obduktion der Leichen ergab Reinkultivierbarkeit der Krankheit mit Cholera. Das Ergebnis der eingeleiteten bakteriologischen Untersuchung ist noch nicht bekannt. Der Landesgesundheitsreferent im Bezirke Mielec ist nach Karnobrzeg entsandt worden. Das Ministerium des Innern hat bereits als die Cholera in Bestrebungen amtlich festgestellt war, den Behörden der zunächst bedrohten Verwaltungsgebiete die erforderlichen Weisungen erteilt.

Debatten über Wenn und Aber.

I.

In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongress den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unmöglich, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht.

Amsterdamer Resolution (angenommen mit 36 gegen 4 (Schweiz und Japan) Stimmen, bei Enthaltung von Frankreich und den russischen revolutionären Sozialisten.

Es ist falsch, verächtlich vom Tageskampf zu sprechen und ihn in Gegensatz zu dem großen Ziele zu stellen. Diese beiden sind eins und können nicht von einander geschieden werden. Redner erklärt, daß er schon auf dem holländischen Kongress gegen die jetzt vorliegende Resolution gewesen sei, weil sie, wenn auch sehr verknäuelert und vorsichtig, unter bestimmten Bedingungen den Generalstreik empfehle.

„Protestieren wir auf das schärfste gegen die Propaganda des Generalstreiks und klären wir das Proletariat über seine Gefahren auf. Gewiß kann einmal der historische Moment kommen, in dem das Proletariat zur Abwehr reaktionärer Aukantate oder zur Erzwingung notwendiger Reformen den Generalstreik braucht. Aber dieses äußerste und letzte Mittel kann nicht die Kleinarbeit, die unermüdbare Agitation, den Kampf im Parlament und der Gewerkschaft verneinen.“

Veer-Wien (Metallarbeiter) auf dem Amsterd. Kongress.

Unmittelbar nach dem Erscheinen der holländischen Genoffin Roland-Holst Schrift über „Generalstreik und Sozialdemokratie“ widmete ihr der „Vorwärts“ als erstes Blatt — Karl Kautsky nennt das in den gestern von uns wiedergegebenen „Unmöglichkeiten“, „Nachhinken“ — eine ebenso ausführliche wie wohlwollende, vielleicht zu wohlwollende, aber auch, wie sich's versteht, kritische Betrachtung. Man kann nicht sagen, daß seitdem — außer von halb anarchistischen Schwärmern — irgend etwas Kritisches über das Buch geschrieben oder geredet wäre. Ueberhaupt ist es ein Irrtum, wenn Kautsky, nachdem er aus den Ferien zurückgekehrt ist, mit derselben Sicherheit feststellt, daß der „politische Massenstreik in der ganzen Partei auf das Lebhafteste diskutiert wird“ — wir verstehen unter Lebhaftigkeit etwas anderes —, mit der er vorher aus freier Lust die den Tatsachen kraft widersprechende Behauptung aufstellte, daß „fast die gesamte Parteipresse der Diskutierung des Massenstreiks bisher schon mehr Interesse und Verständnis entgegengebracht als unser Zentralorgan, so daß dessen Verständnislosigkeit nicht der Partei aufs Konto geschrieben werden darf“.

An kritischen Betrachtungen ist, wie gesagt, nur sehr wenig geleistet worden. Und selbst die erst jetzt abgeschlossenen sieben Artikel des Leipziger Herzblattes Kautskys sind nicht mehr als eine gelegentlich mit dem üblichen Pfeffer gegen die „Konkurrenz“ gewürzte, trotz des Reichthums, der Pitale nicht überall ganz korrekte Paraphrase der holländischen Schrift.

So hätte man denken können, daß Karl Kautsky inzwischen zur Erkenntnis hätte gelangen müssen, daß ihm zwar die Kritik des „Vorwärts“ immer noch nicht gefalle, daß sie aber als so ziemlich einziger kritischer Versuch anerkannter Wert sei. Kautsky ist weiter denn je von dieser Einsicht entfernt. Den vor einem Monat komponierten Sologesang über die Unfähigkeit des „Vorwärts“ instrumentiert er nunmehr „gekraftigt“ für großes Orchester.

Die Kritik des „Vorwärts“ vom 25. Juni erkannte als Kardinalfehler des Buches den lassenden Widerspruch zwischen dem Generalstreik als einem „unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Rotwehr“ und der von Roland-Holst letzten Endes propagierten Auffassung des Generalstreiks als „der Methode des Klassenkampfes, als dem eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges.“

Diese Auffassung konnte irrig sein, aber sie wäre bei der Eigenart des Buches — über die nun doch wegen der heillosen Verwirrung, die es hier und dort angerichtet hat, noch einige weniger höfliche Worte gesagt werden müssen — in jedem Falle begreiflich gewesen. Hat doch die Diskussion über das Buch das sonderbare Ergebnis gehabt, daß auf der einen Seite, nicht ohne Zug, generalstreikgegnere Gewerkschaftler es als Waffenammlung gegen die Propagierung der Idee empfahlen, auf der anderen Seite die begeisterte Genossenschaft eines Wahlkreises den Generalstreik als entscheidendes Mittel zur Uebernahme der gesellschaftlichen Produktion durch das Proletariat befürwortete — eine Auffassung, welche doch von der Verfasserin als anarchistischer Abergwitz abgelehnt wird. Und beide hatten die Berechtigung zu ihrem Tun. So weit nämlich Roland-Holst scharfsinnig und gewissenhaft, ja geradezu meisterlich

das bisher allerdings ziemlich dürftige Tatsachenmaterial über den Generalstreik nachprüft, sind ihre Folgerungen fast rein negativ. Dann aber kommt plötzlich der große revolutionäre Tag, der politische Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Tag, der kommen muß, und da wird der politische Generalstreik, der früher fast immer versagte, auf einmal das Mittel, das einzige Mittel zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die Kritik der Tatsachen wird zum Dogma einer Zukunftsspekulation.

Nun hätte Karl Kautsky diese Auffassung für ein Mißverständnis erklären können, und da er engere literarische Beziehungen zu der Verfasserin unterhält, war er der richtige Mann, um über die Tendenzen der Schrift aufzuklären. Das fiel unserem Freunde jedoch nicht ein. Der Redakteur der „Neuen Zeit“ etablierte sich vielmehr als Sachverständiger über die Qualifikation der Redaktion des „Vorwärts“ und plädierte in seinem Gutachten auf Entmündigung. Bomit dem die Frage des Massenstreiks und das Urteil über die Roland-Holst'sche Schrift außerordentlich geklärt war.

Jetzt verrät uns Karl Kautsky, warum er diesen Weg eingeschlagen: ein beiläufiger Satz jener Kritik habe es ihm angetan. Der „Vorwärts“ hatte die Diskutierung des Generalstreiks unter dem Gesichtspunkte des A und O unserer Taktik, diese zwar noch nicht anarchistische, auch noch nicht anarchistisierende, aber zum Anarchismus doch bedenklich hinuntergleitende Auffassung als verwirrend und gefährlich abgelehnt — „ganz abgesehen davon, daß das reichliche Reden von und Drohen mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Forderungen gegen die Sozialdemokratie zu stärken, als die Arbeiterklasse zur Entschlossenheit zu erziehen“. Wir haben bisher geglaubt, daß es der Stolz der deutschen Sozialdemokratie war, sich des leeren sinnlos provozierenden Geschwäges zu enthalten, hinter dem nichts steht, keine ernsthafteste Absicht, keine unmittelbare Tat. Kautsky aber ist es bei dieser wiederholten Feststellung einer seit jeher von der deutschen Sozialdemokratie befolgten selbstverständlichen Praxis schlammig gegangen:

„Als ich diesen Satz las, sah, wie im Jahre der glorreichen russischen Revolution das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie über die Revolution zu reden wagte, da stieg mir die Schamröte ins Gesicht. Dieser Satz war's, der meinen ganzen „Hochmut“ erregte, der mich zu der Annahme und dem „publizistischen Luftzug“ trieb, gegen eine derartige Sprache zu protestieren. Wenn ich dabei einen Fehler beging, so war es höchstens der, daß ich das nicht energisch genug tat.“

Alle Bewunderung für den jähen Aufwand von Schamröte — aber es geht uns sehr peinlich wider das Gefühl, daß das mit dem Blut der Weiten und Tapferkeit bedachte Freiheitsfeld der russischen Revolution beschworen wird, um einer ganz gewöhnlichen Schriftsteller-Volemil oratorischen Schreie und wirksame Stimmung zu verleihen. Kein Wort hat der „Vorwärts“ über oder gar gegen die Revolution gesagt. Nur das verantwortungslose Drohen mit der Revolution, das billige Schwätzen über sie hält er für widerwärtig und verwerflich. Wir protestieren dagegen, daß es sich in Rußland bloß um solch Drohen mit der Revolution handelt. Bestände die russische Revolution aus papiernen Drohungen, die im sicheren Ausland hergestelt werden, so würde sie wahrlich niemand Ehrfurcht und Begeisterung einflößen; die Tat ist's, die den Tod nicht redet, sondern wagt, vor der wir uns erschüttert neigen. Nicht die russische Revolution, sondern die Armer des Jaren hat mit papierern Bombast in die Welt hinausgeschrien, wie sie die Japaner zermalmen würde, der Jarrismus hat all die lärmenden Siege telegraphiert, all die Triumphe im voraus gefeiert. Die Japaner schwiegen und handelten. Die japanische, nicht die russische Methode des Jarrismus sollte für jeden Kampf vorbildlich wirken — namentlich in diesem tintenlegenden und tintenschwappenden Säkulum. Warum ist nun also dem Genossen Kautsky die Schamröte ins Gesicht gestiegen?

Jede Replik hat die Neigung, sich in Einzelheiten zu zerfasern; es geschieht das notwendig, wenn man den einzelnen Sätzen und Worten des Gegners nachgeht und an sie seine Bemerkungen, wie's trifft, lose anhaft. Dadurch wird jede Polemik für den Leser unkontrollierbar und unfruchtbar. Wir aber möchten versuchen, die Debatte aus der persönlichen Hölle herauszuheben sie ins Allgemeine hinauszuführen und um bestimmte Probleme zu konzentrieren.

Wir müssen es deshalb ablehnen, auf alle Wortwürfe Kautskys eingzugehen, die in einem Satz leicht erhoben werden können, zu deren Widerlegung es aber dann lästiger Ausführlichkeit bedarf. So weist uns Kautsky beispielsweise vor, daß in zwei von verschiedenen Verfassern geschriebenen Artikeln Nuancen der Anschauung — Kautsky nennt „vollsten Widerspruch“ — zu bemerken seien. Es scheint also, als sei man in der Redaktion unseres Zentralorgans bei der Diskussion über den Massenstreik noch nicht einmal soweit gekommen, sich darüber einig zu werden, ob, wo und wie eine solche Diskussion ratsam sei. Tatsächlich ist der von Kautsky entdeckte Widerspruch überhaupt nicht vorhanden. Aber, um den Lesern den Aufwand einer Widerlegung dieser gleichgültigen Einzelheiten zu ersparen, nehmen wir ihn als richtig an. Wahrscheinlich eine Ungeheuerlichkeit! Im Zentralorgan sitzen Menschen, die über eine eben erst auftauchende Parteifrage nicht sofort in jedem Punkte und in allen Einzelheiten einer Meinung sind, während doch bereits Kautsky sich durch und durch einig ist. Welche Unfähigkeit, selbständige Köpfe zu haben anstatt die fertig zu beziehenden Normaleinheitsköpfe sich strada aufzusetzen. Hoffentlich aber wird es in der Partei noch bis auf weiteres Unstille bleiben, nicht auf Kommando zu denken und umzulernen. Hoffentlich lassen wir uns auch fürderhin nicht die Mode vom Konfessionär vorschreiben.

In einem folgenden Artikel werden wir uns zunächst mit dem Inhalt, der Methode und der Tendenz der Roland-Holst'schen Schrift zum einmal zu beschäftigen haben. Wir werden dann zeigen, wie gerade Kautskys Behandlung der Generalstreikfrage die ganze Debatte entwertet und einwert, indem er aus einem ernsthaften taktischen Problem, als das es in Jena behandelt werden wird, eine müßige Zukunftsspekulation macht. Es werden dann einige allgemeine Ausführungen über Wert, Fruchtbarkeit und Wirkungen unserer Parteidebatten der letzten Jahre zu machen sein. Und schließlich wird noch darüber einiges zu sagen sein, daß der „Vorwärts“ ein führendes Blatt zu sein streben solle, daß er aber gerade deshalb nicht ein jedem Klatschfänger nachlaufendes Blatt sein dürfe.

Aus der Partei.

Die „Vorwärts“-Frage.

Der dritte Artikel der „N. Z.“ über die „Vorwärts“-Frage steht so aus:

Unmittelbar nach seiner wissenschaftlichen Entstellung der Richterlade fährt K. E. fort: Und wenn endlich die „Leipziger Volkszeitung“ mit schönem Born die Kameradschaft gegenüber Angriffen der Gegner fordert,

die der „Vorwärts“ angeblich verkehrt haben soll, so dürfte das Gedächtnis der „Leipziger Volkszeitung“ nicht so kurz sein, um nicht zu wissen, daß der „Vorwärts“ zwar bei jeder Gelegenheit diese Solidarität geübt hat, daß aber die „Leipziger Volkszeitung“ in wiederholten Fällen, wo nicht nur die ganze bürgerliche Presse uns umbeulte, sondern wo wir auch sehr schwere Konflikte mit der bürgerlichen Justiz hatten, dem „Vorwärts“ in den Rücken gefallen ist, ja sogar für die Gegner auch das Stichwort des Angriffs ausgegeben hat.

Wir haben vom „Vorwärts“ weder Kameradschaft, noch sonst etwas für uns gefordert; in diesem Punkte sind wir äußerst bescheiden. Wir haben nur verlangt, daß der „Vorwärts“ die Partei nicht blamierten solle, indem er auf das Verlangen der gegnerischen Presse andere Parteiblätter verleugnet, wenn sie berechnigte Parteiinteressen vertreten, so gut sie können.

Im übrigen aber stellt K. E. mit den oben angeführten Sätzen die Wahrheit wieder auf den Kopf. Unser Gedächtnis ist lang genug, um zu wissen, daß wir niemals einem Parteiblatt, das sich im Kampfe mit den Gegnern befand, in den Rücken gefallen sind, aber es brauchte nur sehr kurz zu sein, um sich zu erinnern, daß, als im Dezember v. J. die „Leipziger Volkszeitung“ wegen des Solidaritätsartikels von „der ganzen bürgerlichen Presse umbeult“ wurde, K. E. ihr in den Rücken fiel mit erbauenden Betrachtungen über „Istie und triviale Schimpfereien“, „Kraftmeierum“, „inhaltslose Phrasenhastigkeit“, „Ableitentum in Worten“ usw. Darauf haben wir, in kräftigeren Wendungen, als wir heute gebrauchen wollen, aber dem Sinne nach erwidert, daß, wer die Kameradschaftsgeschichte und ähnliche Sensationen am Steden habe, sich immerhin einige Karenzzeit im Schulmeister anderer Genossen auferlegen dürfe, ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Das war unser Recht, und zwar nicht bloß, weil wir in raffiniertester Weise herausgefordert worden waren. Ein Parteiblatt, das sich im Gedrange mit den Gegnern befindet, und sei es auch durch eigene Schuld, hat allen Anspruch darauf, von den eigenen Genossen mit Moralpredigten verschont zu werden, aber es hieße einen allzu lodenden Preis auf Parteidummheiten setzen, wenn sie in alle Ewigkeit als ehrwürdige Parteiüberlieferungen gelten sollten, weil sie in irgendwelcher Vergangenheit den Gegnern zum Nutzen und Vergnügen gelehrt haben.

Ueber das „Stichwortgeben“ für die Gegner nur ein kurzes Wort! Solange die Partei existiert, hat es in ihr auch Meinungsverschiedenheiten gegeben, und solange diese Meinungsverschiedenheiten öffentlich ausgetragen werden, sind sie von den Gegnern ausgebeutet worden. Wir geben bereitwillig zu, daß die „Leipziger Volkszeitung“ mitunter gegen den „Vorwärts“ ausgepielt worden ist, aber wir müssen hinzufügen, daß der „Vorwärts“ noch viel häufiger gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ausgepielt wird. Wie oft müssen wir von den Gegnern noch heute das „Ableitentum in Worten“ hören, und selbst die beiden Artikel, die K. E. gegen uns richtet, sind schon vom Handwurzliman in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ durch einen virtuosen Groteskzang verberichtet worden. Sagen wir deshalb, der „Vorwärts“ habe den Gegnern das „Stichwort“ zu Angriffen gegen die „Leipziger Volkszeitung“ gegeben? Fällt uns gar nicht ein! Wir gehören noch jener altväterischen Zeit an, wo die ganze Partei durchdrungen war von Raffinesse Wort, daß die Unabhängigkeit von derjenigen öffentlichen Meinung, die kapitalistische Tintenkulis fabrizieren, die erste Vorbedingung sei, etwas Tüchtiges für die Arbeiterklasse zu leisten, wo auf alle Kapriolen dieser Kulis gepiffen und in Parteisachen weder nach der Musik der „Täglichen Rundschau“, noch nach der Musik der „Kölnischen Zeitung“ getanzet wurde.

Nun aber kommt die Hauptanfrage gegen uns. K. E. erzählt den Lesern des „Vorwärts“:

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat gelegentlich des Plagensee-Prozesses zwei „Vorwärts“-Redakteuren vorgeworfen, daß sie Kabinettsjustiz wenn nicht veranlaßt, so sich doch haben gefallen lassen. Kabinettsjustiz ist kein Schimpfwort, kein derber Ausdruck, kein schlechter Ton, es ist ein höchst nobler und stilistisch durchaus würdiger technischer Ausdruck. Der Inhalt dieses Vorwurfs aber ist so schwer, daß er, wenn er berechtigt wäre, genügen würde, den Ausschluß jedes Parteigenossen, der sich solche Verfehlung hat zuschulden kommen lassen, ohne weiteres herbeizuführen. Ja auch jeder bürgerliche Rechtsanwalt, der mit Recht einer solchen Verfehlung beschuldigt wäre, würde aus dem Rechtsanwaltsstande beseitigt werden müssen. Die „Leipziger Volkszeitung“ erhob diesen Vorwurf auf Grund der unbegreiflich groben Verwechslung: Der Justizminister wurde als Chef des Oberstaatsanwalts angerufen, der den Klageantrag im Interesse der im Justizressort beschäftigten Beamten erhoben hatte. Es handelte sich um den Justizminister als Chef der angeblich belebigen Beamten, um die Einwirkung auf Rücknahme des Strafantrages bei der dazu berechtigten Person. Es kam aber gar nicht in Frage der Justizminister als höchster Beamter der Rechtspflege, der in die unabhängige Rechtspflege eigenmächtig eingreift. Gehörte Plagensee nicht zufällig dem Justizressort des Justizministeriums, sondern unterstand es, wie die meisten anderen Gefängnisse, dem Minister des Innern, so hätte der Minister des Innern in Anspruch genommen werden müssen. Ein bürgerlicher Rechtsanwalt hat in sehr klarer Weise diesen Unterschied auseinandergesetzt. Die „Leipziger Volkszeitung“ aber, anstatt loyal diesen unerhörten Angriff zurückzunehmen, erklärte diesen fundamentalen Unterschied, ohne die überzeugenden Ausführungen selbst wiederzugeben, für „Quarspalterei“! Wenn ein Parteiblatt den denkbaren schwersten Vorwurf gegen Parteiredakteure erhebt auf Grund einer leichtsinnigen Verwechslung grundlegenden Begriffe und wenn es, aufmerksam auf diese Verfehlung gemacht, dann nicht reumütig und loyal den Angriff zurücknimmt, sondern sich noch den Anschein des guten Rechtes gibt, um ja nicht die von ihm beanspruchte Unfehlbarkeit einzubüßen, so ist das wahrlich keine Frage des guten oder schlechten Tones. Wer solche Methoden nicht mit allen Mitteln zu bekämpfen sucht, der weiß nicht, was er seiner Parteipflicht schuldig ist.

Das ist ein Weichselkopf von Entstellungen und Verdrehungen, den wir am leichtesten entwirren, indem wir ihm die urkundliche Wahrheit entgegenstellen.

Als der Plagensee-Prozess den bekannten, unerwarteten Ausgang nahm, veröffentlichte ein Gerichtsberichterstatter eine ihm vom Rechtsanwalt Löwenstein diktierte Notiz, worin mitgeteilt war, daß Herr Löwenstein die Vergleichsverhandlungen durch einen Besuch beim Justizminister eingeleitet habe. Es heißt dann wörtlich weiter:

Obgleich der Minister seinen Empfangstag hatte, wurde Dr. Löwenstein dennoch sofort empfangen, nachdem der Justizminister von dem Zweck der nachgesuchten Audienz unterrichtet worden war. Die Besprechung der beiden Herren dauerte über eine halbe Stunde. Zum Schluß derselben erklärte der Minister, daß er für seine Person jede Einmischung in den schwebenden Prozeß und jede unmittelbare Einwirkung auf die Behörden, die den Strafantrag gestellt haben, ablehnen müsse, andererseits werde er es nicht verhindern, wenn auf der vom Rechtsanwalt Dr. Löwenstein vorgeschlagenen Basis Verhandlungen mit der Oberstaatsanwaltschaft geführt würden und diese daraufhin den Strafantrag zurücknehme.

Wir stellen fest, daß nach dieser, von Herrn Löwenstein selbst diktierten Notiz der Justizminister als Vorgesetzter der Oberstaatsanwaltschaft, der Behörde, die den Strafantrag gestellt hatte, also als Chef der Justizverwaltung angesprochen worden ist, daß nicht mit einer Silbe angedeutet wird, er sei als Chef der Gefängnisverwaltung angesprochen worden. Wenn der Justizminister gesagt hat, daß er „für seine Person jede Einmischung in den schwebenden Prozeß ablehne“, so hat er das abgelehnt, was man in

der sinnlichen Aufzählung des gewöhnlichen Lebens eine Kabinettsjustiz nennt, und da Herr Löwenstein in keiner Weise behauptet, daß der Minister in der Tat gerechtfertigt ist, so blieb nach dieser Notiz nur der Schluss übrig, daß dem Justizminister das von ihm abgelehnte Ansuchen auch gestellt worden ist.

Demgemäß sagten wir in unserer Nummer vom 13. Juni, anknüpfend an die Notiz des Gerichtsberichts: „Danach ist die Initiative zum Abbruch des Prozesses von einem der Verteidiger ausgegangen, selbstverständlich von keinem Verteidiger der angeklagten Parteiredakteure. Immerhin macht es auch so einen peinlichen Eindruck, daß ein Verteidiger in einem politischen Prozesse sich an den Justizminister mit dem, sogar von Herrn Schönstedt sanft gerüffelten Ersuchen zu wenden, in ein schwebendes Strafverfahren einzugreifen. Wir wissen natürlich sehr gut, was es im preussisch-deutschen Reich mit der sogenannten „Unabhängigkeit der Rechtsprechung“ auf sich hat, aber daß ausgerechnet ein Verteidiger eine Kabinettsjustiz zu provozieren sucht, das ist zwar neu, aber nicht schön.“

Zu dieser Auffassung bemerzte der „Vorwärts“ in jenem „guten Ton“, der ihm so wohl ansteht, daß sie trotz ihrer Dummheit schwerlich aus Dummheit geboren sei; wir hätten sie aus den Fingern gefogon, in originaler Bösartigkeit usw. Er gab dann folgende Aufklärung der Löwenstein'schen Taktik: Bekanntlich war Klage erhoben wegen Beleidigung von Beamten der Justizverwaltung — Blöthensee gehört in das Ressort des Justizministers — und der Justizminister als Chef der Verwaltung war auch Chef der Strafantragsteller; ohne seine Zustimmung konnte daher für die Beamten seines Ressorts das Verfahren weder eingeleitet noch eingestellt werden! Trotz ihrer groben Verdrängung druckten wir diese Angaben sofort wörtlich nach, in unserer Nummer vom 17. Juni; wir wiesen zwar auf ihren Widerspruch mit der Notiz des Gerichtsberichts hin, gaben jedoch zu, daß nach der Darstellung des „Vorwärts“ das Verhalten des Herrn Löwenstein „formell weniger inoffensiv“ erscheine. Die Sache selbst werde allerdings auch dann nicht schöner, was wir so begründeten: Sollte die humane Rücksicht auf den Dr. Baer entscheiden, wie der „Vorwärts“ neulich behauptete, dann hätte man mit dem alten Herrn und seinem Anwalt verhandeln sollen, die ja als Nebenkläger der Verhandlung beizuhören, und wenn er geneigt dazu war, konnte man es ihm überlassen, die Zustimmung seiner Vorgesetzten zur Zurückziehung seines Strafantrages einzuholen. Der Gang zum Justizminister als einleitender Akt der Vergleichsverhandlungen war, gleichviel wen Herr Schönstedt beim Ohr nehmen sollte, politisch gelinde gesagt, eine grobe Taktlosigkeit.

Gleich darauf veröffentlichte Herr Löwenstein eine Erklärung, worin er seine Taktik ebenso erläuterte, wie der „Vorwärts“, dessen Angaben wir, wie gesagt, sofort wörtlich abgedruckt hatten. Nur verdrängte Herr Löwenstein seine Ausführung, zwar nicht, wie der „Vorwärts“, mit Ungezogenheiten gegen die „Leipziger Volkszeitung“, aber mit einem juristischen Raubetwisch darüber, daß er schon in der Notiz des Gerichtsberichts dasselbe gesagt haben wollte, was er nunmehr sage. Darüber mit ihm zu streiten, hatten wir nicht den mindesten Anlaß und nicht die mindeste Reizung, nachdem wir unseren Lesern an der Hand des „Vorwärts“ mitgeteilt hatten, wie Herr Löwenstein seinen Gang zum Justizminister entschuldigen wollte. Gleichwohl gaben wir auch von den nachträglichen Erklärungen des Herrn Löwenstein eine summarische Notiz, als Genosse Karl Liebknecht in einem Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sich so ausdrückte, als sei von der „Parteipresse“ den angeklagten Parteiredakteuren und ihren Verteidigern der Vorwurf gemacht worden, eine Kabinettsjustiz provozieren zu haben. Wir schrieben in unserer Nummer vom 21. Juni:

Wir wollen demgegenüber nochmals feststellen, daß wir weder den „Vorwärts“-Redakteuren, noch ihren Verteidigern den Vorwurf gemacht haben, den Genosse Liebknecht so lebhaft abwehrt. Wir haben mit aller gebotenen Vorsicht gesagt, daß „selbstverständlich kein Verteidiger der angeklagten Parteiredakteure“, sondern Herr Löwenstein, den wir ausdrücklich als Verteidiger des Ahrens nannten, den Justizminister zu einer Kabinettsjustiz zu veranlassen versucht habe. Das hat Herr Löwenstein selbst öffentlich mit Worten kundgetan, die, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollen, nur diesen Sinn haben können. Wenn Herr Löwenstein selbst jetzt durch langatmige Tzifileien über den Begriff der Kabinettsjustiz, die er in der bürgerlichen Presse veröffentlicht, die Sache anders zu wenden sucht, so fehlt es uns an Raum und Zeit, auf diese Paarspaltereien einzugehen, aber selbst wenn wir zu gunsten des Herrn Löwenstein annehmen wollen, daß er sich in seiner ersten Notiz bloß ungeschickt ausgedrückt hat, so bleibt es dabei, daß sein Vorgehen zum Justizminister politisch mindestens eine grobe Taktlosigkeit war. Sollten Vergleichsverhandlungen angebahnt werden, so war es das einzig Schicksale, mit den Nebenklägern zu verhandeln, denen dann überlassen werden konnte, sich mit dem Oberstaatsanwalt und dem Justizminister auseinanderzusetzen.

Selbstverständlich halten wir auch heute alle diese Ausführungen bis auf die letzte Silbe aufrecht. Wir haben die milderen Umstände, die der „Vorwärts“ für das Vorgehen des Herrn Löwenstein geltend machte, sofort unseren Lesern mitgeteilt; wenn aber K. E. nicht begreift, daß, auch trotz dieser milderen Umstände, der Gang zum Justizminister juristisch und politisch eine grobe Taktlosigkeit war, so ist ihm noch ein Rätsel, was Karl Marx unter „einfachem sittlichen Takt“ verstand.

Nun zu den angeklagten Parteiredakteuren, die wir der denkbar erfolgreichsten Handlungen beschuldigt haben sollen. In unserer Nummer vom 13. Juni haben wir um eine — immer noch nicht gegebene — Aufklärung über die Gründe, aus denen der Blöthensee-prozess abgebrochen worden sei, um den Gegnern die Möglichkeit zu nehmen, einen „ehren- und freireichen Kampf mit einem Schein von Recht zu veripotten“, und wir sagten über diese Bemühungen der Gegner:

Die „Vossische Zeitung“ stellt die Sache so dar, als ob der „Vorwärts“ seine Kritik des Strafvollzuges in Blöthensee als einen Injurienkrieg gegen Personen begonnen, aber vor Gericht seinen Beweis nicht habe führen können, und daß er sich nun durch ein demütiges pater peccavi aus der Affäre gezogen habe. Das ist eine schändliche Entstellung des Sachverhalts. Der „Vorwärts“ hat sich durch die Kritik des Strafvollzuges in Blöthensee ein großes Verdienst erworben; mit reinem Gewissen und mit voller Ehre konnten seine angeklagten Redakteure wieder und wieder erklären: Wir wollten keine Personen beleidigen, sondern ein unheilvolles System bessern. Ein nicht minder großes Verdienst haben sich diese Redakteure und ihre Verteidiger dadurch erworben, daß sie in kräftigster und zähester Weise den Kampf ums Recht aufnahmen, der ihnen durch die Instruierung und Leitung des Prozesses aufgezwängt wurde. Sie haben in diesem Kampfe nicht nur Ehre, sondern auch Sieg errungen; sowohl der Strafprozeß, als auch die Rechtsprechung, wie sie in Preußen üblich sind, standen vor einer jähermörderischen Niederlage.

Am nächsten Tage, 14. Juni, gab uns eine Erklärung des bürgerlichen Mitangeklagten Schneidt, wonach die Angeklagten die Möglichkeit der mehrfachen Verdrängung nicht kontrollieren könnten, den Anstoß zu Bemerkungen, von denen die erste sich auf die — bekanntlich unrichtige — Behauptung Schneidts bezog, daß Herr Löwenstein von der Anklagebehörde zum Gange aufs Justizministerium veranlaßt worden sei, während die zweite lautete: Ferner aber müssen die Angeklagten mindestens die Angabe des Gerichtsberichts über die Kontrollen in der Lage sein, wonach sie Herrn Löwenstein, nachdem er beim Justizminister gewesen war, auch ihrerseits zur Führung der Vergleichsverhandlungen bevollmächtigt haben sollen. Das wäre nach der, wie die „Frankfurter Zeitung“ nicht mit Unrecht sagt, „etwas befremdlichen“ Taktik des Herrn Löwenstein, nicht so ganz selbstverständlich.

Auf diese schonende und schädiendste Andeutung einer Ansicht hin, die andere Parteiblätter, wie die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und die Elberfelder „Freie Presse“, zehnmal so best und

feilsch auch zehnmal so treffend ausgesprochen haben, der Ansicht nämlich, daß die angeklagten Parteiredakteure bei allen ihren sonst willig anerkannten Verdiensten den Herrn Löwenstein nach seinem Gange aufs Justizministerium nicht mehr hätten bevollmächtigen sollen, erhebt K. E. seine fulminanten Anklagen auf Hochverrat an der Partei und den Parteigenossen.

Stellen wir noch die Suppe der sittlichen Entrüstung auf, die er über den von ihm selbst fabrizierten Tatbestand ergießt, versteht sich, ohne sie durch ein kritisches Wort zu versalzen:

Es ist keine Frage guten oder schlechten Tons, ob man von Parteigenossen unwarere Weise Dinge behauptet, die ihre parteigenössische und persönliche Ehre betreffen. Es ist keine Frage des starken oder schwachen Tons, ob man fälschlich ihnen Handlungen unterstellt, die sie auf das empfindlichste bloßstellen müssen. Es ist überhaupt keine Frage des „Tones“, ob man von Parteigenossen unwahre Dinge behauptet oder nicht, ob man ihre Anschauungen entstellt, ihre Gesinnungen verleumdete, ihre Qualifikation beweisslos höhnt — das sind Fragen der Partei-Ehre, und es ist ganz gleichgültig, ob derartige Angriffe in Schimpfwörtern oder in sanftesten „Tönen“ sich äußern. Eine Polemik, die solche Mittel anwendet, ist nicht die Partei der Partei, und es ist ein unmoralischer Zustand, daß gleichstrebende Weggenossen, die für dasselbe Ideal arbeiten und kämpfen, sich gegenseitig Dinge — ohne irgendeinen tatsächlichen Untergrund — vorwerfen, die für immer ein Zusammenarbeiten, einen weiteren parteigenössischen Verkehr vereiteln müssen, sofern man überhaupt, was doch die Voraussetzung aller parteigenössischen Polemik ist, die Personen, die solche Angriffe sanftlich pflegen, ernst nehmen will. Es geht nicht an, diese Angriffe auf die Dauer zu ignorieren, sie lassen sich auch nicht, wenn sie systematisch geübt werden, als gelegentliche Entgleisungen entschuldigen, sie müssen unter allen Umständen ausgerottet werden!

Unsere aufrichtigen Wünsche begleiten K. E. auf dem Ausrottungsfeldzuge, für den er seine Kampfmethoden so feierlich andündigt.

Fassen wir uns zusammen! Das eine der Parteiverbrechen, die wir begangen haben sollen, besteht in einer Beschwörung, von deren Verwirklichung K. E. selbst so durchdrungen ist, daß er sie den Lesern des „Vorwärts“ nicht einmal mitteilen magt, das andere aber darin, daß wir einer lebhaften Anerkennung des „Vorwärts“ und seiner im Blöthensee-prozess angeklagten Redakteure den leisen Vorbehalt hinzugefügt haben, diese Redakteure hätten für die Vergleichsverhandlungen lieber nicht einen bürgerlichen Advokaten bevollmächtigen sollen, der sich durch sein Antidämbrieren bei einem preussischen Minister in eben dieser Sache juristisch und politisch bloßgestellt hatte.

Uns genügt, daß wir in beiden Fällen die Ueberlieferungen der Rasse, Marx und Engels durchaus sachlich gewahrt haben.

Wer die vorstehenden langen und langweiligen Ausführungen gelesen, wird der Meinung sein, es hätte auch ein kurzer Auszug dieser Darlegungen genügt, die dadurch nicht inhaltreicher werden, daß sie klare Tatbestände ins dunkelste verwirren. Wir gestehen, daß unsere Leser ein Recht haben, sich über unsere allzu große Gewissenhaftigkeit zu beklagen, die auch nur den Anschein der Animosität zu vermeiden wünschte und deshalb statt des Auszuges den ganzen Wirrwarr übermittelte. Wir wollen aber das Uebel nicht durch Kritik im einzelnen verschärfen, sondern begnügen uns, an zwei Punkten nachzuweisen, wie die „Leipziger Volkszeitung“ die Ueberlieferung Lassalles, Marx und Engels durchaus sachlich bewahrt hat.

1. Die „Leipziger Volkszeitung“ behauptet, daß sie niemals einem Parteiblatt, das sich im Kampfe mit dem Gegner befand, in den Rücken gefallen sei, daß hingegen im Dezember v. J., als die „L. V.“ wegen des Sauerherdenartikels von der ganzen bürgerlichen Presse umhüllt worden sei, K. E. ihr in den Rücken gefallen sei. Wir stellen fest, daß die „L. V.“ sowohl in der Krupp-Affäre wie bei dem Kaiserinselfprozeß den Gegnern die Möglichkeit gab, unter Verweisung auf die „L. V.“ ihre Dege zu betreiben. Die „L. V.“ hat sich gerade die Fälle herausgesucht, um gegen den „Vorwärts“ vorzugehen, wo sie wußte oder doch bei einigem Nachdenken wissen mußte, daß die Umstände den „Vorwärts“ hinderten, zur Verteidigung alles das zu sagen, was gesagt werden mußte. Wir wollen übrigens gern annehmen, daß bei der Kaiserinself-Affäre nicht nur die Bösartigkeit, sondern auch die Urteilslosigkeit eine Rolle gespielt hat, die auf das bürgerliche Märchen von der Injustifikation hindeutet. Aus der Luft gegriffen ist es, daß K. E. aus Anlaß des Sauerherdenartikels der „L. V.“ in den Rücken gefallen sei. Der Artikel erschien in der „L. V.“ am 2. Dezember. Der „Vorwärts“ hat sich mit ihm überhaupt nicht beschäftigt. Am 10. Dezember gab Genosse Wedel im Reichstage die bekannte Erklärung ab, von der es in der im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages am 15. Dezember veröffentlichten Erklärung hieß: die anwesenden Mitglieder der Fraktion hätten sich „nach der Rede des Reichskanzlers verständigt, den Genossen Wedel zu beauftragen, in seiner Rede zu erklären, daß die Fraktion die Veröffentlichung jenes Artikels bedauert und die Verantwortung für denselben ablehnt. Es handelte sich nicht nur um die Zurückweisung der Angriffe des Reichskanzlers, sondern indirekt auch um die Zurückweisung der Angriffe, die ein größerer Teil der gegnerischen Presse mit Bezugnahme auf den in Frage stehenden Artikel der „L. V.“ gegen die Partei gerichtet hatte!“ — Die „L. V.“ sollte den Mut haben, der Fraktion des Reichstages den Vorwurf zu machen, daß sie ihr damals in den Rücken gefallen sei. Es ist auch kein Geheimnis, daß gerade K. E. damals die Fraktionserklärung mißbilligte, nicht etwa weil er den geschmacklosen Sauerherden-Artikel unterschreiben hätte, sondern weil er es für unzulässig hielt, daß in dieser feierlichen Form vor dem Parlament eine mangelhafte schriftstellerische Leistung verleugnet wurde, die in trichterförmiger Weise sachlich richtige Kritik enthielt. K. E. regte an, diese Stellungnahme gegen die Fraktionserklärung auch redaktionell im „Vorwärts“ zum Ausdruck zu bringen, und übernahm die Abfassung eines Artikels. Er aber die Abficht ausgeführt werden konnte, erlitten ein toller Angriff auf die Fraktion in der „L. V.“, der nun jede Verteidigung unmöglich machte. Erst später, als die ganze Affäre fast schon der Vergessenheit angehörte, als niemand mehr „heulte“ — am 22. Dezember v. J. — brachte der „Vorwärts“ eine Notiz, die im wesentlichen bestimmt war, einen von der bürgerlichen Presse angegriffenen Artikel von Parvus zu verteidigen, und ganz belläufig, um den Unterschied zwischen einem gefundenen kräftigen Stil und einer durch die Ueberlieferung nur komisch wirkende Kraftneierei zu demonstrieren, wurde darauf hingewiesen, daß jener Sauerherden-Artikel nicht mit dem von der bürgerlichen Presse angegriffenen Parvus-Artikel auf eine Stufe gestellt werden könne. So schreibt die „L. V.“ Parteigeschichte der jüngsten Vergangenheit, die noch jeder unmittelbar kontrollieren kann!

2. Das Verhalten der „L. V.“ gegenüber dem Blöthensee-Prozess läßt sich durch keine „unkundliche Wahrheit“, wie sie die „L. V.“ versteht, entschuldigen. Als die ganze bürgerliche Presse verblüfft war über den Triumph, den die Angeklagten erzielt hatten, kam die „L. V.“ und piff den bürgerlichen Blättern das Lied vor, das seitdem nicht mehr aufhörte. Sie sprach von Kabinettsjustiz und dergleichen. Die ganzen damaligen und heutigen Auseinandersetzungen über den Vorwurf der Kabinettsjustiz hätte sich die „L. V.“ ersparen können, wenn sie die sachliche Aufklärung des Reichsanwalts Dr. Löwenstein ihren Lesern übermitteln hätte. Der Vorwurf wurde nicht nur gegen diesen Reichsanwalt persönlich erhoben, — das geschah im ersten Artikel —, sondern er wurde indirekt im darauffolgenden Artikel auch auf die angeklagten „Vorwärts“-Redakteure ausgedehnt. . . . Es bedeutet geradezu eine Verachtung ihrer Leser, wenn die „L. V.“ immer noch glauben zu machen sucht, es sei wirklich etwas wie „Kabinettsjustiz“ von irgend jemand versucht worden. Weil der Justizminister dem Reichsanwalt gegenüber erklärte, daß er für seine Person jede „Einmischung in den schwebenden Prozeß und jede unmittelbare Einwirkung auf die Verhörer ablehne“, so soll Herr Schönstedt „das abgelehnt haben, was

man in der sinnlichen Aufzählung des gewöhnlichen Lebens eine Kabinettsjustiz nennt. Die „L. V.“ denkt also so niedrig über die Parteigenossen, daß sie allen Ernstes vorgibt, ein Rechtsanwalt läme zum Justizminister und würde ihm die verwerfliche Handlung zumuten, in die Justizpflege im Sinne einer Kabinettsjustiz einzugreifen. Das Wort „einmischen“, das hier eine ganz andere Bedeutung hat, soll den Veracht erwecken. Natürlich wäre ein Rechtsanwalt selbst von dem reaktionärsten Justizminister, der insgeheim Kabinettsjustiz wirklich triebe, an die Luft befördert worden, wenn er ihm ein solches Ansuchen gestellt hätte, und er würde sich einen Kriminalprozeß odendrein auf den Hals geladen haben. Was der Justizminister gemeint hat, hat der Rechtsanwalt Löwenstein in jener von der „L. V.“ unterschlagenen Erklärung deutlich auseinandergesetzt. Herr Schönstedt war der Vorgesetzte des Oberstaatsanwalts, der den Strafantrag gestellt hatte, er konnte durchaus lokal, ohne irgendwelche „Kabinettsjustiz“, seinen Untergebenen anzuweisen, die Klage zurückzuziehen oder er durfte auch, ebenso lokal, wie er es in der Tat getan hat, dem ihm untergeordneten Beamten die Sache zur selbständigen Entscheidung überlassen. Es bleibt dabei: die „L. V.“ hat aus sinnlosem Haß gegen den „Vorwärts“ zwei seiner Redakteure der Prokolation oder doch der Begünstigung einer Kabinettsjustiz beschuldigt, sie hat der bürgerlichen Presse das Stillschweigen gegeben, wie sie einen unangenehmen Erfolg der Sozialdemokratie weglügen könnte, und sie hat dies in einem Augenblick getan, wo sie wieder wissen mußte, daß die „Vorwärts“-Redakteure, weil sie eben einen „Vergleich“ geschlossen hatten, anständigst genötigt waren, eine gewisse Zurückhaltung zu üben. Es trönt dieses Werk, daß sie auch jetzt noch mit zäher Unwahrhaftigkeit die Vorwürfe teils abzuleugnen, teils aufrecht zu erhalten sucht — alles unter Verweisung auf Lassalle, Marx und Engels, und das nennt dann wohl das Leipziger Parteiorgan „einfachen sittlichen Takt“ und prinzipielle Aufklärung.

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. Am Donnerstagabend fand im Viktoria-Garten in Hamburg eine Mitgliederversammlung für den dritten Hamburger Wahlkreis statt, die von 1500 Personen besucht war. An Stelle der erkrankten Genossen Dr. Rosa Luxemburg referierte Arbeitersekretär W. Müller-Altona, der sich lebhaft gegen die Ansichten des Abgeordneten Frohne in einer Versammlung der Hamburger Zimmerer wandte, daß der General- oder politische Massenstreik zu verwerfen sei. Sollte die Reaktion immer frecher ihr Haupt erheben und den Versuch machen, die Arbeiter noch weiter zu hiebeln, ihnen womöglich das Reichstagswahlrecht zu rauben, dann seien scharfste Abwehrmittel geboten. Er habe die feste Ueberzeugung, daß Wedel die Angelegenheit auf dem Parteitage anders behandeln werde, als das auf dem Köhner Gewerkschaftskongreß geschehen sei. Redner resümiert sich dahin, daß der Streik der politische Massenstreik zur Anwendung gelangen werde. (Großer Beifall.) Genosse Waplow hält den General- oder Massenstreik für undiskutabel. 2. Gewerkschaftskongreß habe das Richtige getroffen. Es folgte eine lebhaft debattierte, in der sich sämtliche Redner und Rednerinnen gegen Pöhlow und Frohne wandten und sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten.

Die Kreisversammlung der West-Preignitz fand am 27. August in Wittenberge statt.

Erschienen waren 14 Delegierte, von der Agitationskommission des 6. Wahlkreises die Genossen Karl Fischer und Lausant sowie der Kandidat des Wahlkreises Genosse Dr. Wehl.

Der Kreisvertrauensmann Genosse Hernofofi gab den Bericht. Der sozialdemokratische Wahlverein hat in diesem Jahre um 80 Mitglieder zugenommen; die Presse hat sich auch gehoben, wenn auch nicht in dem Maße, wie es nach den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen zu hoffen war. Neu gegründet ist ein sozialdemokratischer Frauenverein mit 38 Mitgliedern. Im Kreis sind 10 000 Kalender verbreitet worden. Die „Brandenburger Zeitung“ hat 235 Abonnenten, auch die „Fadel“ wurde in mehreren ländlichen Bezirken gelesen. Die Abrechnung ergibt eine Einnahme von 464,10 M., eine Ausgabe von 309,80 M. Genosse Hernofofi beantragt, den Kreis in Zukunft in 35 Bezirke einzuteilen, da die Genossen die jetzigen 25 Bezirke, teils zu weitläufig, teils zu schmal zu bearbeiten können.

Gen. Karl Schmidt, Kolporteur der „Brandenburger Zeitung“, führt aus, es sei eine traurige Tatsache, daß die Arbeiter immer noch Zeitungen lesen, die die Arbeiterbestrebungen bekämpfen. Die Arbeiterpresse müsse jeder Arbeiter lesen, damit er sich doch über die Arbeiterbewegung informieren könne. Es seien sogar noch organisierte Arbeiter, wo die Arbeiterzeitung im Hause liehe.

Während des Preßstatut verlesen, wird vom Gen. Schmidt folgende Resolution eingebracht: Die Kreisversammlung empfiehlt den Parteiorganisationen in Wittenberge und allen Orten, die hier vertreten sind, sowie den ländlichen Genossen, mehr Gewicht als bisher auf die Verbreitung des Parteiorgans, die „Brandenburger Zeitung“, zu legen. Die Wahlvereine und wo solche nicht bestehen, die Vertrauenspersonen sollen im September in eine umfassende Agitation zur Gewinnung von Abonnenten in Stadt und Land eintreten. Die Resolution wurde angenommen.

Am Parteitag in Jena nimmt Genosse Dr. Wehl das Wort. Daß die ganze Reichstagsfraktion in Zukunft sich und Stimme im Parteitag haben wird, bezweifelt er, jedenfalls nur 25 Proz. Der sechste Berliner Wahlkreis hätte schon Beschluß dazu gefaßt, und wir sollten uns demselben anschließen. Die Arbeiterruhe am ersten Mai sei die vornehmste Art, und sei die Resolution zur Feier des ersten Mai anzunehmen und, wo angängig ist, die Arbeiterruhe eintreten zu lassen. Der politische Massenstreik sei zwar eine zweischneidige Waffe, denn es müsse genau erwogen werden, ob die Massen schon so weit reif seien, ihre wirtschaftliche Existenz aufs Spiel zu setzen. Auch müßten alle Verufe in Betracht kommen. Nur auf einem Wege lämen wir vorwärts und der sei, die Massen zu organisieren und zu disziplinieren. Zum Delegierten zum Parteitage empfiehlt Genosse Dr. Wehl den Genossen Freithaler. Die Genossen Hernofofi und Tieg werden vom Genossen Lausant als Delegierte zu der Provinzialkonferenz vorgeschlagen. Auch wird von Genossen Lausant bemerkt, daß in Zukunft von den Wahlkreisen 25 Proz. der Einnahmen abgeführt werden sollen. Der § 3 Abs. 4 soll im Organisationsstatut gestrichen werden. Zum Kreisvertrauensmann wurde Genosse Hernofofi wiedergewählt, als Stellvertreter Genosse Tieg.

Genosse Karl Fischer-Verein ernannte zum Schluss, in Zukunft Schulter an Schulter zu kämpfen und zu verbessern, wo Mängel seien, wie es ehrlichen Sozialdemokraten geziemt. Mit einem Hoch auf die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie wurde die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

Viktor Adler Reichratskandidat. Aus Oesterreich wird gemeldet: Genosse Josef Gannich, Vertreter der allgemeinen Reichratskurie für den Reichsberger Bezirk, hat kürzlich sein Abgeordnetenmandat wegen zunehmender Kränklichkeit niedergelegt. Gannich ist einer der ältesten und verdienstlichsten Parteigenossen der österreichischen Sozialdemokratie und hat in den schweren Zeiten des Ausnahmezustandes und der Parteispaltung mannhaft ausgeharrt. Besonders als Redakteur des „Völkervolksfreund“ und der früher eingegangenen „Arbeiterstimme“ leistete er vorzügliches. Gannich, der sich auch schriftstellerisch betätigte, vertrat den Reichsberger Wahlbezirk seit der badenischen Wahlreform im Jahre 1867. Nun ist er zurückgetreten und an seiner statt hat die in Barmstadt abgehaltene Wahlkreisversammlung den Genossen Dr. Viktor Adler als Kandidaten für das erledigte Mandat einstimmig aufgestellt. Der Reichsberger Wahlbezirk ist einer der üfzig der österreichischen Sozialdemokratie.

Briefkasten der Redaktion.

2. 2. 99. Beantwortet in Nr. 204 unter „A. L. 99“. Es handelt sich nicht um Junge und Alte, sondern um Weibchen und Männchen (Reinigt und Drehnen). Die Arbeitsweise ist neutralen Geschlechtes bezugnehmend. — Viktor Adler. Wien, „Arbeiterzeitung“, Korrespondenz Nr. 89. Rühret durch ihn. — Weber. Antwort in einer Drucksache bezugnehmend auf „Arbeiterzeitung“ usw. — E. U., Weidenweg. 1. Früher Nordost. 2. Und jetzt mit Sicherheit nicht bekannt. — A. B. Rein. — St. G. Rein. — A. B. Rein.

Streit 28. Aus den §§ 100f-100h, 103e, 129-130 der Gewerbeordnung werden Sie ersuchen, daß die Materie nicht einheitlich für alle Gewerbe oder alle Orte geregelt ist. Wiederholen Sie die Fragen unter Vorlegung des Sie betreffenden Falles, insbesondere unter Hervorhebung, welche Gemeinde in Betracht kommt und ob und um welche Summe es sich handelt. - S. 26. Wenden Sie sich an das Amtsgericht Berlin II, Falkenfeld Ufer 29-31. - Wessow. Nicht die Höhe in der Ihrer Unfallrente, sondern der Prozentsatz (der steht im Bescheid) der Vorkrente ist für die Frage der Zulässigkeit einer Kapitalabfindung der Unfallrente maßgebend. Kapitalabfindung ist bei Renten zulässig, die von 15 oder weniger Prozent der Vorkrente festgesetzt sind. - S. W. 73. Der Abzug von unbedingtem (§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Ueber die von Ihnen aufgeworfenen Fragen finden Sie Auskunft über die Rechtslage und die nicht einheitliche Rechtsprechung S. 158-167 des in den Bibliotheken ausliegenden "Arbeiterrechts". - A. S. 33. Das Amtsgericht kann den Schein fordern. - A. S. In Hand genommene Sachen werden nicht durch Zeitablauf Eigentum des Pfandinhabers. Sie müssen klagen oder öffentlich versteigern lassen. (S. 200, 606 "Arbeiterrecht"). - W. W. Die Eingaben an das Gericht und die Staatsanwaltschaft sind in Ihrem Falle völlig zwecklos. Lassen Sie das Vergangene begraben sein. - R. S. 51. 1. Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft muß Berufung eingelegt werden. S. 576 Nr. 35 des "Arbeiterrechts" finden Sie Beispiele für eine solche. 2. Die Krankentage haben keineswegs Sie, sondern die Gemeinde ("Arbeiterrecht" S. 358) oder die Berufsgenossenschaft zu tragen. - A. S. 1. Die zweite von Ihnen vorgetragene Vereinbarung mobilisiert die erste, hebt sie aber nicht auf. 2. Wird in einer Klage mehr eingeklagt, als dem Kläger zusteht, so ist er keineswegs mit dem Gesamtspruch, sondern nur in Höhe des zu viel Geforderten abzuweisen. 3. Sind die Klagen rechtmäßig beschlagnahmt, so sollten Sie die Klagen hinterlegen und denjenigen, die Ansprüche auf Zahlung erheben, überlassen, sich über ihre Berechtigung herauszutreten. - S. 10. W. Sie müssen einen Kostenfestsetzungsantrag an das Gericht richten. Ein Beispiel finden Sie in dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden "Arbeiterrecht", S. 598 Nr. 78. - W. D. Der Alimentenanspruch ist noch keineswegs veräußert. Von Einstellung einer Klage seitens Ihrer Frau aus eigenem Recht auf Erstattung der Kosten (Beispiel S. 222 Nr. 14 des dem "Arbeiterrecht" beigelegten Führers) ist in Ihrem Falle abzuraten. Zu raten wäre zu einer Alimentenklage in der S. 218 Nr. 9 daselbst gegebenen Art. Ihre Frau läßt sich zunächst vom Vormundschaftsgericht zwecks Einleitung der Klage beschreiben, daß das Kind vermögenslos ist. Dann richtet sie den Antrag um Bewilligung des Alimentenrechts für das Kind an das Prozeßgericht (Amtsgericht des Wohnortes des Beklagten). Ist nicht Ihre Frau Vormund, so hat der Vormund diese Schritte zu ergreifen. - G. 17. Ob ein Recht der Kirchengemeinde auf sogenannte Auslaufsgelder (dafür, daß die Kirchen-

arbeiter keine Arbeit leisten) besteht, ist außerordentlich bestritten. In Ihrem Falle kommt das gar nicht in Frage, da es sich lediglich um Gemeindefriedhöfe und konfessionlose handelt. - J. W. 1. Sie müßten zunächst, und zwar da es sich um ein Objekt über 300 R. handelt, beim Landgericht in Hamburg klagen. Dann ist das Gerichtsbürogebäude dort mit Vornahme der Vollstreckung zu beauftragen. 2. Ihrem Bruder müssen Sie zum Verkauf Vollmacht erteilen. Aber wenn irgend möglich, sollten Sie den Verkauf nicht herbeiführen, sich mit den Zinsen über eine Ablösungssumme einigen und die Grundstücke den Zinsen überlassen, da die Grundstücke voraussichtlich wertvoller werden. - Ein Gläubiger. Hat Ihre Schwester ein steuerpflichtiges Einkommen, ist aber verheiratet nicht eingeklagt, so kann nachträgliche Einklagung auch für die letzten drei Jahre erfolgen. - A. D. 150. Die Polizei hat Privatfreiheiten nicht zu entscheiden. Sie müssen auf Herausgabe und eventuellen Schadenersatz klagen. - R. S. 50. Wiederholt ist darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, Fragen über Rechte oder Pflichten aus einem Verträge mit Sicherheit zu beantworten, wenn nicht der Wortlaut des Vertrages beigelegt ist. Ein Schreibfehler in einem Verträge macht denselben keineswegs unzulässig; ebensowenig hebt ein wiederholtes Erklären einen Vertrag auf. Sind Sie als Beamter im März verstorben, so hatten Sie das Recht, bis spätestens am 3. April zum 31. Juli zu kündigen, falls nicht der Vertrag Abweichendes enthält. Dem Vermittler steht volles Pfandrecht an den der Pfändung nicht unterliegenden Sachen zu. Der Streik der zu pfändenden Sachen ist S. 535 bis 538 des "Arbeiterrechts" angeführt. Entsteht Streit über die Unpfändbarkeit im Einzelnen, so ist durch das Amtsgericht eine Aufschüßung im Klagenwege herbeizuführen. Auf Teilzahlung entnommene Sachen unterliegen der Pfändung, wenn sie dem Mieter gehören. Liegt ein Eigentumsvorbehalt des Verkäufers vor, so unterliegen sie nicht der Pfändung. Ist der Mietvertrag infolge der unvollständigen Bezahlung, die Rückgelde gehören dem Mieter, zustande gekommen, so kann in solchem Fall Anklage wegen Betruges erfolgen. - Einzner. Ja. - D. II. Schließen Sie zur Sicherung Ihrer Frau einen notariellen Vertrag nach Art der S. 225 Nr. 2 des dem "Arbeiterrecht" beigelegten Führers ab. Die Kostenhöhe richtet sich nach dem Objekt. - Kaffe S. Sie können sowie Buch und Kasse angehören wie Sie wollen, falls die Kassensachen das zulassen. Die weit Doppelversicherung zulässig ist, erheben Sie aus S. 205 des Krankenversicherungsgesetzes und S. 465 des "Arbeiterrechts". Beide Bücher sind in den öffentlichen Bibliotheken eingesehen. Bestimmte Klassen zu empfehlen lehnen wir grundsätzlich ab. - J. G. 12. 1. Ob der Neugeborene unehelich. 2. Ein Zeuge, der sich einer strafbaren Handlung beschuldigen würde, kann die Anklage verweigern. Aus der Verweigerung kann das Gericht aber Schlüsse ziehen. S. S. 520, 521 des "Arbeiterrechts" und S. 71 Nr. 11 des demselben beigelegten Führers ist die Materie behandelt. - W. D., Großbeerstraße. 1. Rein. 2. Ja.

Verkauf Marktpreise. (Ermittelt vom Holz-Verkaufsbüro.) Weizen gute Sorte, 1 Dg. 16,60 (16,55), mittel 16,50 (16,45), geringe 16,40 (16,35). Roggen, gute Sorte, 1 Dg. 14,85 (14,80), mittel 14,79 (14,74), geringe 14,73 (14,70). Weizen, Futtergerste, gute Sorte 15,40 (15,00), mittel 14,90 (14,50), geringe 14,40 (14,10). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,40), mittel 15,20 (14,40), geringe 14,30 (13,40). Freie Wagen und ab Bahn, Nichtstroh 1 Dg. 0,00 (0,00). Neu, neu, 0,00 (0,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00). Linsen 60,00 (30,00). Kartoffeln 7,00 (4,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kilogramm 2,00 (1,40). Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50 (1,20). Schweinefleisch 2,30 (1,40). Kalbfleisch 2,50 (1,30). Hammelfleisch 2,00 (1,40). Butter 2,80 (2,20). Eier (60 Stück) 4,40 (3,00). Karpfen, 1 Kg. 2,40 (1,40). Kälbe 3,00 (1,50). Bänder 3,50 (1,40). Hühner 2,80 (1,40). Vorfische 2,40 (1,00). Schafe 3,00 (1,40). Schweine 1,60 (0,80). Krebse (60 Stück) 20,00 (3,00).

Witterungsübersicht vom 1. September 1905, morgen 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag. Rows include: Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Dapfand, Götterburg, Siedlitz, Auerberg, Paris.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 2. September 1905. Kühl und vorwiegend wolfig mit leichten Regenschauern und ziemlich häufigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 31. August. Elbe bei Ruffig - 0,38 Meter, bei Dresden - 1,68 Meter, bei Magdeburg + 0,76 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 1,20 Meter. - Oder bei Rathow + 0,87 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,70 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,80 Meter, bei Frankfurt + 0,83 Meter. - Weichsel bei Brahmünde + 2,14 Meter. - Warthe bei Posen - 0,06 Meter. - Reghe bei Ulf - Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 2. September. Anfang 7 1/2 Uhr: Ophelia, Coppelia. Anf. 8 Uhr. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg. Neues königl. Operntheater. Geflühen. Neues. Ein Sommernachtstraum. Wesen. Die neugierigen Frauen. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater). Der Leibarzt. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Ein Wintermärchen. Festung, Olga. Lustspielhaus. Der Familientag. Thalia. Bis früh um fünf! Revidens. Eine Hochzeitsnacht. Zentral. Die Geliebte. Trianon. Das Ende der Liebe. Carl Weich. Im Hause der Sünde. Belle-Alliance. Den All Beg. Zaisen. Die Kinder der Urgelens. Deutsch-Amerikanisches. Aber, Der Herzog! Kasino. Der Adelsnarr. Metropol. Die Herren von Maxim. Nipoko. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. - Am Sonntagabend. - Spezialitäten. Herrschfeld. Die Meyerhains. Wintergarten. Loie Fuller. Spezialitäten. Berliner Prater-Theater. Dämon Gold. Passage. Polbi Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Säng. Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann. Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.

Neu! Minister Witte, Baron Komura, Präsident Roosevelt!! die japanisch-russischen Friedensunterhändler. - Zoologischer Garten. Heute Sonnabend ab 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater. Bender x Giampietro, Josephi x Massary x Frid Frid. Zum 300. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Kasino-Theater. Lothringerstr. 37. Anfang 8 Uhr. Heute sowie folgende Tage: Der Adelsnarr. Vorher: Zaubergeige von Offenbach etc. Sonntag, den 10. September, nachmittags 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Lustspielhaus. Anfang 8 1/2 Uhr. Der Familientag. Morgen: Arch-Brich. Sonntag nachmittags 3 Uhr (halbe Preise): Wiedererlebe.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage, Anfang 8 Uhr: Eine Hochzeitsnacht. Schwan! in 3 Akten von Henri Rochou und Albert Carré. Sonnabend, d. 9. Sept., 1. Male: Die Höhle des Löwen.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich im großen schattigen Garten: Streich-Konzert. Ricardo Munez. Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Leibarzt. Komödie in 3 Akten v. Lotgar Schmidt. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Ehre. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Logenbrüder. Montag, abends 8 Uhr: Die Logenbrüder. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.). Freitag: Geflühen. Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen. Schauspiel in fünf Aufzügen von William Schaferspeare. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Jugend. Sonntag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen. Montag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Fernsprecher IV. 8801. Max Klem.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation. Ob schön! Täglich Ob Regen! Im herrlichen Garten oder Saal: Konzert u. Vorstellung. Vollständ. neues Programm, das größte und beste Berlins. Entree Wochenlagn 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsenen hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

Passage-Theater. Anfang der Abendvorst. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3, Wochent. 5 Uhr.

Poldi Augustin die fische Soubrette. Herr Tacianu Damen-Imitator. Das glänzende September-Programm.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Stat. der Hochbahn. Direkt.: Wilhelm Reimer. Sonnabend, den 2. September er.: Große Extra-Soiree der Hoffmannschen Norddeutschen Säng. und Tanztruppen.

Reederei Nobiling. Heute Sonnabend sowie morgen Sonntag früh 9 Uhr mit Musik nach dem 2. H. beim Konzert und Tanz. Beim Danstreiben Höhenfeuer u. Alpenglähen Großes Brillant-Feuerwerk. Abfahrtstelle: Restaurant zum Schultheiß, Jannowitzbrücke. Preis hin und zurück Sonnabend vormittag 75, Kinder 50, nachmittag 60, Kinder 30. Sonntag 1 Kart, Kinder 50 Pf. 41882. Ich bin von Prinzenstraße 91 nach Prinzenstraße 42 zwischen Moritzplatz und Sebastianstraße vorzogen. Dr. Max Maschke. Augenarzt.

Mlle. Marguerite mit ihrer großartig dressierten Löwengruppe ohne Konkurrenz, u. a.: Feuer- und Flammentanz im Löwentanz. Schluss der Sommer-Saison am 10. September 1905.

Carl Weiß-Theater. St. Franziskusstr. 132. Täglich 8 Uhr: Im Hause der Sünde. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Im Hause der Sünde. Am Sommergarten: Neues September-Programm. Anfang 5 Uhr. Abds. 10 Uhr: Ringkampf-Konkurrenz. Heute 1. Kutsch a. Kutsch-can-Ring.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Sommerfest des Lokal-Verbandes d. Maurer. Konzert, Theater, Spezialitäten. Anf. 5 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr. Bei schlechtem Wetter Vorstellung im Saal.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Säng. Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage: Das Ende der Liebe. Satirisches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco. Deutsch von Otto Henschel. Anfang 8 Uhr. Bernhard Rose-Theater. Geländebühnen, Badstraße 58. Heute große Extra-Benefit-Vorstellung für das Schauspiel-Perfonal. Das phänomenale Sophr. Spezialität. Programm. u. a.: Die drei Harders, phänomenale Lustspielkomiker. - The Ottorus, elektrische Repedito-Sensation. Außerdem: Der Fisch des Goldes. Am Saal: Gr. Ball. Anf. 4 1/2 Uhr. Saisonkarten haben keine Gültigkeit.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee Nr. 148. Sonntag, den 3. September: Große Extra-Vorstellung. Voll. neue Spielfolge. Extra-Tanz. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf., Sperrst. 50 Pf. Montag, 4. Sept.: Gr. Vorstellung.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 21. Sonnabend, 9. September: Beginn der II. Saison. Das phänom. Eröffnungs-Programm. 12 Schau- u. Kunstnummern 1. Ranges. Das Beste vom Besten. Per Rohrpost. Schwan in einem Akt v. R. Reichardt. Anfang 8 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Familienkarten sind in allen Barbier, Friseur- u. Rigarten-geschäften sowie an der Theaterkasse unentgeltlich zu haben.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Heute: Dämon Gold. Charakterbild in drei Akten. The Kieffer's Pantomime. Mizzi u. Géza Varadi-Quett. Pantomime, Spezialitäten, Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Deutsch-Amerikan. Theater. Köpenickerstraße 67/68. Heute abends 8 Uhr Gastspiel Adolf Philipp PREMIERE. Aber Herr Herzog.

Aber Herr Herzog. Weitere Bilder mit Gesang aus dem Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akten. von Ad. Philipp. Morgen nachm. 3 Uhr, halbe Preise: „ÜBER'N GROSSEN TEICH.“ Abends 8 Uhr, Gastsp. Ad. Philipp: Aber Herr Herzog.

Paul Schwarz' Sommer-Theater. Lichtenberg, Dorfstr. 25/26. Täglich: Konzert. Große Spezialitätenvorstellung. Das großart. Septbr.-Programm. Anfang 5 Uhr. Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Zum 132. Male: Die Meyerhains. Komödie in 3 Akten mit den Hitzoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Vor der Vorstellung und während der Pausen: Promenaden-Konzert im Garten.

WINTERGARTEN. Eröffnungs-Programm. Loie Fuller. die berühmte Phantasietänzerin. Louise Blot Pariser Sängerin. 4 Luckens amerik. Gymnastiker. Sisters Gasch Akrobatinnen. Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen. Bedini und Artur amerikanische Exzentriks. Die mysteriösen Husaren. Edith Helena amerik. Sängerin. Die Trombolas italien. Duett. Paul Spadoni Kraft-Jongleur. In Japan! Ballettdivertissement. Tina Clementa Pferd- und Hunddressur.

Der Biograph. Schweizer-Garten. Am Königstor. Am Friedrichshalm. Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Volksbelustigungen. Jeden Abend 10 Uhr: Arbeit schändet nicht. Vollständig mit Gesang in 3 Akten. Jeden Mittwoch: Kinderfest mit Gratisvorstellung.

Otto Pritzkowski Berliner Abnormitäten-Theater. Münzstr. 16. Jocki Tocki the Elastic Skin Man. Der Reich mit der Gummihaut. Mne-Mno-Mni ??? Entree 20 Pf. ELYSIUM. Kommandantenstr. 3-4. Vollständig neu renoviert. Auftreten v. 36 eraklischen intern. Spezialitäten. Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Sonntag und folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.

Luisen-Theater. Zum ersten Male: Die Kinder der Exzellenz. Sonntag nachm.: Stabile und Liebe. Abends: Die Kinder der Exzellenz. Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Apollo-Theater. Heute: Neue Spezialitäten! Prolongiert: 10 Uhr. Ein Abend in einem amerik. Tingel-Tangel. Vorher: Hochzeitsabend v. P. Lincke.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Täglich das großartige September-Programm u. a. Eine tolle Nacht. Große Poffe mit Gesang. Großer Lachserfolg.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Richard Augustin
 Restauration
 Oranienstr. 103
 ♦ Säle ♦ Vereinszimmer ♦
 Gr. Mittagstisch (wie früher).
 Jed. Sonntag Familienbeisammensein.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert
 elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
 Anfertigung nach Maß.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurter Str. 97, II,
 Eingang Straußberger Platz.

W. Zapel,
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
 Größtes Spezial-Geschäft
 für Seiden- und Filz-Hüte.
 Lager in Schirmen und Mützen. (38442*)

Nur
 neueste
 Moden.
 Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues
 moderne Form, kostet **M. 1.90.** in großer Auswahl.
 Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
 Abteilung für den Einzelverkauf
Neue König-Straße 48, 1 Treppe,
 drittes Haus vom Alexanderplatz.
 Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
 Filzhüte für Herren, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine
 Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.
 Sonntags geöffnet. (41262*)

Zigarren!
 Billigste
 Bezugsquelle
 für Händler:
 ab Mk. 18.—
Bell & Co.
 Rosenstraße 18, I.
 Günst. Beilegung.
 Neu! Petroleum-Glühlicht
 Auf jed. Lampe pass.
 Große Auswahl von
 Tisch- u. Hängelampen.
 Echtheizgaskronen
 3-flammig, M. 19.50.
W. Krusemark,
 Berlin SO.,
 205, Oranienstr. 205.
 Tel.: Amt IV. No. 1089.
 5 Proz. Rabatt.
 4114L*

Feys Gesellschaftshaus
 Brunnenstr. 184.
 Zu Versammlungen und Ver-
 gnügungen empfehle meinen Saal,
 bis 300 Pers. fassend. Sonntag, 26. 11.
 (Totensonntag), ist noch zu vergeben.

H. Zimmermann
 Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
 Gold- und Silberwaren-Fabrik,
 Uhren-Großhandlung. 4122L*
 Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
 Streng reell. — Billigste Preise.

Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen.
 Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten
Oscar Arnold
Größtes Special-Geschäft
 Engros für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export
 kein Laden
nur Dresdenerstr. 116
 Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

Raucht
Vineta
No. 8
 beste 2 Pf.-Zigarette!
 3861L*

Gelegenheits-Partie
Gardinen
 abgepaßte Fenster,
 weiß und crème
 Shawllänge pro M. 250
 3 Mtr. Fstr. M. 385
 Shawllänge pro M. 385
 3,20 Mtr. Fstr. M. 585
 Imit. Point-lace-
 Gardinen, pr. Fstr. M. 185
 Eleg. Sezessions-
 Tüll-Stores M. 600
 Gestickte echte
 Spachtel-Stores M. 485
 Goldfarb. reich-
 gestickte
 Band-Stores M. 285
 Tüllbett- 180/220
 decken cm M. 635
 Reichgest. Erbs-
 tüllbettdecken M. 635
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158
 Nach auswärts per Nachnahme
Gardinen-
 Katal. m. ca. 600 Abbildungen
 gratis und franko.

Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
 Restaurant
Wilh. Burg, Lindenstr. 3,
 2. Hof parterre,
 empfiehlt sein 30292*
Großes Vereinszimmer
 (bis 120 Personen) für Geschäfts-
 Versammlungen und Vereine. Vor-
 zügliche Speisen und Getränke.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Klavierarbeiter, Kollege
Magnus Krüger
 am 29. August plötzlich ver-
 storben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 2. September,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
 hause Hegelstr. 20 aus nach
 dem neuen Jakobikirchhof in
 Rixdorf statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.
 92/2

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
 Ortsverwaltung Rixdorf.
 Am Mittwoch, den 30. August,
 verstarb im 28. Lebensjahre unser
 Kollege, der Gastwirt
Gustav Dühring,
 Rixdorf, Cammerstraße 4.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 3. September, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Halle
 des neuen Rixdorfer Kirchhofes,
 Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.
 R. W.: Münzer.
 69/19

Dankagung.
 Für die vielen Beweise der Teil-
 nahme und die reichen strapanden
 bei der Beerdigung meines Lieben
 Mannes
August Merkmann,
 luge ich allen Teilnehmern meinen
 herzlichsten Dank.
Edwige Merkmann nebst Kinder.
 41362

Eine Mark
 wöchentl. Teilzahlung liefert
 eleg. fertige Herren-Moden
 Bestellung n. Maß, tadel-
 lose Ausführung
 in eigener Werkstatt.
 Spezialgeschäft für
Herren-Bekleidung.
 Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
 An d. Jannowitzbrücke 1, I.
 Bahnhof Jannowitzbrücke.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Der Verkauf von

Stein's 90 Pfennig - Woche

dauert bis zum Freitag, den 8. September.

Unser Angebot für Sonnabend, den 2. Septbr. } solange
 „ Montag, „ 4. „ } Vorrat.
 „ Dienstag, „ 5. „ }

Fleischwaren.

Stettiner Schlackwurst Pfd. 1.25 Mk.	Feinste Kalbsleberwurst Pfd. 0.95 Mk.
Stettiner Salami Pfd. 1.25 Mk.	Vorzügliche Jagdwurst Pfd. 1.00 Mk.
Schnittfeste Pomm. Schlackwurst . Pfd. 0.95 Mk.	Prima Landleberwurst Pfd. 0.85 Mk.
Schnittfeste Pommersche Salami . . Pfd. 1.05 Mk.	Pommersche Zwiebelberwurst Pfd. 0.45 Mk.
Harte Thüringer Cervelatwurst . . Pfd. 1.50 Mk.	Pommersche Rotwurst Pfd. 0.45 Mk.
Hochfeine Cösliner Cervelatwurst . Pfd. 1.50 Mk.	Prima Speisetalg in Tafeln Pfd. 0.45 Mk.
Prima Zungenwurst Pfd. 0.95 Mk.	Corned Beef, Marke Binz ca. 2 Pfd.-Büchse 1.50 Mk.

Von Sonntag, den 3. September sind unsere Geschäftsräume wieder von 8-10 Uhr und von 12-2 Uhr geöffnet.
 * Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Gerichts-Zeitung.

Ein gestörtes Idyll am Bierwaldhütter See. Im Juni d. J. logierte sich in einem der vornehmsten Hotels am Bierwaldhütter See ein junges Ehepaar aus Berlin ein.

unter der Anklage des Betruges zu verantworten haben. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Eine verunglückte „Fleddererfahrt“ führte den vielfach vorbestraften Arbeiter Franz Schulz unter der Anklage des verheerenden Diebstahls im Rückfalle vor den Strafrichter.

Ein verräterischer Strumpf ist für den Kritiker Richard G. o. j. der gestern wegen schweren Diebstahls vor der Bezirksstrassammer des Landgerichts I stand, zum Verbhängnis geworden.

schiedene Verhältnisse erbrochen und durchwühlt. Zu den gestohlenen Sachen gehörte auch ein Anzug und Radstiefel des Bestohlenen; an deren Stelle hatte der Einbrecher seinen eigenen Anzug und einen Strumpf zurückgelassen, der eine ganz eigenartige Farbzusammenstellung zeigte.

Eingegangene Druckschriften.

- Die letzten Nachrichten des Bundes, Nr. 215. Die letzten Ereignisse in Russland, Nr. 16. Ausgaben des Bundes, Genf, Imprimerie Israëli 81, rue de Carouge.
A. Abendroth. Die Großstadt als Stadtgründerin. 32 Seiten. 50 Pf. Verlag „Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft“, Schlachtensee.
Programm-Buch der II. Europäischen Konferenz des Jugendbundes Verlag „Die Wacht“, Berlin, Alte Jakobstr. 13.
England in deutscher Beleuchtung. Die englische Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung von R. v. Brandt, Wirkl. Geh. Rat, kaiserl. Gelehrter a. D. 1. Heft. Preis 50 Pf. Herausgeber Dr. Thomas Lenzenhau-Berlin. Verlag Gebauer-Schwefel, Druckerei und Verlag m. b. H., Halle a. S.
Dr. G. Rastow. Deutschlands Seemacht. 40 Seiten. 16. Auflage. Preis 10 Pf. Verlag A. Reimer u. Grütchen, Elberfeld.
A. Wenger. Neue Ethiklehre. 82 Seiten. Preis brosch. 1 M., geb. 1,50 M. Verlag Gustav Fischer, Jena.
Dr. K. v. Finckh. Handlexikon der sozialen Gesetzgebung. 400 Seiten Großformat. Preis geb. 7 M. Verlag Alfred Unger, Berlin O., Spanndauerstraße 48.

Teures Fleisch — billige Seefische!

- Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!
Seelachs mit Kopf pr. Pfd. 20 Pf. im Anschnitt „ „ 25 „
Großer Schellfisch mit Kopf pr. Pfd. 28 Pf. im Anschnitt „ „ 35 „
Bratflundern „ „ 25 „
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Seefisch-Kochbücher gratis.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8804.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz) (im Schlesiischen Bahnhof) (der Kurzenstr. gegenüber).

Seefische — Volksnahrung!

- Besonders empfehlenswert und auf das schmackhafteste zubereitet, aus eigener Marinier-Anstalt:
Fisch-Kotelettes
gebraten und mariniert, in Blechdosen zu 17 Pfd. 2.80 M., 10 Pfd. 1.80 M., 8 Pfd. 1.55 M., 4 Pfd. 1.00 M., 2 Pfd. 55 Pf.
Bratschellfische
gebraten und mariniert, in Blechdosen zu 17 Pfd. 3.00 M., 10 Pfd. 1.80 M., 8 Pfd. 1.60 M., 4 Pfd. 1.15 M. und 1 1/2 Pfd. 40 Pf.
Goldbarsch in Aspik
(Delikatessa) 4 Pfd.-Dose 1.00 M.

Conrad Tack & Co.



- Eigene Geschäfte in Berlin und Umgegend:
C., Rosenthalerstraße 14.
C., Spittelmarkt 15.
W., Potsdamerstraße 50.
W., Schillstraße 16.
S., Oranienstraße 65.
SW., Friedrichstraße 240-241.
NW., Beusselstraße 29.
NW., Turmstraße 41.
NW., Wilsnackerstraße 22.
O., Andreasstraße 50.
O., Frankfurter Allee 125.
N., Danzigerstraße 1.
N., Müllerstraße 3.
N., Reinickendorferstraße 14.
Charlottenburg: Wilmersdorferstraße 122-123.
Rixdorf: Bergstraße 30-31.
Potsdam: Brandenburgerstraße 54.

Schuhwaren-Fabriken

Burg bei Magdeburg.
Die streng reelle Preisstellung unserer soliden und dauerhaften Schuhe und Stiefel bietet dem kaufenden Publikum anerkannte Vorteile!

- Einige unserer bekannten Qualitäten:
Herren-Zug- u. Schnürstiefel, kerniges Wicshleder, extra starke Ausführung 4 50 M.
Herren-Schnallen-Stiefel, dauerhaftes Leder, bequem und praktisch 5 90 M.
Herren-Zugstiefel, vorzügliches Roßleder, vorschrittmäßige Militärstiefel 6 70 M.
Herren-Zugstiefel, prima Spiegelleider, aus einem Stück 8 30 M.
Herren-Schnürstiefel, echt Chevreau oder Boxhorse außerordentlich beliebt 8 50 M.
Herren-Schnallenstiefel Is. Boxhorse preiswerte Qualitäten 8 M.
Damen-Haus-Schuhe, rot und schwarz Leder, leicht und angenehm 2 90 M.
Damen-Schnür-Schuhe, tadelloses Wicshleder, äußerst strapazierfest 3 90 M.
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel, aus gutem Roßleder, vorzügliche Paßform 5 00 M.
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel, Boxhorse oder Chromleder, elegante Paßform 6 75 M.
Knaben- u. Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel, wirklich dauerhafte Schulstiefel M. 4.80 bis 3 20 M.
Knaben- u. Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel, in genähten Kalbleder, unverschlüsselt, wüstlich M. 7.00 bis 5 00 M.

Kinder-Schuhe und Stiefel in reichhaltigster Auswahl.

Arbeits-Schuhe und Stiefel

in erprobten, strapazierfesten Ausführungen!



Partei-Angelegenheiten.

Wahlkreis Kruenwald-Friedeberg. Die diesjährige Kreisversammlung findet am Sonntag, den 3. September, nachmittags 1 Uhr, im Lokal des Herrn Konrad Marks, Rittergroßgarten in Driesen statt.

Berliner Nachrichten.

Die Arbeiter-Bildungsschule,

welche am 31. März d. J. ihr 14. Geschäftsjahr beendete, vermag in diesem Jahre auf eine gesteigerte Tätigkeit zurückzuführen. Wir entnehmen dem kürzlich erschienenen Geschäftsbericht dieses für die Arbeiterklasse segensreich wirkenden Instituts folgende Einzelheiten: Seit die Schule vor acht Jahren ihre Reorganisation vollzog und in besserer Weise als zuvor zu arbeiten begann, hat sie noch in keinem Jahre die Mitgliederzahl oder den Umfang der Lehrarbeit erreicht, wie im abgelaufenen. Ein Vergleich der Zahlen dieses Jahres mit denen der vorhergehenden und zumal mit den Zahlen des ersten Jahres nach der Neu-Organisation 1897/98 macht dies recht anschaulich.

Die im 4. Quartal des Vorjahres nach längerer Unterbrechung wieder aufgenommenen Unterrichtskurse in der Rechtslehre sind in diesem Jahre fortgeführt worden. Ebenso blieb der damals eingeführte Fortschrittskursus in der Nationalökonomie bestehen. Auch der Klassenkampf hat sich im Berichtsjahre erheblich gesteigert. Er betrug in Einnahme 3792,71 M. (gegen 2775,62 M. bzw. 2842,04 M.), in Ausgabe 3858,50 M. (gegen 2830,96 M. bzw. 1719,55 M.). Es war auch in diesem Jahre ein Defizit zu verzeichnen, durch das der Klassenbestand von 2766,94 M. auf 2701,14 M. herab sank. Ist dies auch gerade noch keine bedenkliche Erscheinung, zumal bei der außerordentlichen Steigerung der Ausgaben für Lehrzwecke (1732 M. Honorar gegen 1180 M. im Vorjahre) so bietet sie doch Anlaß zu gesteigertem Eifer in der Heranziehung neuer Mitglieder.

Die Beteiligung an den einzelnen Unterrichtskursen war eine sehr rege. Hörer-Karten wurden im 2. Quartal 1904 360 an 274 Mitglieder, im 4. Quartal 657 an 513 Mitglieder, im 1. Quartal 1905 666 an 483 Mitglieder ausgegeben. Im 1. Quartal 1905 waren eingeschrieben 645 Mitglieder (59 Damen, 586 Herren); davon besuchten 162 keinen Kursus, 353 einen, 95 zwei, 23 drei und 10 sechs.

An Mitgliedern ließen sich im Geschäftsjahre 1904/1905 einschreiben 1001 (90 Damen, 911 Herren). Soweit die Mitgliederangaben gemacht haben in bezug auf ihre Zugehörigkeit zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation, gehörten ersterer 24, letzterer 400 an, beiden Organisationen 385. Ueber die Altersstufe der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: Bis zu 20 Jahren 87, von 20-30 Jahren 664, 30 bis 40 Jahren 141, 40 bis 50 Jahren 18, über 50 Jahre 15 Mitglieder.

Das Schullokal befindet sich im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr. Der Mitgliedsbeitrag stellt sich pro Monat auf 25 Pf., das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus auf 1 M.

Soweit der Bericht. Es erhellt daraus, daß die Schule eine vortreffliche Tätigkeit entfaltet und die Arbeiterbewegung fördert, indem sie die Waffen schmiedet, mit denen der Emanzipationstampf des Proletariats energisch geführt werden kann.

Die Fleischnot. Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hat bei der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinsame Schritte zu unternehmen, welche den Bundesrat veranlassen, daß er die Sperrung der Grenze gegen die Vieheinfuhr aufhebe, damit so die Volkswohlfahrt schwer schädigende Fleischsteuerung eingeschränkt werde.“

Der Magistrat hat gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung zu Beginn der Sitzung vorzuschlagen, mit ihm in gemischter Deputation über geeignete Schritte zur Linderung der zunehmenden Fleischnot zu beraten.

Lehrerwünsche für die Berliner Gemeindeschule.

Die Gemeindeschullehrer Berlins sind eine unzufriedene Gesellschaft. Sie haben zwar nichts dagegen einzuwenden, daß im Rathaus der Freisinn herrscht, vielmehr halten sie es für ihre Pflicht und Schulpflicht, bei jeder neuen Stadtverordnetenwahl aufs neue in treuem Eifer mitzuhelfen, daß die Freisinnliche selbst in der dritten Abteilung immer noch wieder ein paar Mandate auf weitere sechs Jahre für sich rettet. Aber wenn die Lehrer hinterher die schlimmen Taten des Rathhaus-Freisinns sehen, die die Bevölkerung als Erfüllung der schönen Worte hinnehmen soll, dann werden auch sie unzufrieden, dann fangen auch sie an zu klagen und zu schelten — wenigstens da, wo Schule und Lehrer darunter zu leiden haben.

Das mag verständigen Leuten komisch vorkommen, aber es ist nun mal so. Es ist nun mal so, daß Lehrer, die in den Volksschulen die Kinder der Arbeiterbevölkerung unterrichten, der Arbeiterbevölkerung ihren Kampf gegen den Volksschulfeindlichen Freisinn noch erspähen und diesem Freisinn Handlangerdienste leisten, wie wenn sie wünschten, daß er kein gemeinschädliches Treiben möglichst lange fortsetzen könne. Es genügt diesen Lehrern, theoretisch die strengste Kritik zu üben an der viel gebrienen, doch nie bewiesenen Schul- und Lehrerfreundlichkeit des Freisinns. Praktisch aber heißen sie alles gut, was von dort kommt; denn sie bleiben unentwegt seine getreueste Schulkolonne, auf die er sich verlassen kann in allen Fährnissen und Nöten.

Die Cassel, Ballach und Konjorten sind nun freilich selbst davon nicht erbaut, daß die Lehrer auch nur mit dem Wort ihre Unzufriedenheit bekunden. Es macht immerhin keinen guten Eindruck auf Laienkreise, wenn sogar die Lehrerschaft erklärt, daß sie die Berliner Gemeindeschule immer wieder noch für verbesserungsbedürftig hält. Das neueste, was die Berliner Gemeindeschullehrer in ihrem Verein ausgeheckt haben, sind Forderungen zur Organisation der Gemeindeschule, deren Erfüllung wieder einmal „eine Stange Geld“ kosten würde, wenn der Rathhausfreisinn, der sparsame, so leichtsinnig wäre, darauf einzugehen. In ihrer letzten Sitzung haben sie sich vom Lehrer Radolle erzählen lassen, daß die Hemmnisse für das regelmäßige Aufrücken der Schulkinder nicht nur in sozialen und pathologischen Erscheinungen zu suchen sind, sondern immer noch auch in Mängeln der Schulorganisation.

Der Erfolg der achtklassigen Schule (die die Cassel, Ballach und Konjorten wieder beseitigen möchten, weil ihnen dabei die Klassen nicht voll genug werden) werde, so meint Radolle und mit ihm fast die gesamte Lehrerschaft, besonders durch die starke Besetzung der Klassen, namentlich auf der Unterstufe, beeinträchtigt. Deshalb sei es zweckmäßig, die achten und siebenten Klassen in je zwei Klassen zu teilen, die von den sechsten Klassen an wieder vereinigt werden können, so daß ein normales Schulsystem aus zwei VIII O-Klassen, zwei VIII M-Klassen, zwei VII O-Klassen, zwei VII M-Klassen und dann von VI an aus je einer O- und M-Klasse bestehen würden. „Nun wird's Zeit!“ wird hier Herr Ballach ausrufen. Eher wird er sich mit der anderen Forderung einverstanden erklären, daß die Lehrer mit den Schülern von Klasse zu Klasse aufrücken, sowohl im Ordinarium als auch in inhaltsverwandten Fächern. Diese Maßregel hat nämlich den Vorzug, nichts zu kosten. Weniger harmlos ist dagegen wieder der Wunsch, daß für die Schüler, die trotzdem das Ziel der Schule nicht erreichen und nicht einmal mehr in die zweite Klasse kommen können, „Abschlussklassen“ eingerichtet werden, in denen ausgewählte Lehrstoffe der oberen Klassen zu behandeln sind. Natürlich entstehen durch solche Abschlussklassen wieder noch Kosten.

Zur Beschlussfassung ist es vorläufig noch nicht gekommen, weil man mit der Besprechung dieser Vorschläge nicht in einer einzigen Sitzung fertig wurde. Erst im Oktober soll die Debatte fortgesetzt und ein Beschluß gefaßt werden. Eine Wirkung versprechen wir uns nicht von der Aufstellung dieser Lehrerwünsche. Der Rathhaus-Freisinn sieht es nicht gern, daß die Lehrer an den Schulzuständen Kritik üben, aber imponieren läßt er sich durch ihre Unzufriedenheit nicht, wenigstens so lange nicht, als sie sich nur in papierernen Resolutionen bekunden.

Die Zahl der „unanbringlichen“ Postsendungen geht, nachdem auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr allein 84 (vor zehn Jahren nur 52) Briefe kommen, heute schon in die Millionen. Im letzten Etatsjahre waren im Reichs-Postgebiete an Briefen allein fünf Viertel Millionen endgültig „unanbringlich“; soweit es sich dabei um gewöhnliche Briefe handelt, die keinerlei Wertigkeiten enthalten, werden die Sendungen nach Ablauf einer Frist von drei Monaten vernichtet. Diese millionenhafte Unannehmlichkeit bleiben erspart, wenn die Absender wenigstens ihre eigene Adresse richtig angegeben hätten. Noch größer ist die Zahl der „unanbringlichen“ Drucksachen aller Art. Mit diesen wird, soweit sie dem Auslande eingehen, meist kurzer Prozeß gemacht. Die Postverwaltungen können sich darüber verständigen, daß gewisse, als wertlos erachtete (?) Drucksachen von der Rücksendung ausgeschlossen bleiben. Im Verkehr zwischen Deutschland und Amerika werden z. B. nur solche unbestellbaren Drucksachen nach dem Ausgabe-Ort zurückgeschickt, die, wie Bücher, Korrekturen, Manuskripte usw. einen dauernden Wert, besonders für den Absender, haben. Nur ausnahmsweise werden auch „wertlose“ Drucksachen, wie Zeitungen, Geschäftsanzeigen, Kurzsettel usw., die regelmäßig aus demselben Orte mit falscher Adresse hier einlaufen, deutscherseits mit Angabe des Grundes der Unbestellbarkeit zurückgeschickt, damit der Absender von der unrichtigen Adressierung Kenntnis erhält und die Adresse berichtigt oder die Sendungen einstellen kann.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird vom Magistrat um ihre Zustimmung ersucht zur Annahme einer Zuwendung des Ende vorigen Jahres zu Berlin verstorbenen Bankiers Josef Goldschmidt. Dieser hat in seinem Testament bestimmt, daß, falls nach Einzahlung aller Legate für seine Erben zusammen mehr als sechs Millionen Mark übrig bleiben, der Ueberschuß über diese Summe bis zur Höhe von 500 000 M. dem Berliner Magistrat überwiesen werden soll und zwar behufs Begründung einer Josef und Therese Goldschmidt-Stiftung. Aus dem Ertrage sollen Witwen und Waisen unterstützt werden.

Die Gemeindegewählerten sind von nicht weniger als 21 314 Personen eingeschrieben worden, von denen 238 Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen erhoben und 80 Anträge auf nachträgliche Berichtigung gestellt haben.

Elektrisches Licht erstreckte gestern abend zum erstenmal am östlichen Saume des Tiergartens. Der westliche Fahrbaum der Königsgräberstraße wird durch Vogelampeln und der sich daran anschließende Bürgersteig durch brennenscheinige Kernlampen erleuchtet. Von heute ab wird diese Beleuchtung dauernd in Kraft treten. Die elektrische Beleuchtung der Friedrichstraße kann noch nicht stattfinden, die dazu nötigen Arbeiten wurden durch Aufstellung von Trägermasten erschwert, da einige Wirte die Andringung von Rosetten an ihren Häusern nicht gestatteten. Sogar an der Ecke der Friedrich- und Veltjagerstraße, wo der Raum doch gewiß beschränkt ist, mußte man einen Trägermast errichten.

Der Brandenplatz, auf dessen nördlichem Teil das Gebäude des neuen Amtsgerichts Wedding der Vollendung entgegengeht, soll in seinem südlichen, größeren Teil zu einer Gartenanlage umgewandelt werden. Früher bestand hier das städtische Steindepot für Berlin-Nord, und der hohe Vattenzaun, der es umgab, schloß sich heute den ganzen Platz gegen die benachbarten Straßen ab. Im Laufe der Zeit hat aber die Strahlenjungend aus eigener Machtvollkommenheit und vorzeitig von der verwaisenen Stätte Besitz ergriffen. Der Zaun ist noch und nach an zahlreichen Stellen seiner Latten beraubt worden, so daß nun die breiten Läden, die entstanden sind, auch Erwachsenen bequem Zutritt gestatten. Zeitweise ist denn auch das ausgedehnte Gelände, das sich allmählich trotz eifriger Buhdellei der Kleinen größtenteils mit einer Grasnarbe bedeckt hat, durch Hunderte von Personen — Kinder und Erwachsene — besetzt, die es als Spielplatz und willkommene Erholungsstätte benutzen. Nach Eintritt der Dunkelheit freilich geht es hier manchmal weniger gemächlich zu, weil auf dem künftigen Platz, der ja noch als umhertes Grundstück gilt, naturgemäß noch jede Beleuchtung fehlt.

Eine Million Mark Entschädigung. Die Summe der Entschädigungsgelder, die der Magistrat von Berlin für Erwerbungen von Straßenland zahlen mußte, beträgt im ersten Halbjahr 1905 allein über eine Million Mark. Einen großen Teil der Summe hat der Fiskus geschuldet. Für etwa 4200 Quadratmeter in der Pflanz-

burgerstraße hatte der preussische Eisenbahnklub nicht weniger als 670 720 Mark verlangt. Auf Grund einer lammergerichtlichen Entscheidung wurden ihm aber nur 182 394 Mark zugestanden. Dazu kommen allerdings noch 80 500 Mark Zinsen. Die Wollanische Familienstiftung erhielt 375 204 Mark für ein Terrain von 7262 Quadratmeter an der Behmstraße und 12 295 Mark für 1781 Quadratmeter an der Veltjagerstraße, die man zur Regulierung für den Zugang nach der Millionenbrücke nötig hatte. Einen bedeutenden Posten, 188 742 Mark, erhielt der Graf v. Dopperdorf-Wien für etwa 6250 Quadratmeter Terrain in der Müllerstraße 137.

Polizeireform. Den älteren Schuymännern ist eine Auszeichnung zuteil geworden, die gewiß jubelnd aufgenommen wird. Der Kaiser hat genehmigt, daß denjenigen Schuymännern, die eine vorwurfsfreie Dienstzeit von zehn Jahren in der königlichen Schuymannschaft zurückgelegt haben, das Tragen des Säbels der Schuymannswachtmeister mit dem goldenen Portepee gestattet werden darf.

Eine spasshafte Parabel erzählt ein Russe in der ausdrucksvollen Hoffnung, daß er dem untauglichen Objekt der russischen Polizei eine Spur menschlichen Empfindens beibringen könne. Seine phantastische Erzählung gipfelt in der Behauptung, daß ein Berliner Schuymann ein Engel in Geduld und Sanftmut sei. „Auf der Wilhelmstraße in Berlin — schreibt ein Herr Gardenin im Petersburger „Ruf“ — läuft ein Mörder. Etwa hundert Schritt hinter ihm laufen Schuymänner her. Ihre schwarzen Pelme glänzen unter der Menge der Passanten auf der belebten Straße. Der Mörder ruft den Verfolgern zu, daß er sich nicht gutwillig in ihre Hände liefern werde, und droht mit einem Messer. Ein Schuymann gibt ein Zeichen. Von rechts und links stürzen je zwei Schuymänner auf den Verbrecher zu. Ihre Zahl genügt nicht. Der Verbrecher entwickelt herkulische Kräfte. Es eilen noch vier Schuymänner hinzu. Von acht Polizisten wird der Festgenommene auf die nächste Polizeiwache geschleppt. Er schlägt um sich, heißt und zwingt die acht Schuymänner wiederholt, stehen zu bleiben. Ich ging die ganze Zeit nebenher und sah keine einzige Bewegung der Polizisten aus dem Auge, die auf's äußerste durch das Verhalten des Verhafteten aufgebracht sein mußten. Einem Schuymann war der Finger durchgebissen, einem anderen war das Auge verletzt, einem dritten der Helm vom Kopfe geschnitten. Ich sah und wartete die ganze Zeit: erschaut und verblüfft wartete ich darauf wann denn endlich die Polizisten den Widerspenstigen zu sich lagern anfangen würden. Ich sah den Schuymännern auf die Weine, dachte mich, um besser sehen zu können, um festzustellen, ob nicht die Seite der Polizisten in Aktion gesetzt würden. Und keimmal, ich schwöre es, nicht ein einziges Mal hob sich eine der sechzehn groß gestielten Extremitäten, um dem Mann einen Stoß zu versetzen. Er aber sträubte sich heftig, riß eine Hand los und führte einen fürchterlichen Schlag gegen einen seiner Begleiter. Ich traute meinen Augen nicht: Der Schlag fand keine Erwiderung! Als würden es fremde Seitengewehre sein, die den Schuymännern an der Seite hingen, rührte sie keiner an.“ Der russische Augenzeuge folgte der Gruppe bis in den Hof des Polizeihauses mit dem Gebanten, die auf's äußerste gereizten Schuymänner würden hier, wo sie den Augen des tausendköpfigen Publikums entzogen waren, endlich ihr Mäntchen an dem Widerspenstigen fädeln. Die fürchterlich erregten Polizisten waren bleich. Sie packten den Verbrecher, hielten ihn fest, aber... sie schlugen ihn nicht. Sie schlugen ihn nicht, obgleich er doch ein Worgeselle war. Ich ging voller Verwunderung davon...“

Die gute Absicht des Herrn Gardenin, aus den uniformierten Westien seiner Heimat Menschen zu machen, wird ja doch nicht verwirklicht werden. Man richtet daher wohl keinen Schaden an, wenn man ihm sagt, daß es mit dem Einfangen von Mördern bei der Berliner Polizei an sich schon eine eigene Sache ist, daß aber, wenn ihr dies leitere Glück einmal zu teil werden sollte, es gewiß nicht auf die von dem Russe geschilderte Weise geschehen wird. Da nun kein Beispiel vorliegt für die Verantwortung der Frage, was Berliner Schulleute mit einem sich aus Peibedrähten webenden Mörder machen würden, so können nur Schlüsse gezogen werden aus Handlungen, welche Schulleute an Menschen verübt haben, die keine Mörder sind. Darüber gibt die Gerichtschronik der letzten Jahre erschöpfende Auskunft.

Der Untergang von „Pompeji“. Die Deutschen Flottenkaufleute G. m. b. H. am Kurfürstendam haben am gestrigen Freitag infolge ungünstigen Geschäftsganges ihre Zahlungen einstellen und mit den Vorstellungen des Feuerwerks-Schauspiels „Pompeji“ aufhören müssen. Die Gesellschaft, die bereits im vorigen Jahre mit großem Defizit gearbeitet, war trotz ihrer Sanierung im Winter nur schwach finanziert und versägte nur über verhältnismäßig geringe Geldmittel. Dazu kam die in diesem Sommer wenig günstige Witterung, infolge dessen die Vorstellungen oft ausfallen mußten. In einer gestern mittag abgehaltenen Gläubiger-Versammlung teilte Direktor Wronker mit, daß die Schuldenlast des Unternehmens circa 80 000 M. betrage, denen etwa 10 000 M. Aktiva gegenüberständen. Diese Aktiva seien aber rechtskräftig gepfändet und es sei keine Aussicht vorhanden, daß die Gläubiger überhaupt etwas bekämen. Eine Masse sei nicht vorhanden und die Direktion sei daher gar nicht in der Lage, Konkurs anzumelden. Die Schiffskasse, vom vorigen Jahre herrührend, deren Bau 125 000 M. gekostet, sei einer Firma leihweise überlassen worden. Das zahlreiche Personal sei rechtzeitig gekündigt worden und habe bis 1. September von der beteiligten englischen Firma Pains das Gehalt bekommen. Nach den Ausführungen des Herrn Direktor Wronker waren die Gläubiger der Ansicht, die Anmeldung eines Konkurses zu unterlassen, um sich nicht noch weitere Unkosten aufzubürden.

Herbstparade kontra Sedanfeier. Es ist also richtig so gekommen, wie wir es vermuteten. Die Schuldeputation hat mit ihrer übereifrigen Erinnerung an die herkömmliche Pflicht der Schulleiter, am Vormittag des 2. September für die Schulkinder eine Sedanfeier mit Festrede und allem sonstigen Zubehör zu veranstalten, sich einen gehörigen Reinfall geholt. Inzwischen ist nämlich angeordnet worden, daß diesmal am 2. September wegen der Parade die Pforten der Schulen gänzlich geschlossen bleiben sollen und schon am 1. September im Unterricht auf die „Bedeutung des Sedantages“ hingewiesen werden sollte. Das ist denn auch geschehen. In einem Watt finden wir die Mitteilung, ein „Befehl des Kaisers“ habe es so bestimmt. Hatte man nicht im vorigen Jahre erzählt, daß solche Anordnungen künftig immer nur durch das Provinzial-Schulkollegium getroffen werden würden? Doch, ob so oder so — und soll's gleich sein. Erfreulich ist nur, daß hier einmal gezeigt wird, wie leicht und schmerzlos der Schule die Sedanfeier amputiert werden könnte. Wenn jorjan die Herbstparade ständig auf den 2. September gelegt wird, so ist die Schule endlich die Sedanfeier für immer los.

Die Ermittlungen in der Nord- und Selbstmordaffäre in Friedrichshagen haben sich für die Behörde sehr schwierig gestaltet. Es hat sich jetzt ergeben, daß die Tote, der achtundvierzigjährige Walter Louts Lutsche und dessen sechsjähriger Sohn Erich aus Berlin stammen. L. wohnte mit seinem Kinde bis vor kurzem in der Zäckerstraße. Am späten Nachmittag erschien vorgestern in Friedrichshagen eine Gerichtskommission aus Köpenick, um an Ort und Stelle den Totbestand aufzunehmen. Die Leiden wurden dann entfernt und nach der städtischen Friedhofshalle gebracht. Die Motive zu der unglücklichen Tat sind noch nicht ganz hergestellt. Es scheint jedoch, daß der Vater aus Furcht vor Bestrafung mit seinem Sohne in den Tod gegangen ist. Bis zum 1. August hatte er bei der Familie Zährner, Zährnerstraße 9, gewohnt; dort hatte er während der Abwesenheit der Frau B. Gegenstände aus der Wohnung genommen und diese auf dem Reichhaus versetzt. L. verkaufte auch die Ehefrau wieder. Eine Anzeige war bereits gegen ihn erstattet worden.

Auf einen internationalen Hochstapler, dessen besonderes Kennzeichen eine „Liebesgeschichte“ ist, fahndet die hiesige Kriminalpolizei. — Vor kurzem wurde in einem Hotel im Winterthur einem dort wohnenden Russen eine Brieftasche mit 20 000 Rubel Inhalt gestohlen. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf einen angeblichen Engländer, der in demselben Hotel logiert hatte und kurz vor Entdeckung des Diebstahls abgereist war. Ein Kellner erkannte sich, daß der Engländer auf dem rechten Arm tätowiert war; auf dem Unterarm war der Kopf einer jungen Dame eingraviert. Dieser Umstand führte zur Enttarnung des flüchtigen Verbrechers, in welchem auf Grund des internationalen Züricher Enttarnungsdienstes der Hochstapler und Eisenbahnräuber Giovanni Passi rekonstruiert wurde. Passi, ein Mann von etwa 62 Jahren, beschäftigt schon seit nahezu zwei Menschenaltern die Kriminalpolizei Europas. In drei Jahren wird er das 50jährige Diebesjubiläum feiern. Als Achtzehnjähriger war er bereits ein bekannter internationaler Hochstapler, der den Kontinent Europa unsicher machte und in allen Ländern im Gefängnis oder Zuchthause saß. Um Taschendiebstähle auszuführen, bediente sich der außerordentlich intelligente Gauner eines Fingerringes, welcher, ein hervorragendes Erzeugnis der Goldschmiedekunst, im Innern ein kleines, hoarschwarzes Messer barg. Mittels eines leisen Druckes konnte das Messer gehoben werden und diente so zum Zerbrechen der Taschen des Opfers, das sich Passi zum Führen ansehnlicher Koffer hatte. So hatte sich der Gauner ein schönes Vermögen zusammengehohlet, welches er als Rentier in Paris zu verzehren gedachte. Da aber ereilte ihn sein Schicksal. Er machte die Bekanntschaft einer hübschen jungen Schauspielerin, die ihm ihre Liebe schenkte und — Alter schüht vor Torheit nicht — der galante Diebestöng ließ sich das Bild seiner Geliebten auf den rechten Arm tätowieren. Die Coeur-Dame stellte jedoch so bedeutende Ansprüche an den Geldbeutel des verliebten Gauners, daß die gestohlenen Schätze in wenigen Jahren draufgingen. Passi sah sich daher gezwungen, sein altes Gewerbe wieder aufzunehmen, und es wird vermutet, daß sich der Hochstapler nach seinem erfolgreichen Debüt in Winterthur nach Deutschland, speziell nach Berlin gewandt habe. Die Ermittlung des Verbrechers ist dadurch sehr erschwert, daß er meisterhaft versteht, sich unkenntlich zu machen. Er ist im Besitz einer sehr reichhaltigen Garderobe und unterhält ein großes Lager von Perücken und falschen Bärten.

Das Pilzwerkblatt, das vom kaiserlichen Gesundheitsamt neu bearbeitet und in zweiter Auflage herausgegeben worden ist, wird jetzt in einigen höheren Schulen Berlins durch die Lehrer den Schülern zum Ankauf empfohlen. Der Verlauf des Weißblutes geschieht durch Vermittlung der Säure, der Preis für das Stück ist auf 10 Pfennig festgesetzt. Das Beispiel verdient Nachahmung. Für die Kinder der Gemeindefamilien ließe sich vielleicht durch Massenbezug ein ganz billiger Preis erwirken, falls nicht lieber die Stadt einige tausend Mark anwenden und den Gemeindefamilien das Werkblatt kostenlos übergeben will.

Ein Automobil Diebstahl beschäftigt seit einiger Zeit die Kriminalpolizei. Der Fuhrherr Richard Widmann in der Ackerstraße 33 hatte ein kleines Auto mit vier Sitzen in seiner Remise auf dem Hofe untergebracht. Kürzlich öffneten nun Einbrecher mit Nachschlüssel das Haustor und die Remisentür und fuhren, ohne daß jemand im Hause etwas hörte, mit dem Automobil davon. Unterwegs muß wohl ein kleiner Schaden eingetreten sein, denn man sah, daß die Spindeln, zwei Mann, nach Charlottenburg in eine Ausbesserungswerkstatt fuhren, dann aber ihren Weg doch fortsetzten, weil zu so früher Morgenstunde noch kein Schlosser da war. Mehrere Stunden später sah man das Fahrzeug noch in Wannsee; seitdem ist es verschwunden. Einer der Diebe aber wurde erwischt. Es ist ein gewisser Paul Ubig aus der Ackerstraße. Dieser entzog sich dem Richter durch Selbstmord. Seine Helfershelfer hat er nicht mehr genannt, sie sind daher nicht bekannt. Das Fahrzeug ist ein Phaeton. Er hat eine olivgrüne Lackierung und rote Räder mit Gummireifen. Die Sitze sind mit grünem Leder gepolstert, eine kleine Tür befindet sich auf jeder Seite. Der Motor liegt hinten unter den Sitzen. Die Türen haben auf der Außenseite einen roten Kranz in der Größe eines Fünfmarsküdes mit einer Schleife aufgemalt. In eine Bogenlinie ist die Nummer 808 eingeschlagen. Das Auto ist ein De Don Bouton-Wagen von 4 1/2 HP. Für 100 M. Werkzeuge stahlen die Diebe gleich mit.

Der Metallarbeiterverband teilt mit: Auf dem Wege von Tempelhof nach der Friesenstraße ist eine Tasche verloren gegangen, die zwei Wäcker mit 30 Marken zu 60 Pf. enthält. Der Finder wird gebeten, den Hund bei Wilde, Fähringerstr. 18, oder bei Mollentin, Parabelfeld, Tempelhof, abzugeben.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern (Freitag) nachmittag in der Landbergerstraße. Dort wollte der 17jährige Kaufmannsgehilfe Paul Graf nach dem Fahrweg nach vor einem herankommenden Straßenbahnwagen überfahren, wurde aber von diesem erfasst und zu Boden geschleudert. Ehe nun der Führer den Wagen zum Stehen bringen konnte, geriet der junge Mann unter die vordere Plattform. Hierbei erlitt er so schwere innere Verletzungen und Querschnitten, daß er im Krankenhaus Friedrichshain, wohin man ihn sofort geschafft hatte, bald verstarb.

Entwertung der Leuchtmarken. Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg weist darauf hin, daß vom 1. Oktober d. J. ab alle Marken für die Tubaliden-Versicherung als bald nach dem Einleiben entwertet werden müssen und daß ein neues Formular für Leuchtmarken festgesetzt worden ist, welches vom gleichen Zeitpunkt ab ausschließlich abgegeben wird. Arbeitgeber und Versicherer dürfen, wie hinzugefügt wird, die Marken nur dadurch entwerten, daß sie auf den Marken den Entwertungstag in Ziffern (z. B. 1. 10. 05.) angeben. Die Unterlassung der Entwertung von Marken, welche vom Versicherten statt des Arbeitgebers eingelebt werden, hat auch den Verlust des Erstattungsanspruchs zur Folge.

Gefundene Gabeln. Am 24. August dieses Jahres sind in einem Hausflur in der Oranienburgerstraße acht Stück neußilberne Gabeln, gezeichnet mit dem Monogramm M. W. und der Inschrift „Robert Müller“ gefunden worden. Die Gabeln rühren vermutlich aus einem Diebstahl her. — Zurückerlassene Seide. Außerdem lagert dort noch ein Paket mit circa 25 Kilogramm Nähseide, welches vor längerer Zeit von einem unbekanntem Manne in einem Schrankloft der Fehrdelinerstraße zurückgelassen worden ist. Die Eigentümer wollen sich während der Vormittagsstunden im Zimmer 247 des Polizeipräsidiums melden.

Feuerbericht. Freitag nachmittag kurz nach 2 Uhr kam in der Brandenburgerstr. 29 auf dem zweiten Hofe in einem Keller Feuer aus. Bei Anbruch der Wehr brannte ein großer Kasten Späne unter starker Rauchentwicklung. Der erste Löscharzug hatte längere Zeit mit einer dampfspritzigen Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. — Feuer war dann auf dem schließlichen Güterbahnhofe in Brand geraten, während in der Plantagenstr. 2 durch Umfallen einer Petroleumlampe Feuer entstand. — Möbel. Decken etc. wurden in der Weislerstr. 81 beschädigt. — In der Königgräberstr. 70 mußte schließlich noch ein Küchenbrand unterdrückt werden.

Theater. Das kleine Theater wird am 15. September wieder eröffnet. Die Zwischenzeit wird mit den schon seit Wochen im Gange befindlichen Vorbereitungen zur Eröffnungsvorstellung („Lambo des Verliebten“ und „Der zerbrochene Krug“ mit Willy Thaller als „Adam“) und zu den ersten Rollen ausgefüllt. — In jüngster Zeit hat Direktor Barnowsky auch noch einige in Berlin bereits wohlbekannte Kräfte engagiert: Frau Gertrud Arnold und die Herren Julius Geisendorfer, Hans Kuhnert und Ferdinand Danna. — Julius Freund, „Herrn von Ragim“ sind im „Volkstheater“ heute Sonnabend bei dem Jubiläum der 300. Vorstellung in ununterbrochener, allabendlicher Wiederholung angefangen. Die Original-Darsteller des Premierabends, die Herren Vender, Giampietro, Grünfeld, Günther, Nacha, Kettner und die Damen Fried, Masson und Wehrens-Linde treten sämtlich auch in der Festvorstellung auf. — Im 2. Halla-Theater findet die erste Nachmittagsvorstellung

Sonntag, den 3. September, 3 1/2 Uhr statt; zur Aufführung gelangt „Charleys Tante“ mit Guido Thielscher in der Titelrolle. Das Abendrepertoire beherrscht „Die Früh am Rufe!“ mit der Musik von Paul Linde. — In Sanssouci, Kottbusserstr. 4a, wird Dienstag, 12. September, mit den Theatervorstellungen begonnen. „Der Hüttenbesitzer“ kommt zur Aufführung. — Das Schiller-Theater N. wird morgen Sonnabend mit Shakespeares Schauspiel „Ein Wintermärchen“ eröffnet, in dem die Damen Wlaha, Feldhammer, Ulrich, die Herren Berneder, Volken, Dahlen, Herrmann, Reimer, Kolan, Thurner, Wiener in den Hauptrollen beschäftigt sind; dieselbe Vorstellung wird Sonntag abend wiederholt, während nachmittags Rag Dalbes „Jugend“ mit Fräulein Wlaha und den Herren Köstlin, Reinhardt, Thurner, Wlaha zur Darstellung gelangt. — Im Schiller-Theater O. wird morgen Sonnabend zum erstenmal in der neuen Spielzeit Lothar Schmidts Komödie „Der Weibhals“ mit den Damen Brod, Gräbner, Gumbra, Biede, Wlaha, sowie den Herren Holtzhaus, Häbener, Kirschner, Rembe gegeben; Sonntag nachmittag: „Die Ehre“, abends: „Die Logenbrüder“.

Apollo-Theater. Das Septemberprogramm bringt neben einigen schon bekannten Sachen eine Anzahl neuer Nummern. Unter diesen ist das Auftreten von Selma Drag zu erwähnen, einer Jongleuse, die in ihrer schwierigen Kunst den Männern vom Fach nichts nachgibt. Vortreffliche Akrobaten sind die Semets, die ihre halbschwebenden Tricks sicher und gewandt ausführen. Lotta Kadri ist eine Musikvirtuosin mit vorzüglichen künstlerischen Anlagen. Den älteren Besuchern des Theaters ist Preciosa Grigolis bekannt, deren Luftbarkeit früher in einer Linderischen Operette auftrat. Auch jetzt ist die ausgezeichnete Künstlerin mit einem geschulten Ensemble vertreten, das an Grazie den früheren Leistungen um nichts nachgibt. Erwähnt sei der hübsche Flug, den die Künstlerin durch den Zuschauerraum unternimmt. Von den ständigen Mitgliedern des Theaters nennen wir Robert Steidl, der sich diesmal wagemutig das Automobil zum Opfer erlorn hat und von Martin Kettner, Arnold Nied, Jda Perry und Georg Vorsch unterstützt wird. Eine andere gute Bekannte erwähnen wir noch, Emmi Kröcher, die wie ehemals an Deichheit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Vorlesung „Ein Abend in einem amerikanischen Fingertangal“ wird auch in diesem Monat aufgeführt, ebenso waltet der Biograph seines Amtes.

Der Sportpark Steglitz hat am Donnerstagnachmittag 5 Uhr seine neue Kadrenbahn zum Training freigegeben. Bereits eine Stunde vorher hatten sich zahlreiche Zuschauer und Vertreter der Presse eingefunden, um die ersten Galopps der Fahrer in Augenschein zu nehmen. Als erste auf dem Zement erschienen Kobl und Demke, die zunächst allein, nachdem beide hinter ihren Schrittmachern, und zwar Breitenschneider-Steiger resp. Dunkel einige Proberunden fuhren. Die kürzeste Zeit, welche Kobl pro Runde erzielte, war 20 1/2 Sekunden, also zeitweise eine Schnelligkeit von 88 Kilometer pro Stunde, für die erste Probe der Bahn gewiß eine achtbare Leistung. Außer Demke kamen sodann noch Huber hinter Hofmann, Salzmann hinter Redetz und Günther hinter seinem Schrittmacher Otto, die in Rundenzeiten von 22 bis 24 Sekunden die Bahn verabschiedentlich umkreisten. Nach den Dauerfahrten hatten die Fahrer das Wort, von denen eine große Anzahl bis zum Spätabend ihr Rad ummelten. Von allen Plätzen hat man eine freie Aussicht über die Bahn, und alle Einzelheiten der Fahrten waren genau zu verfolgen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg. Die durch die Städteordnung vorgeschriebene Verteilung der Hausbesitzer auf die einzelnen Wahlbezirke ist nunmehr vom Magistrat durch das Los erfolgt. Es ist danach für die im November stattfindenden Wahlen in der dritten Wählerabteilung in den Bezirken 2, 3, 6, 7 und 8 je ein Hausbesitzer zu wählen. In der zweiten Wählerabteilung braucht nur der erste Bezirk einen Hausbesitzer zu wählen.

Schöneberg. Im Bewilligung von Mitteln für Jugendspiele im Gemeindefamilieninteresse sind die Stadtv. Zobel, Dbst und Genossen bei den städtischen Körperkassen von Schöneberg mit einem Antrage vorstellig geworden, über den in der Sitzung am nächsten Montag Beschluß gefaßt werden wird.

Rixdorf. Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens ist der 25jährige Kaufmann Artur Witt, Cannerstr. 17 in Rixdorf wohnhaft, verhaftet worden. Der junge Mann hatte eine in derselben Straße wohnende Näherin Friede S. kennen gelernt und mit derselben einen Ausflug nach Nieder-Schöneweide unternommen. Wie nun das Mädchen behauptet, soll W. mitten im Walde über sie hergefallen sein und sich an ihr unter Drohung mit einem Revolver schwer vergangen haben. Der Beschuldigte ist in das königliche Amtsgericht Rixdorf eingeliefert worden.

Britz. Das durch Messerhiebe schwer verletzte Fräulein Meta Kelsch aus Berlin, welches in Zallenberg bei Grünau vor etwa drei Wochen auf einem Spaziergang von einem Manne hinterwärts überfallen wurde, ist aus dem Kreiskrankenhause Britz als hergestellt entlassen worden. Die eifrigen Recherchen der Kriminalpolizei nach dem rohen Täter waren bisher leider ohne Erfolg.

Potsdam. Zu dem Selbstmordversuch eines Offiziers, der sich bei Sacrow in die Havel stürzte, aber gerettet und nach dem städtischen Krankenhaus in Potsdam gebracht wurde, erfahren wir noch, daß der anscheinend Geistesgestörte nicht ein Major Schumann, sondern ein Leutnant Schuster, Sohn eines verstorbenen Majors, der sich bei seiner in Potsdam wohnenden Mutter auf Urlaub aufhielt, ist. Er dient beim 83. Infanterie-Regiment in Gumbinnen. Der Zustand des jungen Mannes ist immer noch dertartig, daß er im Krankenhaus verweilen muß.

Rummelsburg. Die Welt mit Brettern vernagelt hat der Berliner Magistrat. Bei den Bewohnern Rummelsburgs herrscht gegenwärtig eine große Missstimmung gegen die städtischen Behörden der Reichshauptstadt. Bekanntlich besitzt der Berliner Magistrat ein Gelände auf der nördlichen Seite zwischen der Station Rummelsburg und der neuen Prinz Albrechtsstraße. Bislang war dieses Gelände freies Feld. Nun aber hat die Stadt Berlin dasselbe mit einem gewaltigen, recht höflichen Bretterzaun umgeben lassen, welcher wenig geeignet ist, das Ansehen dieses Stadtteils zu heben. Ramentlich ist die bisherige freie Aussicht auf die davor liegenden ammittigen Laubenkolonien genommen worden, und die Laubenkolonisten selbst, die bisher einen hübschen Ausblick von ihren kleinen „Billen“ hatten, sehen jetzt nur noch den Bretterzaun vor sich. Wenn schon einmal der Berliner Magistrat — so ist die Meinung der Rummelsburger — das Terrain durch einen Zaun schützen wollte, so würde ein genügender Drahtzaun weit mehr angebracht, dafür aber auch noch weniger den Geldbeutel der Berliner Steuerzahler in Anspruch genommen haben.

Friedrichshagen. Rekonstruiert ist jetzt die Person, die kürzlich zwischen Friedrichshagen und Rahnsdorf von einem Eisenbahnzuge totgefahren wurde. Es handelt sich um die 17jährige unverheiratete Clara Schumann aus der Alexanderstraße. Sie war bereits früher einmal in einer Rettungsanstalt und dürfte jedenfalls in einem Anfall geistige Verwirrung vor den Zug geraten sein.

Wilmerdorf. Der Vollbetrieb der neuen Wilmerdorfer Kanalisation wird spätestens am 1. Juli n. J. aufgenommen werden, bis dahin sind

die letzten Arbeiten für das umfangreiche Kanalnetz beendet. Die Pumpstation an der Rahnsdorferstraße wird bereits im nächsten Februar und März probeweise in Betrieb gesetzt, um die Leistungsfähigkeit der vier großen Pumpmaschinen zu prüfen. An der Verlegung des großen Druckrohrs nach dem Märgate bei Stahnsdorf wird eifrig gearbeitet; die ersten beiden Drittel sollen bis Ende November d. J. fertiggestellt werden, während das letzte Drittel Anfang Februar n. J. betriebsfertig sein wird. Den Abfluß nach dem Teiowlonaal gegen das Gemeinde-Kanalbauamt noch in diesem Jahre herstellen zu können.

Neuenhagen (Ostbahn). In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Sonntag, den 27. August, referierte Genosse Bröner-Lichtenberg über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung.“ In seinem 1/2-stündigen Vortrag begründete Redner die Forderungen der Sozialdemokratie auf kommunalem Gebiete. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß man auch in Neuenhagen zur nächsten Gemeinderatswahl Kandidaten von unserer Partei aufstellen müsse. Da die hiesige Arbeiterkassette gut organisiert ist, so ist auch zu hoffen, daß Parteigenossen ins Dorparlament einzeln werden. Der Bericht von der Kreiskonferenz wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Nach dem Stassenbericht für das zweite Quartal, der in der Generalversammlung im Juli erstattet wurde, beträgt die Einnahme 89,08 M., die Ausgabe 33,60 M., somit bleibt ein Stassenbestand von 55,48 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 130. Genosse Böhm, welcher aus dem Wahlverein seinerzeit ausgeschlossen wurde, ist auf Beschluß der Generalversammlung wieder aufgenommen worden. Den russischen Freiheitskämpfern wurden 16,75 M. überwiesen. Das Andenken des verstorbenen Genossen Frisch ehrte die Versammlung in üblicher Weise.

Vermischtes.

Die Cholera. Bei den gestern aus R a s t e n b u r g gemeldeten Choleraverdächtigen Todesfällen handelt es sich um eine mit ihrer Familie aus Bochum über Berlin nach Ostpreußen zurückgekehrte Arbeiterfrau namens Duddy. Die Familie besuchte zunächst den Vater der Frau Duddy, den Gutsbesitzer Bestmig in Parris, und siedelte dann am dem gleichen Tage nach Barnickem über. Frau Duddy ist in der Nacht vom 30. zum 31. August gestorben. Kreisärztschreibers wird angenommen, daß die Familie während der Eisenbahnfahrt auf irgend einer Station verunreinigtes Wasser getrunken hat. Wie die „Ostdeutsche Presse“ meldet, seien vier weitere Choleraverdächtige Fälle in R a s t e n b u r g und einer in U s c h v o r g e m e l d e t. Zwei Choleraverdächtige Erkrankungen seien bei zwei Kindern im Krankenhaus zu F o r d o n festgesetzt worden.

Bei zwei in C u l m Choleraverdächtig erkrankten Knaben ist Cholera festgestellt worden. Aus demselben Hause, in dem diese Fälle vorliefen, werden noch zwei Choleraverdächtige Fälle gemeldet. In C u l m ist ein Mann an Cholera gestorben. Ein kranker Höher ist unter Choleraverdacht in das dortige Krankenhaus eingeliefert worden.

Die Sprache verloren und wiedergefunden. Eine Kaufmannsrau aus Karby hatte infolge eines Unfalls in einem benachbarten Haus die Sprache verloren, und alle ärztliche Kunst war bisher vergeblich. Die Frau entschloß sich nun, in Kiel einen besonderen Arzt aufzusuchen und reiste dorthin. Im Wartesaal des Bahnhofes fragte sie ihr Mann, der sie begleitet hatte, ob sie eine Erfrischung wünsche, und die Frau antwortete mit einem kräftigen „Ja!“. Die Angst vor der bevorstehenden Untersuchung hat ihr scheinbar die Sprache wiedergegeben.

Eine Lotterie zur Sicherung vor Unterschlagung. Ein Ingenieur Plan ist von der „City of Mexico Electric Tramway Company“ adoptiert worden. — Seit langer Zeit ist diese Gesellschaft von ihren Beamten sehr stark bestohlen worden. Eine monatliche Lotterie mit vollen Gewinnen ist nun eingerichtet worden, und jedes verkaufte Fahrblatt ist gleichzeitig ein Lotterielos. Die Passagiere bestehen nun darauf, eine Fahrkarte zu bekommen, und geben sie sorgfältig auf. Obgleich die Lotterie mehrere tausend Dollar kosten wird, so glauben die Direktoren doch, daß ihnen diese Einrichtung einen Gewinn bringen wird. Den Konduktoren ist auf diese Weise die Gelegenheit genommen, die Gesellschaft zu überborteln. Sie werden aber einen Gewinn von 1 Proz. für jedes verkaufte Billett erhalten.

Ueber ein konfiszirtes Wein schreibt man aus S o d n o w i c e der „Düna-Zeitung“: Ein hier wohnender Herr, der früher Kesselmacher in einer Fabrik war und gegenwärtig Bierbudenbesitzer ist, hat vor mehreren Jahren bei einem Unfall das rechte Bein verloren und schreitet seitdem mit einem natürlichen und einem künstlichen Bein durchs Leben. Das vortrefflich passende künstliche Bein scheint er noch zu anderen Zwecken benutzt zu haben als nur zum Schreiten. Als er jüngst von Rattowig nach Hause fuhr, wurde er an der Grenze von russischen Zollbeamten, die wahrscheinlich durch ein anonymes Schreiben auf ihn aufmerksam gemacht worden waren, angehalten und einer gründlichen Leibesvisitation unterzogen. Man schnalzte ihm das künstliche Bein ab und fand darin verdeckt zwei nagelneue Revolver, die sofort konfiszirt wurden. Da jedoch nach den Zollgesetzen auch alle „Mittel, die zur Förderung des Schmuggels dienen“, zu konfiszieren sind, kann es dem Herrn, der vorläufig festgenommen wurde, leicht passieren, daß er jetzt sein Bein zum zweitenmal verliert.

Einem entsetzlichen Tod fand der Realschüler Hans Dähler in Hokenheim (Waden), der eine Art Schlinge zum Tragen von Rehhörnern konstruiert hatte. Um diese auf ihre Wirkung auszuprobieren, machte er einen Versuch an seinem eigenen Halse. Leider funktionierte die Schlinge trotz mangelhafter Befestigung an einem Nagel nur allzu gut; denn der Bedauernswerte erlitt den Erststungstod.

Ein schweres Eisenbahnunglück in England. Gestern morgen entgleiste auf der Great Eastern Railway bei Wisfam in der Nähe von Chelmsford der von London nach dem Badeorte Cromer fahrende Zug. Der Zug rannte auf die Stationsgebäude auf und ging dabei vollständig in Trümmer. Nach amtlicher Feststellung fanden bei dem Eisenbahnunglück zehn Personen ihren Tod. Zwanzig Personen wurden verletzt.

Ein Zusammenstoß des Torpedobootes „38“ mit dem Hochseetorpedoboot „Satellit“ erfolgte, wie aus Pola gemeldet wird, in der vorigen Nacht bei Schiffsübungen. Das Torpedoboot sank, während der „Satellit“ nur leicht beschädigt wurde. Die Mannschaft des gesunkenen Bootes ist bis auf zwei Mann gerettet worden; zwei werden vermißt. Man hofft, das gesunkene Torpedoboot heben zu können.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW, Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung auf.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. Sept., vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerlaale des Rathhauses, Einzug Königsstr. 15—18: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Kassa, Kleine Franzfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehele: „Wahrhaftigkeit“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der humanitären Gemeinde, Niedermollstr. 12, in der Aula der Friedrichswerderschen Oberschule, hält am Sonntag nachmittags 10 1/2 Uhr Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Humanismus und freie Religion“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Gästefalle der Graveure, Biscuere und verwandten Berufsgeossen Berlins tagt jeden 1. Montag im Monat im Restaurant Stehmann, Luisen-Str. 1, abends 8—10 Uhr.